Zivile Lösungen für Syrien

Was können wir als Friedensbewegung tun?

Dokumentation der Tagung vom 13. Mai 2017 in Köln

Die Tagung und die Erstellung dieser Dokumentation wurden gefördert von der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK und vom Projekt „Friedenslogik weiterdenken" der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Bertha von Suttner-Stiftung der DFG-VK

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Das Projekt »Friedenslogik weiterdenken« der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung wird durch das Programm **zivik** – zivile Konfliktbearbeitung des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen) gefördert.

ifa Institut für Auslandsbeziehungen

Auswärtiges Amt

Kooperation für den Frieden

MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien

Impressum
Herausgegeben von
Kooperation für den Frieden & Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“
www.koop-frieden.de - · www.macht-frieden.de
c/o Netzwerk Friedenskooperative · Römerstr. 88
Erstellt von Christine Schweitzer, IFGK
Titelgestaltung: kippconcept.de
Titelfoto: Netzwerk Friedenskooperative
Bonn, im August 2017
Sonderheft des FriedensForums, ISSN 0939-8058
Die Autor*innen verantworten den Inhalt ihrer Beiträge; die dargestellten Positionen sind ihre persönlichen, nicht notwendigerweise die ihrer Organisationen.

Inhalt

Zivile Lösungen für Syrien – Was können wir als Friedensbewegung tun? Einleitung in die Dokumentation (Christine Schweitzer) ... 5

Einführung in die Aktionskonferenz (Jens Peter Steffen) ... 10

Vortrag: Syrien heute –Dimensionen des Krieges und Ansatzpunkte für nichtmilitärische Konfliktbearbeitung (Christine Schweitzer) ... 12

Konflikte in der Region ... 12

Phasen des Konflikts in Syrien ... 12

Opferzahlen ... 19

Wer ist auf wessen Seite? ... 19

Sieben Dimensionen der Konflikte in Syrien und mögliche Konfliktbearbeitungsansätze ... 20

Vortrag: Syrien heute – Konfliktlinien, Akteur*innen, Interessen (Helmut Lohrer) ... 25

Diskussion im Eingangsplenum ... 31

Plenum: "Wofür wir uns stark machen wollen: Wie könnte deutsche Syrienpolitik friedenslogisch aussehen?“ ... 40

Einführung von Elise Kopper ... 40

Sicherheitslogik ... 44

Friedenslogik ... 45

Aussprache ... 48

AG: Bundeswehreinsatz in Syrien – Was sagt unsere Politik dazu? (Elise Kopper) ... 50

AG: Lobbyarbeit von unten – Wie überzeugen wir unsere Politiker*innen? (Marek Voigt) ... 55

AG: Zivil statt militärisch! Argumentationstraining für den Dialog auf der Straße und am Infotisch (Uli Wohland) ... 61

AG: Ready for Action – online und offline! Aktionen für lokale Friedensgruppen (Markus Wutzler und Marvin Mendyka) ... 65

Aktionsbeispiele ... 67

Lokale Aktionen zur Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ ... 68

Plenum zur Auswertung der Tagung ... 71

Susanne Grabenhorst ... 71

Reiner Braun ... 71

WEITERE BEITRÄGE

Die Friedenslogik und die deutsche Syrienpolitik – eine (methodische) Reflexion (Elise Kopper) ... 74

Auswertung des Abstimmungsverhaltens zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Bundestag (Uli Wohland) ... 79

DIE TRÄGER DER KONFERENZ

Kampagne: MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien ... 91

Kooperation für den Frieden ... 95

Zivile Lösungen für Syrien – Was können wir als Friedensbewegung tun? Einleitung in die Dokumentation

Dieses Papier dokumentiert die Konferenz „Zivile Lösungen für Syrien – Was können wir als Friedensbewegung tun?“, die am 13. Mai in Köln stattfand. Vorbereitet wurde sie von der Kampagne „Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien“, die 2016 gegründet wurde, und der Kooperation für den Frieden.[1] Die Syrienkampagne hat als langfristige Vision einen „Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: Weg von der kurzsichtigen, destruktiven Politik der militärischen Auslandseinsätze hin zu einer konstruktiven, gewaltarmen, auf Zivile Konfliktbearbeitung setzenden, partnerschaftlichen Ausrichtung.“[2] Sie wendet sich an die Bundesregierung mit drei konkreten Forderungen:

- das Bundeswehrmandat für Syrien nicht zu verlängern;
- sich stattdessen für eine Stärkung des Friedensprozesses unter UN-Verantwortung einzusetzen, in den die (vor allem syrische) Zivilgesellschaft angemessen einzubeziehen ist,
- sowie die deutsche humanitäre Hilfe aufzustocken und gleichzeitig die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen und einzusetzen.

Ein besonderes Gewicht sollte in der Tagung auf zwei Themen gelegt werden: Auf die Frage, welche alternativen Ansätze der Bearbeitung der so komplexen Konflikte es gäbe und darauf, was Aktivist*innen praktisch tun können, um die Syrienkampagne voranzubringen. Dabei galt es auf der Konferenz, die verschiedenen strittigen Punkte zum Syrienkonflikt anzusprechen, ohne diesen Streitpunkten zu erlauben, die Konferenz daran zu hindern, praktische Forderungen an die Politik zu formulieren. Eine Liste solcher Streitpunkte ist lang. Zu ihr gehören u.a.[3]

- Beurteilung des Aufstands 2011 – autochthon, gerechtfertigt, vom CIA von außen gesteuert
- Gewichtung der ökonomischen Faktoren bei den Konfliktursachen
- Gewichtung der geostrategischen Faktoren
- Unterstützung der Opposition / des Aufstands (der zivilen Teile) oder Neutralität/Unparteilichkeit von Friedensbewegung
- Darf man Zivile Konfliktbearbeitung oder gewaltfreie Initiativen in einem anderen Land unterstützen, oder wird man dann paternalistisch?
- Wer ist die Opposition, was ist ihr Charakter, welches Verhältnis besteht zwischen innerer und äußerer Opposition?
- Wie gehe ich mit gewaltfreiem und wie mit bewaffnetem Widerstand um?
- Verhältnis von innerer Befreiung und äußerem Einfluss
- Die Rolle der Organisation „Adopt a Revolution“
- Unterstützung des Assad-Regimes durch bestimmte Teile der Linken
- Unterstützung von Rojava durch bestimmte Teile der Linken
- Rolle Russlands in dem Konflikt
- Bedeutung / Rolle des Völkerrechts (ist Krieg gerechtfertigt, wenn er nicht das Völkerrecht bricht?)

Praktisch alle diese Streitpunkte spielten auch eine Rolle auf der Tagung. Es gab aber auch Gemeinsamkeiten, und letztlich dominierten diese, nicht die unterschiedlichen Analysen:

---

[1] www.macht-frieden.de und www.koop-frieden.de

[2] http://www.macht-frieden.de/informieren/ueber-die-kampagne

[3] Diese Liste entstand bei einer Sitzung der Kooperation für den Frieden nach der Syrientagung im Juni 2017.

- Mittelpunkt unserer Aktivitäten als deutsche Friedensbewegung ist die Rolle Deutschlands und die Ablehnung der deutschen Kriegsbeteiligung
- Verhandlungen und Dialog sind der einzige Ausweg
- Regionale Waffenstillstände sind positiv
- Rüstungsexporte müssen thematisiert werden.

Wichtiges Element der Konferenz war das Konzept der „Friedenslogik". „Friedenslogik" ist ein Begriff, der vor einigen Jahren von der Friedensforscherin Hanne-Margret Birckenbach entwickelt wurde. Friedenslogik versteht sich als Alternative zu einer Politik, die zunehmend alle Probleme nur noch aus der Warte von „Sicherheit" und Bedrohung sieht.[4]

In einem Papier der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, die dieses Jahr ein Projekt „Friedenslogik weiter denken"[5] durchführt – in dem Kontext dieses Projekts ist auch die hier vorliegende Dokumentation entstanden – heißt es:

> „Sicherheit ist eine zentrale Begründung oder anders ausgedrückt, ein Legitimationsmuster für die Anwendung von Gewalt bzw. die Vorbereitung darauf. Mit Gewalt werden aber keine Konflikte gelöst. Zu beobachten ist, dass im Kontext der Diskussionen um „unsere Sicherheit" Feindbildkonstruktionen, (irrationale) Ängste und Konfliktprojektionen an Raum gewinnen. Differenzen im Menschenbild bzw. auch im Staatsverständnis werden deutlich, die es zu thematisieren gilt.
>
> Frieden beinhaltet auch Sicherheit als ein zentrales Menschenrecht bzw. menschliches Grundbedürfnis. Streben nach Sicherheit sollte jedoch durch diesen normativen Rahmen - Grundbedürfnis / Menschenrecht - klar begrenzt sein. Sonst besteht die Gefahr, dass Mechanismen greifen, die den Frieden gefährden. Auch deshalb sprechen wir von Friedenslogik statt Sicherheitslogik. In den Antworten auf fünf Kernfragen lassen sich gut die Differenzen zwischen diesen beiden Logiken darstellen. Die Kernfragen eignen sich auch, um die Handlungsprinzipien der Friedenslogik nachzuvollziehen und das eigene Arbeitsfeld zu reflektieren.

Diese Kernfragen sind:

1. Was ist das Problem?
   Zum Beispiel könnte eine sicherheitslogische Antwort heißen: „Der Terrorismus, der uns bedroht". Eine friedenslogische Antwort würde demgegenüber den Krieg und das Leiden der Menschen in Syrien benennen.
2. Wie ist das Problem entstanden?
   Dies ist einer der Punkte, wo sich die Konferenz schwer getan hat, weil es so viele Aspekte und auch unterschiedliche Analysen des Konfliktes gibt. Aus der sicherheitspolitischen Sicht der Bundesregierung würde die Antwort vermutlich Stichworte wie Islamismus, IS und Al Qaida, Verletzung der Menschenrechte unter Assad, Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten und vielleicht noch „Russland" beinhalten. Eine friedenslogische Sicht würde den Bogen weiter spannen und auf jeden Fall die Invasionen der westlichen Länder im Nahen und Mittleren Osten in den vergangenen Jahrzehnten, wirtschaftliche Interessen in der Region und das Streben nach der Beseitigung unliebsamer Regierungen mit als Ursachen benennen.
3. Wie wird das Problem bearbeitet?
   Die Politik setzt vorwiegend drei Instrumente im Krieg in Syrien ein:

[4] Friedenslogik ist übrigens sehr ähnlich einem Konzept, das die Quäker in den USA (vermutlich unabhängig und ohne Kenntnis der deutschen Debatte) entwickelt haben, das der Shared Security. Auch dieses Konzept wird dem traditionellen sicherheitspolitischen Ansatz gegenüber gestellt: https://www.afsc.org/document/shared-security-building-peace-interdependent-world

[5] http://konfliktbearbeitung.net/friedenslogik

Vermittlungsbemühungen in verschiedenen internationalen Formaten (Wien, Genf, Astana), Sanktionen und seit 2014 zunehmend militärische Mittel (Waffenhilfe für Kämpfer vor Ort und Angriffe aus der Luft gegen den IS). Friedenslogische Ansätze suchen militärische Mittel auszuschließen und innovative Ansätze für Verhandlungen und für eine Befriedung vor Ortvorzuschlagen.

4. Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt?
   Die Bundesregierung führt vor allem unsere eigenen Sicherheitsinteressen und Verpflichtungen gegenüber Bündnispartnern (NATO, Frankreich) an. Aus friedenslogischer Warte würde verlangt werden, dass Menschenrechte und Völkerrecht ein größeres Gewicht einnehmen.
5. Wie wird auf Scheitern und Misserfolg reagiert?
   Die Sicherheitslogik führt i.d.R. dazu, dass man solches Scheitern nicht zugibt, militärisch eskaliert oder sich zurückzieht. Friedenslogik hingegen will offen und öffentlich reflektieren, was falsch gelaufen ist und Fehler korrigieren.

Die Kölner Aktionskonferenz war nicht der erste Anlass, der den Syrienkonflikt versuchte, unter friedenslogischer Warte zu analysieren: Im Dossier Nr. 75 der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden von 2014 haben Andreas Buro und ich bereits zu dem Thema geschrieben. Unter anderem hieß es in diesem Papier, das vor dem militärischen Eingreifen der westlichen Allianz publiziert wurde und streckenweise veraltet ist:

> „Ein friedenslogischer Ansatz könnte sein, die unterschiedlichen internationalen Unterstützer der Konfliktparteien dazu zu bewegen, den Einfluss, den sie durch ihre Unterstützung gewonnen haben, zu nutzen, um ihre Adressaten zum Niederlegen der Waffen zu veranlassen und sich konstruktiv an einer Friedenslösung zu beteiligen. Es müsste eine Situation hergestellt werden, bei der alle Seiten bereit sind, miteinander zu reden. Ein solcher regionaler Ansatz müsste den Iran, Libanon, Israel-Palästina und Russland einschließen, wahrscheinlich auch den Irak und weitere Konfliktherde in dem Raum.“ [6]

Diese Forderung wurde auch in der Konferenz in Köln immer wieder benannt.

Die Dokumentation

Diese Dokumentation besteht in erster Linie aus den Beiträgen der Referent*innen und Mitschriften der Diskussionen im Plenum. Teilweise wurde für die Beiträge auf Tonaufnahmen zurückgegriffen, deren Verschriftlichung den Vortragenden dann nochmals zur Bearbeitung und Billigung vorgelegt wurde. Auch einige der schriftlichen Vorträge wurden nach der Tagung nochmals, teilweise erheblich, überarbeitet. Insofern geht die Dokumentation über das hinaus, was auf der Tagung gesagt wurde, wobei wir uns aber bemüht haben, trotzdem den Verlauf der Debatten in Köln authentisch widerzuspiegeln.

Die Aktionskonferenz begann am Vormittag nach einer Einleitung durch Dr. Jens-Peter Steffen (IPPNW) mit zwei Vorträgen und einer Plenumsdiskussion, bei der es um die Situation und die Hintergründe der Konflikte in Syrien ging. Dieser Vormittag war bewusst ‚kontrovers‘ angelegt in dem Sinne, dass zwei Vertreter*innen unterschiedlicher Analysen und Positionen zum Syrienkonflikt zu Wort kamen: Dr. Helmut Lohrer von der IPPNW und die Autorin dieser Einleitung, Dr. Christine Schweitzer vom Bund für Soziale Verteidigung und Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung.

Im zweiten Schritt gab Elise Kopper eine Einführung in das Konzept der Friedenslogik. Anschließend waren alle Teilnehmer*innen aufgefordert, es auf den Syrienkonflikt anzuwenden. Für

[6] Syrien aus friedenslogischer Sicht. Konfliktentwicklung und politische Handlungsoptionen von Christine Schweitzer und Andreas Buro, in Dossier Nr. 75, Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung von Ulrich Frey, Christiane Lammers, Hanne-Margret Birckenbach, Sabine Jaberg, Christine Schweitzer und Andreas Buro, http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=079 (online-Version ohne Seitenzahlen).

diesen zweiten Schritt reichte die Zeit nicht ganz aus: Es wurden zwar viele Stichworte gesammelt, aber eine Auswertung der Gedanken kam vor Ort nicht zustande. Aus diesem Grunde hat Elise Kopper dieser Dokumentation einen nachträglich verfassten Text angefügt, der die Anwendung von Friedenslogik auf den Syrienkonflikt weiter reflektiert.

Im dritten Schritt ging es um die Praxis. Die Konferenz war als „Aktionskonferenz" angelegt und sollte dazu beitragen, praxistaugliche Ideen und Konzepte für die Weiterarbeit der Syrienkampagne zu leisten. Zu diesem Zweck gab es vier Arbeitsgruppen:

1. Bundeswehreinsatz in Syrien – Was sagt unsere Politik dazu? Was hat es mit dem Bundeswehreinsatz in Syrien auf sich? Wie ist die offizielle Position der Bundesregierung dazu? Wie sind die Positionen der Parteien dazu und zur Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB)? Diese Gruppe, von Elise Kopper moderiert, befasste sich mit den Parteiprogrammen und Bundestagsdiskussionen und versuchte, für alle Parteien herauszuarbeiten, was ihre Positionen zum Bundeswehr-Einsatz in Syrien und zu Ziviler Konfliktbearbeitung sind. Auch hierzu hat Elise Kopper nachträglich einen ausführlicheren Text beigesteuert.

2. Lobbyarbeit von unten – Wie überzeugen wir unsere Politiker*innen? Was gehört zur Lobbyarbeit, wen sollten wir ansprechen, was sollte man dabei beachten, wie spricht man politische Entscheidungsträger*innen an, welche „Tools" gibt es (Briefe, Anrufe, Emails, Abgeordnetenwatch,…)? In dieser Gruppe referierte Marek Voigt, Mitarbeiter von MdB Kathrin Vogler, über seine Erfahrungen aus der Sicht der „anderen Seite".

3. Zivil statt militärisch! Argumentationstraining für den Dialog auf der Straße und am Infotisch.Wie argumentiere ich inhaltlich und methodisch gegen Bundeswehreinsätze und für Zivile Konfliktbearbeitung und Friedenslogik, auch und gerade im Fall Syrien? Wie vermeide ich „Fallen"? Welche Argumente „ziehen" besonders? Wie und wo kann ich das Argumentieren üben? „Elevator-pitch" – Fremde Menschen von ZKB überzeugen in 30 Sekunden. Darum ging es in der Gruppe, die von dem Vorsitzenden des Internationalen Versöhnungsbunds-Deutscher Zweig, Pfr. Berthold Keunecke, angeleitet wurde, da der ursprünglich vorgesehene Referent, Ulrich Wohland, aus Krankheitsgründen absagen musste.
Für diese Dokumentation hat uns Ulrich Wohland von der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, einen Text zur Verfügung gestellt, da die Gruppe selbst wegen technischen Versagens des Aufnahmegeräts nicht dokumentiert werden konnte.

4. Ready for Action – online und offline! - Aktionen für lokale Friedensgruppen, u.a. Facebook- und andere Social Media-Aktionen, kreativer Protest, Straßentheater, Städtepartnerschaften, Friedensgebete, Urgent Action Days von MACHT FRIEDEN… Was kommt bei den Leuten an, was nicht? Welches Handwerkzeug brauchen wir? Wie vermittelt man Friedenslogik/ZKB in Bildern und Aktionen? Diese Gruppe wurde von Markus Wutzler vom Friedenskreis Halle und Marvin Mendyka vom Netzwerk Friedenskooperative geleitet.

Die Tagung endete mit zwei inhaltlichen Schlussworten zweier Konferenzbeobachter*innen, Susanne Grabenhorst (IPPNW) und Reiner Braun (IALANA). Anschließend zog ein Teil der Teilnehmer*innen mit dem großen Transparent der Syrienkampagne vor den Dom, wo der Protest gegen den Syrieneinsatz medienwirksam dargestellt wurde.

Die Dokumentation schließt mit einem Vortrag, den Uli Wohland bei einer Sitzung der Kampagne MACHT FRIEDEN zum Abstimmungsverhalten der Parlamentarier*innen im Bundestag gehalten hat. Als Anhang sind ihr außerdem Informationen über die beiden Träger der Konferenz, der Kooperation für den Frieden und der Kampagne MACHT FRIEDEN, angehängt.

Wir danken allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe[7], die diese Tagung vorbereitet hat, dem Team vom Netzwerk Friedenskooperative mit Elise Kopper, Kristian Golla, Philipp Ingenleuf und Marvin

[7] Dazu gehörten: Berthold Keunecke, Christine Schweitzer, Elise Kopper, Jens Peter Steffen, Kristian Golla, Philipp Ingenleuf, Reiner Braun, Sabine Farroukh, Susanne Grabenhorst, Uli Wohland

Mendyka für die organisatorische Vorbereitung, den Referentinnen und Referenten der Tagung, Renate Wanie für das Korrekturlesen dieser Doku (während ihres Urlaubs!) und Luise Schatz von Kippconcept für die Gestaltung der Titelseite. Und natürlich den beiden Geldgebern- der Bertha von Suttner – Stiftung für die Förderung der Tagung und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, die diese Dokumentation im Rahmen ihres Friedenslogik-Projekts mit Mitteln von IFA/Auswärtigem Amt unterstützt hat.

Christine Schweitzer, im August 2017

Einführung in die Aktionskonferenz

Jens-Peter Steffen

Das Schicksal so vieler Menschen in Syrien, der Toten, Verletzten und der Vertriebenen kann uns, die wir für Frieden, Menschenrechte und eine gerechtere Weltordnung eintreten, nicht kalt lassen. Ganz im Gegenteil, das Geschehen geht vielen unter uns dermaßen unter die Haut, dass auch unter uns immer wieder unterschiedliche Sichtweisen und Deutungen von Fakten, Ereignissen und Perspektiven im Widerstreit liegen. Das hat zur Konsequenz, dass wir uns im Streit zerlegen, statt zum gemeinsamen friedenspolitischen Handeln zu gelangen.

Jede einzelne Aussage der Beschreibung der Konflikte und des Krieges in Syrien muss mit einer Gegenrede rechnen. Liegen die Wurzeln des Konfliktes in politischer Unterdrückung oder ist alles von Anbeginn an von außen gesteuert? Teilen wir die Sichtweise, dass wir im Land eine komplexe Kombination aus dem Kampf für mehr Bürgerrechte, einem Bürgerkrieg und schließlich einem Stellvertreterkrieg globaler und regionaler Interessenträger mit dem Ziel des „regime change“ oder der Systemrettung und einem regional und international geführten Krieg gegen den Terror finden? Allgemein ersichtlich ist dagegen, dass die externen militärischen Maßnahmen die Situation komplizierter gemacht und zu einer Unregierbarkeit des Landes geführt haben, die Wirtschaft ist kollabiert und eine Kriegsökonomie entstanden. Das gipfelte wiederum in einer humanitären Krise mit einer Massenfluchtbewegung, die Europa und auch Deutschland direkt tangiert.

Nach sechs Jahren gewalttätiger Auseinandersetzungen gibt es momentan zwei diplomatische Initiativen. Eine neue Runde der Genfer Friedensgespräche für Syrien soll am 16. Mai beginnen. Erwartet wird, dass unter UNO-Vermittlung Vertreter der syrischen Regierung und der Opposition Fragen einer künftigen Regierung, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und von Wahlen verhandeln. Strittig ist nach wie vor die Zukunft von Bashar al-Assad.

Parallel zu den Genfer Gesprächen laufen auf Initiative Russlands, des Irans und der Türkei in der kasachischen Hauptstadt Astana Verhandlungen zwischen Vertretern der syrischen Regierung und der Rebellen um die Sicherung der Waffenstillstände. Und Russland wirbt derzeit im UNO-Sicherheitsrat um Unterstützung für eine in Astana getroffene Vereinbarung über die Einrichtung von vier Deeskalationszonen in Syrien. De Mistura sieht die Vereinbarung der drei Staaten als "wichtigen, vielversprechenden, positiven Schritt in die richtige Richtung" und verlangt die schnelle Umsetzung. Der russische Resolutionsentwurf zur Einrichtung der Schutzzonen stößt aber auf Widerstand im UN-Sicherheitsrat. Die Haltung der USA ist noch offen wegen der Einbeziehung des Iran, was auch Israel und Saudi Arabien nicht passt.

Die diplomatische Ebene ist ohne Frage wichtig. Auf dieser Konferenz wollen wir aber unser Augenmerk auf die syrische Zivilgesellschaft, auf jene Handelnde richten, die die militärische Logik mit einer friedenspolitischen Logik durchbrechen. Das ist ein hoher Anspruch, den die Konferenz der Kampagne "MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien" und der Kooperation für den Frieden formuliert, eben mit entsprechenden sozialen und politischen Kräften in Verbindung zu kommen. Die Konferenz wird nicht alle Erwartungen erfüllen können, aber bei gutem Willen aller Beteiligten können wir sie für uns wertvoll machen und von hier aus gemeinsam zu weiteren Maßnahmen gelangen.

Die Kampagne und die Kooperation verstehen sich als gewaltfreie Initiativen, die sich keinem politischen "Lager" zuordnen lassen wollen, weder dem der syrischen Regierung und ihrer Bündnispartner*innen, noch dem der bewaffneten Opposition, noch dem der unterschiedlichen externen Kräfte. Wir verurteilen Gewalt, egal von welcher Seite sie ausgeübt wird, denn wir sind davon überzeugt, dass ein Prozess hin zum Frieden in Syrien nur auf politischem Wege, ohne Gewalt nachhaltig und damit erfolgreich sein kann.

Die Konferenz war ursprünglich als dreitägige Konferenz mit noch deutlich mehr inhaltlichen Diskussionen zu den Ursachen, Akteur*innen, Konfliktlinien und Perspektiven des Syrienkonflikts geplant. Dabei sollten explizit syrische Stimmen zu Wort kommen, und zwar aus möglichst vielen unterschiedlichen Richtungen, um der Komplexität des Konflikts und der Vielfalt der Akteur*innen einigermaßen gerecht zu werden. Im Fokus sollten dabei insbesondere gewaltfreie Initiativen in und aus Syrien stehen.

Zu unserem großen Bedauern mussten wir das Programm der Konferenz auf einen Tag kürzen. Das hatte vor allem finanzielle Gründe, Fördertöpfe zeigten sich verschlossen. Deswegen an dieser Stelle ein besonderer Dank an die Bertha von Suttner-Stiftung für ihre generöse Förderung! Nach ausgiebigem Abwägen haben wir uns nicht zugetraut, in dem verbleibenden kurzen Zeitrahmen die Vielfalt der Akteur*innen durch nur noch wenige syrische Referent*innen angemessen abzubilden. Wir hatten die Befürchtung, dass dann schwere Vorwürfe der Unausgewogenheit aufkommen könnten. Also haben wir uns dazu entschieden, zu dieser Konferenz lieber keine Syrer*innen als Referent*innen einzuladen. Was allerdings nicht bedeutet, dass wir dies auch in Zukunft so halten wollen - im Gegenteil! Wir erkennen ihre Expertise fraglos an. Dies ist die erste öffentliche Veranstaltung der Kampagne, der bei entsprechender Resonanz und Notwendigkeit in den nächsten Monaten oder Jahren weitere folgen mögen.

Da wir mit der Konferenz vor allem Wege aufzeigen wollen, wie wir als deutsche Friedensbewegung hier vor Ort aktiv werden und die deutsche Syrienpolitik hin zu einer friedenslogischen, zivilen Politik ohne Bundeswehreinsatz verändern können, ist uns die Aktionsorientierung der Konferenz besonders wichtig. Denn wir hören immer wieder, wie groß das Bedürfnis in der deutschen Friedensbewegung ist, Antworten auf die Geschehnisse in Syrien zu finden und etwas zu tun, um unsere Politik friedlicher zu gestalten.

Also sollte diese Konferenz als eine Auftaktveranstaltung verstanden werden, durch die sich auch mehr Kontakte zur deutsch-syrischen Community entwickeln. Langfristig würden wir diese Kontakte sehr gerne ausbauen.

Diese Konferenz soll die Friedensbewegung also dazu anregen, zum Syrienkrieg aktiver zu werden und eine weitgehend gemeinsame Sprache zu finden. Das beinhaltet auch die Vermittlung konkreter Befähigung, Politiker*innen von zivilen Alternativen zu Militäreinsätzen zu überzeugen. Also uns Methoden anzueignen, wie Argumentationstraining, Graswurzellobbyarbeit, Social Media oder diverse weitere Aktionsformen.

Deswegen richtet sich der Fokus auf ZKB und Graswurzelinitiativen in Syrien, die wir mit einer von uns geforderten friedenslogischen deutschen Syrienpolitik begleiten wollen. Was das konkret bedeuten kann, dem wollen wir uns heute annähern.

Wenn wir alle offen für diesen Ansatz der Konferenz sind, dann haben wir eine gute Chance, die auch in die Friedensbewegung überschwappenden Stellvertreterkonflikte zielorientiert zu bearbeiten und zu gemeinsamen Positionen und im Idealfall zu gemeinsamen Aktionen zu kommen.

Dr. Jens-Peter Steffen ist Geschäftsführer der IPPNW.

Vortrag:
Syrien heute –Dimensionen des Krieges und Ansatzpunkte für nichtmilitärische Konfliktbearbeitung

Christine Schweitzer

Konflikte in der Region

Der Krieg in Syrien ist nicht der einzige Konflikt in der Region: Irak, Jemen, Israel-Palästina, Südosttürkei, Afghanistan, Pakistan sind weitere Länder, in denen bewaffnete Konflikte ausgetragen werden. Mit der Ausnahme des Konflikts in Israel-Palästina hängen all diese Konflikte eng miteinander zusammen – in ursächlicher Beziehung, durch identische oder in enger Verbindung miteinander stehende Akteure (z.B. Islamischer Staat, Al Qaida, migrierende Kämpfer), durch verbindende Ideologien und politische Ziele oder/und durch grenzüberschreitende militärische Angriffe von außen – der USA und ihrer Verbündeten in und außerhalb der NATO.

Von Cacahuate, Änderungen durch Globetrotter und Joelf [CC BY-SA 4.0-3.0-2.5-2.0-1.0], via Wikimedia Commons

Um nur ein Beispiel für ursächliche Beziehungen zu geben: Der Stellvertreterkonflikt zwischen West und Ost in Afghanistan in den 1970er Jahren führte zur Besatzung Afghanistans durch die Sowjetunion 1979-1989. Die USA, die die Gegner des damaligen sozialistischen Regimes in Afghanistan unterstützten, bauten dabei Bin Laden auf, bis dieser sich weigerte, länger der Erfüllungsgehilfe der USA zu sein und mit seiner Al Qaida anfing, weltweit Terroranschläge zu begehen. Al Qaidas Terrorangriff auf die USA am 11. September 2011 war die direkte Rechtfertigung für den Angriff auf Afghanistan 2011 durch die NATO, die nach dem 11.9.2011 zum ersten Male in ihrer Geschichte den Bündnisfall ausgerufen hatte. Und zwei Jahre später wurde auch die Besatzung Iraks durch die Unterstützung des Regimes von Saddam Hussein für Terroristen (und den angeblichen Besitz von Massenvernichtungswaffen) gerechtfertigt. Dieser Angriff der „Allianz der Willigen“ unter Führung der USA 2003 war wiederum die direkte Ursache für die Entstehung und das Erstarken des sog. Islamischen Staats im Irak, der sich als Al Qaida-Ableger gründete. Die Sunniten diskriminierende Besatzungspolitik und das neue eingesetzte Regime im Irak führten dazu, dass viele Soldaten und andere Angehörige des alten Regimes sich dem IS anschlossen. Und seine modernen Waffen bezog er zunächst aus den Waffenlagern, die die USA der neuen irakischen Regierung zur Verfügung gestellt hatten.

Phasen des Konflikts in Syrien

Syrien hatte vor dem Krieg rund 22,5 Millionen Einwohner*innen. Drei Viertel der Bevölkerung gehören dem sunnitischen Islam an; die Regierung wird aber vorwiegend von der ungefähr 10% der Bevölkerung umfassenden schiitischen Gruppe der Alawiten gestellt. Christen mach(t)en ebenfalls 10% der Bevölkerung aus. Ethnisch sind rund 90% der Bevölkerung Araber*innen und 9% Kurd*innen[8]. Historisch gehörte Syrien zum Osmanischen Reich; nach dem Ersten Weltkrieg wurde

[8] Die gelegentlich zu hörende Ziffer von nur 1-2% kurdischer Bevölkerung ist darauf zurückzuführen, dass vielen Kurd*innen ein syrischer Pass verweigert wurde.

Frankreich die Verwaltung der Region übertragen. 1946 wurde Syrien unabhängig. 1958 bis 1961 schloss es sich mit dem von Nasser regierten Ägypten zusammen; ein Militärputsch beendete dieses panarabische Experiment. Seit 1963 regiert in Syrien die Baath-Partei; wirkliche Oppositionsparteien wurden nie zugelassen und die politische Opposition wurde verfolgt. Amnesty International berichtete regelmäßig über Menschenrechtsverletzungen – Folter, Verschwinden lassen. Im Amnesty-Bericht von 2010 heißt es z.B.: „Regierungskritikern und Menschenrechtsverteidigern drohten Festnahmen und Haftstrafen nach unfairen Gerichtsverfahren sowie Reiseverbote ins Ausland. Unter den Inhaftierten befanden sich auch gewaltlose politische Gefangene. … Folter und andere Misshandlungen durch die Polizei und Sicherheitskräfte waren weiterhin an der Tagesordnung und wurden strafrechtlich nicht geahndet. Es gab mindestens acht ungeklärte Todesfälle in Gewahrsam.“[9]

1. Der Aufstand

Das Jahr 2011 war das Jahr der sog. „Arabellion“ – den für die meisten Beobachter*innen wie für viele Bürger*innen überraschenden, im Dezember 2010 nach dem öffentlichen Selbstmord eines verzweifelten Gemüsehändlers in Tunesien beginnenden Aufständen gegen die autokratischen Regimes in einer ganzen Reihe arabischer Staaten.

In Tunesien und Ägypten führten die zivilen, gewaltarmen Aufstände zu einem schnellen Sturz der Regierungen. In Libyen entwickelte sich ein Bürgerkrieg, in den schließlich mehrere westliche Länder mit Bombardierungen eingriffen und der zum Sturz und Tod von Staatschef Muammar al-Gaddafi führte. In etlichen anderen Ländern – Algerien, Bahrain, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Kuwait, Marokko, Mauretanien, Oman, Saudi-Arabien und Sudan - scheiterten die Proteste zumindest vorläufig an der harschen Unterdrückung durch die jeweiligen Regierungen.

Kurz nach Beginn der Aufstände in Tunesien und Ägypten kam es auch in Syrien zu einzelnen Protesten, die aber zunächst wenig Widerhall fanden. Der März 2011 gilt als der eigentliche Beginn der Unruhen, als in Dar‘a, einer im Süden Syriens gelegenen Stadt, eine Demonstration nach dem Freitagsgebet am 18. März von der Polizei unter Beschuss genommen wurde. Der Protest war durch die Verhaftung und mutmaßliche Folterung von 15 Schülern ausgelöst worden, die einen Slogan der arabischen Aufstände in den anderen Ländern an eine Häuserwand gemalt hatten. Während der Bestattung von vier Opfern am nächsten Tag kam es zu neuer Gewalt von Regierungsseite. Ab dem Zeitpunkt begannen Hunderttausende, regelmäßig auf die Straße zu gehen. Schwerpunkte der Proteste waren Baniyas, Homs, Hama und Vororte von Damaskus, aber es gab keine Region Syriens, wo keine Proteste stattfinden.[10] Die Regierung verfolgte anfänglich die Strategie, durch hartes Durchgreifen gekoppelt mit politischen Konzessionen der Lage Herr zu werden. So trat am 29. März 2011 die Regierung unter Ministerpräsident Muhammad Nadschi al-Utri zurück, und am 21. April hob Assad den seit 1963 in Kraft befindlichen Ausnahmezustand auf. Im Mai und Juni wurden zwei Amnestien für politische Gefangene erlassen; im Januar 2012 folgte eine dritte. Im Juni/Juli 2011 kündigte die Regierung einen „Nationalen Dialog“ an, der von der Opposition jedoch als ‚Showveranstaltung‘ abgelehnt wurde.

Die politische Landschaft der Aufständischen war vielfältig – von jungen, westlich orientierten Studierenden bis zu Angehörigen der Muslimbrüderschaft reichte das Spektrum. Sogar Angehörige der Minderheit der Alawiten, deren Ränge Assad entstammt, waren unter den Widerständler*innen zu finden.[11] Sehr schnell bildeten sich in nahezu jeder syrischen Stadt lokale Bürgerkomitees – rund

[9] Amnesty Report 2011, https://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/Syrien?print=1 [10.5.2017]

[10] Die Syrische Gewaltfreie Bewegung, eine 2011 gegründete Gruppe, produzierte mit letztem Stand von 2013 eine Karte, in der die verschiedenen Formen des Widerstands eingetragen wurden: http://alharak.org/nonviolence_map/en/

[11] BBC: http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-13855203;
Erklärung von Alawiten aus Homs Anfang Februar 2012: http://www.lccsyria.org/category/statements

300 wurden 2011 gezählt. Sie waren die Hauptträger der zivilen Demonstrationen. Die Zusammensetzung der Komitees war dabei regional sehr unterschiedlich. Es waren alle gesellschaftlichen Schichten, alle Religionsgemeinschaften und Ethnien, Männer wie Frauen vertreten. Es gab eher religiöse und eher säkulare Komitees, solche, in denen vor allem junge Menschen vertreten waren und solche, in denen sich bestimmte Berufsgruppen zusammen gefunden hatten (etwa Anwält*innen).

Auch wenn es von Anfang an, wenngleich wohl nur vereinzelt, gewaltsame Akte auch aus den Demonstrationen heraus gab, wollten die Komitees keinen Bürgerkrieg. Die Local Coordination Committees schrieben in einer Erklärung 2011:

> „Eine Militarisierung der Revolution würde die Unterstützung und Beteiligung an der Revolution durch das Volk minimieren. ... Militarisierung würde die Revolution in eine Arena tragen, wo das Regime einen deutlichen Vorteil hat und die moralische Überlegenheit erodieren, die die Revolution seit ihren Anfängen charakterisiert hat.“[12]

2. Die Militarisierung nahm ihren Lauf

Der erste Schritt zum Bürgerkrieg war unzweifelhaft die massive Gewalt, mit der das Assad-Regime die Proteste zu unterdrücken suchte. Der zweite war die Gründung der Freien Syrische Armee (FSA). Sie entstand im August 2011 und rekrutierte sich in erster Linie aus desertierten Soldaten der syrischen Armee. Sie war anfänglich vor allem in der nordwestlichen Provinz Idlib, um die zentralen Städte Homs und Hama und um Damaskus herum, aktiv. Ihre Aufgabe sah sie zunächst vorrangig im „Schutz“ der zivilen Demonstrationen. Anscheinend stammte die Mehrzahl ihrer Ausrüstung von der Armee – dadurch, dass die Deserteure ihre Waffen mitbrachten oder, gerüchteweise, auch, dass sie der Armee abgekauft wurden.[13] Es gab von Anfang an auch Informationen über Waffenhilfe aus der Türkei, Saudi-Arabien und dem Irak, und Nachbarländer (Türkei, Libanon, Jordanien) wurden als Rückzugsgebiete genutzt.

3. Vervielfältigung der bewaffneten Akteure

Im Laufe des Jahres 2012 entwickelte sich dann ein Bild, das durch eine Vielzahl von bewaffneten Gruppen geprägt war, die alle gegen das Assad-Regime, aber auch schon bald gegeneinander kämpften. Viele von ihnen entstanden durch Abspaltung einzelner Brigaden von der FSA; andere wurden aus dem Ausland initiiert, zumeist aus anderen arabischen Ländern, wie z.B. die Al Nusra-Front (jetzt: Dschabhat Fatah asch-Scham), die zu al-Qaida gehörte und ab Anfang 2012 einzelne Anschläge in Syrien beging. Zwischenzeitlich wurde die Zahl bewaffneter Gruppen in Syrien auf rund 1.000 geschätzt; heute geht man von über 250 aus.[14]

Je länger der Konflikt angedauert hat, umso mehr wurde er internationalisiert. Heute sind mindestens 26 Staaten direkt oder indirekt an dem Krieg in Syrien involviert. Sie sind aber noch nicht die einzigen internationalen Kriegsbeteiligten: Kurz nach der Entstehung der FSA kamen mehr und mehr ausländische Kämpfer*innen aus aller Welt, von Libyen bis Tschetschenien, von Sudan bis Westeuropa und Nordamerika, ins Land und bildeten kämpfende Einheiten oder schlossen sich vorhandenen an. Der sog. Islamische Staat ist nur eine von ihnen. Auch die Assad-Regierung holte sich Unterstützung – sie wandte sich in erster Linie an schiitische
Kämpfer - die libanesische Hizbollah-Miliz und Soldaten aus dem Iran.

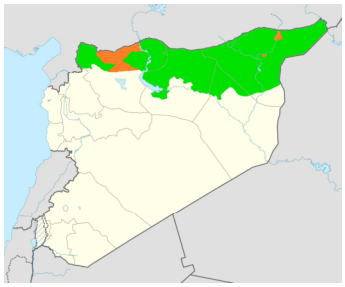
---

[12] 5 Khalil Habash, Protecting Syria’s Revolt from Military Intervention. http://english.al-akhbar.com/content/protecting-syria%E2%80%99s-revolt-military-intervention. .

[13] http://www.aljazeera.com/video/middleeast/2012/01/20121993012520680.html. Der Preis eines Gewehres soll bei 2.000 USD, der von Munition bei 2 USD liegen

[14] http://www.reuters.com/article/us-syria-crisis-pentagon-idUSBRE96K01320130721; https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_armed_groups_in_the_Syrian_Civil_War

Die Kurd*innen in Nordsyrien, die sich anfänglich zurückhaltend verhalten hatten, begannen Mitte 2012 mit ihrem Aufstand. Die Regierungstruppen zogen sich nach kurzen Auseinandersetzungen zurück. Seitdem betreiben die Partei der Demokratischen Union (PYD) und der Kurdische Nationalrat eine Politik der Selbstverwaltung der nördlichen Gebiete im Sinne der Konföderalismus-Ideen des PKK-Führers Öcalan. Rojava besteht aus drei Provinzen, die allerdings durcheinen Korridor voneinander getrennt sind. Im März 2016 wurde die „Autonome Föderation Rojava“ ausgerufen.



https://de.wikipedia.org/wiki/Rojava#/media/File:Claimed_and_de_facto_territory_of_Rojava.png. CC BY-SA 3.0

4. Der sog. IS betritt die Weltbühne im Juni 2014

Es werden unterschiedliche Daten für die Gründung von IS benannt. Seinen Ursprung nahm er zwischen 2002 und Anfang 2004, als er als „Al Qaida im Irak“ im Widerstand gegen die Invasion der USA im Irak
entstand. Wirklich bekannt und unter dem Namen „ISIS“ begann er 2013, erfolgreich in (Nord-)Syrien zu operieren. Seine militärischen Erfolge im Irak (Eroberung fast ganz Nordiraks mit der Millionenstadt Mossul) seit Juni 2014 werden u.a. damit erklärt, dass sich ihm andere Gruppen anschlossen, die mit der schiitischen Regierung unter Nuri al-Maliki nicht einverstanden waren, ohne deshalb die Ideologie des IS völlig zu teilen. Auch konnte das irakische Militär ihm kaum Widerstand entgegensetzen, da es dem IS gelang, große Waffenlager des irakischen Militärs mit modernen Waffen in die Hände zu bekommen.

Die sektiererische, einseitig auf die schiitische Dawa-Partei gerichtete Politik Nuri al-Malikis machte das Bündnis der Ex-Armee, ehemalige Baathisten und Staatsfunktionäre, mit den IS-Militanten erst möglich. Sie brachten administratives Wissen ein und bauten in den vom Kalifat kontrollierten Gebieten eine funktionierende Verwaltung auf.

In Syrien kontrollierte der IS bald größere Teile vor allem des arabischen Nordens, einschließlich mehrerer Ölquellen, deren Ausbeutung der IS fortsetzte. Aus den kurdischen Gebieten wurde er recht schnell wieder von kurdischen Verbänden vertrieben; ansonsten ist eine deutliche militärische Schwächung des IS erst seit 2016 zu beobachten. Die Bombenangriffe der Anti-IS-Allianz und Russlands und die Bodentruppen einheimischen Militärs (Irak) und bewaffneter Gruppen (z.B. in Syrien der SDF, den sog. Demokratischen Syrischen Streitkräften, die aus syrischen Kurd*innen (PYD) und sunnitischen und aramäischen Milizen besteht), haben Wirkung gezeigt. Der IS hat einen Teil der von ihm zwischenzeitlich kontrollierten Gebiete wieder verloren, und auch seine Einkommensquellen und sein Vermögen sind deutlich reduziert.

5. Militärintervention

2013 wurde noch eine internationale Militärintervention abgewendet. Auch wenn es sich um eine nur sehr vorübergehende Verzögerung dessen handelte, das dann ein Jahr später doch passierte, ist es wert, sich diese Geschichte nochmal in Erinnerung zu rufen[15]:

[15] Quellen: Tagesschau, 25.8.2013 [24.9.2014]

http://www.washingtonpost.com/world/national-security/kerry-obama-determined-to-hold-syria-accountable-for-using-chemical-weapons/2013/08/26/599450c2-0e70-11e3-8cdd-bcdc09410972_print.html [24.9.2014]

http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-23795088?print=true [24.9.2014]

International Herald Tribune 5.9.2013, S. 5 (President says the world set a ‘red line’ [24.9.2014])

INTERNATIONAL CRISIS GROUP - Syria Statement. 2.9.13 [24.9.2014]

After Syria chemical allegations, Obama considering limited military strike. The Washington Post, 26.8.13 [24.9.2014]

http://www.tagesschau.de/ausland/gzwanzig-russland112.html vom 7.9.13. Der gesamte Text des Statements ist auf: http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/09/06/joint-statement-syria [24.9.2014]

Exkurs: Abwendung einer Militärintervention 2013[16]

Mehr als zwei Jahre nach Beginn des Bürgerkriegs in Syrien schien der Westen, angeführt von Frankreich, Großbritannien und den USA, bereit, militärisch in Syrien einzugreifen, als im August 2013 durch einen bis heute nicht restlos aufgeklärten Einsatz des Giftgases Sarin in einem Vorort von Damaskus (Ghuta) bis zu 1800 Menschen starben und Tausende verletzt wurden. Zuvor hatten die USA erklärt, der Einsatz von Giftgas würde die Überschreitung einer Roten Linie durch das Assad-Regime bedeuten. Doch nach den Zwischenfall sprach Obama zunächst lediglich von einer ‚gründlichen Prüfung der Vorwürfe und aller Optionen' (25.8.2013), um dann einen Tag später (26.8.) durch seinen Außenminister mit martialischen Worten einen begrenzten Militärschlag ankündigen zu lassen. Frankreich und Großbritannien schlossen sich an und erklärten sich bereit, mit den USA gemeinsam zu handeln, notfalls auch ohne eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates. Andere Länder, darunter auch Deutschland (trotz Wahlkampfs in seltener Einmütigkeit von Merkel und Steinbrück), verkündeten, dass sie sich auf keinen Fall beteiligen würden.

Aber schnell wurden Zweifel laut, nicht nur die Friedensbewegungen in den USA und Europa - in den USA waren nach Meinungsumfragen 59% gegen einen Militärschlag -, sondern auch Medien, Stimmen aus dem Militär selbst und politische Beobachter*innen fragten nach Sinn und Zweck eines solchen Eingreifens und sprachen von schlecht berechenbaren Konsequenzen. Selbst Think Tanks wie die International Crisis Group, die in der Vergangenheit durchaus auch militärische Optionen in verschiedenen Krisen empfahl, warnten vor einem Militärschlag. Er sei gefährlich und kaum im Interesse des syrischen Volkes.

Die konzertierte Kritik zeigte Wirkung: Zuerst erklärte der britische Premier Cameron, dass er nur mit Zustimmung des Parlaments handeln wolle, und dann kündigte Obama an, dass er auch die Zustimmung der beiden Kammern seines Parlaments (Kongress und Senat) einholen wolle. Die Abstimmung im britischen Unterhaus ging für Cameron Ende August schlecht aus: die Mehrheit stimmte am 29.8. gegen einen Militäreinsatz.

Während sich der Angriff, von dem zunächst angenommen worden war, dass er noch vor dem G 20-Gipfel in Moskau in der ersten Septemberwoche stattfinden würde, weiter verzögerte, wurde sein Charakter immer unklarer. Anfänglich war von einem kurzen, vielleicht zweitägigen gezielten Angriff aus der Luft auf Militäreinrichtungen des Assad-Regimes (unter Aussparung der Chemiewaffendepots) die Rede einer reinen Strafexpedition ohne entscheidenden Einfluss auf den Bürgerkrieg im Land. Später erklärte sich der US-Senat bereit, einem bis zu 60-tägigen Luftangriff mit einer Verlängerungsoption für weitere 30 Tage zu billigen. Und Kerry sprach in einer Pressekonferenz am 3.9. davon, dass auch Bodentruppen nicht ausgeschlossen werden könnten, sofern die Gefahr bestünde, dass Chemiewaffen ‚in die Hände von Extremisten fallen' könnten, auch wenn er diese Aussage kurz danach wieder halb zurücknahm. [7]

Bei dem G 20 Gipfel in Moskau, der am 6. September endete, konnten die USA und Russland keine Einigung über eine gemeinsame Haltung erzielen. Als Ausdruck der verhärteten Haltung zwischen Ost und West unterzeichneten alle anwesenden EU-Länder (Großbritannien, Frankreich, Italien) mit der Ausnahme Deutschlands (!) ein gemeinsames Statement, in dem sie die Angriffspläne der USA als Antwort auf Giftgasangriffe in Syrien unterstützen: "*Wir fordern eine starke internationale Antwort auf diese schwerwiegende Verletzung internationalen Rechts (...), die deutlich macht, dass derartige Gräueltaten sich nicht wiederholen können …*" Und:. "*Diejenigen, die diese Verbrechen begangen haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden.*"[8] Zu den Unterzeichnern gehören neben den USA auch die Türkei, Japan, Australien, Kanada und Südkorea. Deutschland schloss sich der Erklärung einen Tag später an mit der Begründung, man habe erst einmal eine einheitliche Position der EU abwarten wollen. Diese ließ auf ihrem Gipfel in Vilnius am 7.9. verkünden, dass sie an Obama appelliere, das Ergebnis der UN-Untersuchungen

Ebner, Karoline (2013) Präsident in der Zwickmühle, tagesschau 9.9.2013, http://www.tagesschau.de/ausland/syrien3108.html [24.9.2014]

Rosenberg, Steven (2013) Russia's Nimble Footwork on Syria. BBC News 11.9.2013, http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-24045650?print=true [24.9.2014]

Goldfarb, Zachary A. und Nakamura, David (2013) Obama Takes Syria Case to the Public in White House Address, Washington Post 11.9.2013, http://www.washingtonpost.com/politics/obama-takes-syria-case-to-the-public-in-white-house-address/2013/09/10/11b5356a-1a36-11e3-82ef-a059e54c49d0_story.html [24.9.2014]

Die Rede kann nachgelesen werden unter: http://www.washingtonpost.com/politics/running-transcript-president-obamas-sept-10-speech-on-syria/2013/09/10/a8826aa6-1a2e-11e3-8685-5021e0c41964_story.html [24.9.2014]

[16] Dieser Text erschien in: Christine Schweitzer mit Jörgen Johansen (2014). Kriege verhindern oder stoppen. Der Beitrag von Friedensbewegungen. IFGK Arbeitspapier Nr. 26, Juli

abzuwarten.

Unterdessen bemühte sich Obama weiter, Zustimmung in den beiden Häusern seines Parlamentes für den Militärschlag zu gewinnen. Der Auswärtige Ausschuss des Senats hatte am 4. September mit 10 zu 7 Stimmen für einen Militärschlag gestimmt, was als erster Erfolg für Obama gewertet wurde. Aber seine Aussichten, auch den Kongress auf seine Seite zu ziehen, schienen gering: Nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung in den USA war gegen einen Angriff auf Syrien, sondern auch die Mehrheit im Kongress, dem Repräsentantenhaus. Nach Meldungen vom 9. September hatte Obama dort nur 30 der 435 Abgeordneten hinter sich.

Es war in dieser Situation und drei Tage nach Ende des G 20 Gipfels, dass Präsident Putin eine Äußerung aufgriff, die von Außenminister Kerry bei einer Pressekonferenz am Montag, den 9.9., gemacht hatte. Er verkündete eine Initiative mit dem Ziel, die Chemiewaffen Syriens unter internationale Kontrolle der UN stellen und schließlich vernichten zu wollen. Aus den USA hieß es, dies sei angeblich von den USA und Russland am Rande des G 20 Gipfels abgesprochen worden – ob das so stimmt, muss dahingestellt bleiben. Assad erklärte lsich am nächsten Tag mit dem Vorschlag einverstanden.

Am gleichen Tag verkündete Obama in einer mit Spannung erwarteten nur viertelstündigen Ansprache an die Nation, dass er vorerst von einem Militärschlag gegen Syrien absehen werde, und bat den Kongress, eine Abstimmung aufzuschieben. Seine Drohung mit einem Schlag hob er aber nicht auf. Aber es werde ,"*keine Aktion mit offenem Ende wie in Irak oder Afghanistan, noch ein längerer Luftkrieg wie in Libyen oder Kosovo sein. Dies würde ein gezielter Schlag werden, um ein klares Ziel zu erreichen: von dem Einsatz chemischer Waffen abzuschrecken und Assads Fähigkeiten zu reduzieren*". Mit anderen Worten: von dem 60-tägigen Einsatz war nicht mehr die Rede.

Plötzlich schien die Situation grundlegend verändert. Die bis dahin völlig auf das Nebengleis geschobene UNO (deren Bericht der Chemiewaffeninspektoren die USA nicht hatten abwarten wollen) trat plötzlich wieder in den Vordergrund. Eine UN-Sicherheitsratsresolution soll den Weg zur Umsetzung des Vorschlages freimachen. Nachdem aufgrund von Differenzen zwischen Russland und den USA eine für den 10.9. vorgesehene Sitzung des UN-Sicherheitsrates zunächst abgesagt worden war, einigten sich die Außenminister der beiden Länder in einem dreitägigen Treffen vom 14.-16.9. dann doch: UN-Inspektoren sollten die von Syrien binnen einer Woche offengelegten Waffen ab Mitte November 2013 abtransportieren. Der Sicherheitsrat sollte für den Fall, dass Syrien nicht kooperiert, Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta ankündigen, wozu bekanntlich auch die Möglichkeit einer Militärintervention gehört. Eine entsprechende Resolution wurde verabschiedet und UN-Inspektoren begannen kurze Zeit später mit dem Abtransport der Chemiewaffen.

Selbstverständlich ist auch dieses hier ein Fall, wo der Verzicht auf militärisches Handeln nicht allein auf die Ablehnung in der Bevölkerung zurückgeführt werden kann. Aber die Ablehnung einer Intervention durch die Parlamente in Frankreich und Großbritannien spielte gewiss eine Rolle dabei, auch die USA zögern zu lassen.Diese Ablehnung in Europa hatte, so die oben zitierten Quellen aus jenen Tagen, viel zu tun mit der ablehnenden Stimmung in der Bevölkerung.

2014, nachdem sich der IS in Syrien und Irak breit gemacht hatte, kam es dann aber doch zu einer Militär-Intervention, allerdings nicht gegen das Assad-Regime gerichtet, sondern ausschließlich gegen den Islamischen Staat und Al Qaida (Al Nusra). Die USA scharten Verbündete aus der Region und aus aller Welt um sich herum, um mit Luftangriffen den IS und die Al Nusra Front zu bekämpfen. Der Anti-IS-Allianz gehören mehr als 60 Staaten an. Direkte Luftangriffe fliegen allerdings nur wenige Staaten[17]; viele andere, so auch Deutschland, unterstützen logistisch und mit

[17] Luftangriffe fliegen: (mit Kommata aufzählen? Als Fußnote kürzer)

- USA
- Großbritannien
- Frankreich
- Australien
- Dänemark
- Belgien
- Kanada
- Saudi-Arabien

Waffenlieferungen den Kampf gegen den IS.[18] Nach den Terroranschlägen in Paris 2015 weiteten Deutschland und eine Reihe weiterer Länder ihr Engagement aus, wobei man sich auch auf die Beistandspflicht gemäß Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union berief.

Ab September 2015 griff auch Russland militärisch ein, wobei bald klar wurde, dass nicht nur der IS, sondern auch andere Oppositionsgruppen in Unterstützung des militärisch stark geschwächten syrischen Regimes bekämpft werden sollten.

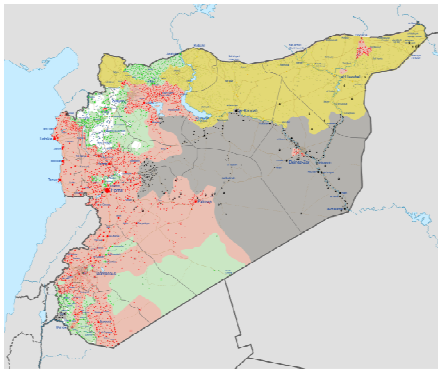
Die bislang jüngste Militärintervention stammt vom August 2016, als die Türkei mit Bodentruppen in Nordsyrien einmarschierte. Vorgeblich zum Kampf gegen den IS; tatsächlich ging es aber wohl mehr darum, zu verhindern, dass die kurdischen Regionen sich zusammenschlossen. Inzwischen ist die Offensive offiziell abgeschlossen.

6. Militärische Gewichte haben sich verschoben (2016-2017)

Die heutige Situation ist durch drei Elemente geprägt:
Das erste sind die bedeutsamen militärischen Erfolge gegen den IS, der stark geschwächt und aus einem Teil des von ihm kontrollierten Territoriums vertrieben wurde.

Das zweite ist der Vormarsch der syrischen Regierungstruppen seit 2016, was vor allem auf die Unterstützung durch Russland und den Iran zurückzuführen ist. Derzeit zeichnet sich eine de-facto Dreiteilung des Landes ab: Im Westen stehen große Gebiete wieder unter der Kontrolle der Regierung, mit einigen Enklaven im Süd- und Nordwesten, wo noch die bewaffnete Opposition herrscht; das kurdische Gebiet im Norden und der gesamte Osten (größtenteils bevölkerungsarme Wüste), wo der IS weiter dominiert.

Das dritte Element sind verstärkte Bemühungen um einen Waffenstillstand. Die Genfer Verhandlungen unter Vorsitz der UN wurden ergänzt durch das sog. Astana-Format: Verhandlungen, bei denen Russland, die Türkei und der Iran den Vorsitz führen. 2016 gab es zwei Waffenstillstände; der am 28. Dezember 2016 geschlossene gilt offiziell bis heute.



Von Ermanarich - Eigenes Werk, derived from the Template: Syrian Civil War detailed map. Dieses Bild wurde digital nachbearbeitet. Folgende Änderungen wurden vorgenommen: Marks for the cities and towns as well as colour on the ground were added to show the situation in the Syrian Civil War. Das Originalbild kann hier eingesehen werden: Syria location map3.svg. Bearbeitet von Ermanarich.En:Module:Syrian_Civil_War, CC-BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=50441125

Anfang Mai 2017 wurden von der syrischen Regierung, Russland und Iran vier sog. Schutzzonen vereinbart, deren genaue Grenzlinien noch nicht festgelegt sind. Trotz Schutzzonen und Waffenstillständen sind die Kämpfe allerdings weiter gegangen, wenngleich sie in manchen Gebieten abnahmen. An verschiedenen Orten wurden bewaffnete Rebellen durch das Assad-Regime gezwungen, ihre Waffen niederzulegen und wurden mit Bussen in andere Gebiete transportiert.

Eines der Probleme aller Waffenstillstände: Der IS und Al Nusra werden regelmäßig davon ausgenommen. Ein Waffenstillstand in Syrien bedeutet also nicht, dass tatsächlich die Waffen schweigen, sondern es wird lediglich

- Vereinigte Arabische Emirate
- Bahrain
- Katar
- Jordanien

Auch Israel fliegt gelegentlich Luftangriffe, die vor allem gegen die libanesische Hisbollah gerichtet sind oder auf Angriffe des IS auf den Golanhöhen reagieren. Der Allianz gehört Israel nicht an.

[18] Die UN-Resolution 2249 (2015) fordert die UN-Mitgliedsstaaten auf, in Syrien und dem Irak „alle notwendigen Maßnahmen“ zu ergreifen, „um terroristische Handlungen zu verhüten“.

die Zahl der Gegner, gegen die gekämpft wird, reduziert.

Opferzahlen

Die genauen Opferzahlen sind nicht bekannt und die Zahlen sind selbst Instrumente im Konflikt.[19] Hält man sie gegeneinander, so passen sie auch nicht besonders gut zusammen, bzw. lassen viele Fragen offen. Aber um einen Eindruck von den Dimensionen zu geben, sollen trotzdem ein paar dieser Zahlen hier zitiert werden:

400.000 Syrer*innen sind laut Angaben der UN zwischen 2011-2016 getötet worden, andere Zahlen bleiben drunter oder gehen darüber, und sie passen auch nicht mit den Zahlen unten zusammen.

Mehr als 5 Millionen Menschen halten sich als Geflüchtete außerhalb des Landes auf; 6,3 Millionen sind intern Vertriebene (UN, März 2017).

Auf der Seite des Regimes (inkl. Hisbollah) wurden geschätzt zwischen 114.000–164.000 Kombattanten getötet.

Tote auf Seiten der bewaffneten Opposition (inkl. IS) werden auf 110.000–147.000 geschätzt, plus ca. 55.000 getötete ausländische Kämpfer.

Was die Opfer der Interventionen angeht, so hat eine britische Beobachtungsstelle[20] auf der Basis öffentlich zugänglicher Quellen folgendes berechnet: Insgesamt seien von der westlichen Allianz 7.631 Menschen in Syrien, davon 5.963 Angehörige des IS, 309 Angehörige von Al-Nusra u.a. Rebellen, 98 Regierungssoldaten und 1.261 Zivilist*innen getötet worden.

Für Russlands Eingreifen wurde gezählt: Insgesamt 11.932 Tote, davon 3.358 IS, 3.407 Al Nusra u.a. Rebellen, 5.167 Zivilist*innen.

Nach anderen Zahlen haben Angriffe der westlichen und russischen Kräfte geschätzt 3.165 Zivilist*innen in Syrien und Irak das Leben gekostet.

Wer ist auf wessen Seite?

International war (und ist) Syrien Mitglied der Bewegung der blockfreien Staaten, die allerdings seit Ende des Kalten Kriegs stark an Bedeutung verloren hat. Es war schon vor dem Krieg mit Russland und China befreundet, die sich schon in früheren internationalen Auseinandersetzungen (etwa nach der vermutlich von Syrien aus betriebenen Ermordung des libanesischen Ex-Ministerpräsidenten Hariri) auf die Seite Syriens stellten. Russlands Handelsinteressen betreffen sowohl Rüstungsexporte wie Erdöl – zusammen machten die Verträge 2011 einen Wert von 700 Millionen USD pro Jahr aus. Zudem ist Tartus die einzige russische Marinebasis am Mittelmeer.

Auch der Iran unterstützt das Regime. Die USA ordneten Syrien zusammen mit Kuba und Libyen 2002 der „Achse des Bösen“ zu und beschuldigten die Länder, Massenvernichtungswaffen herzustellen. Daraus speisen sich die Spekulationen mancher Linker, dass der Aufstand in Syrien, oder gar alle Aufstände von 2011, von der CIA betrieben worden seien. Doch handfeste Belege jenseits der Tatsache, dass Oppositionsgruppen in Syrien mindestens bis 2010 Gelder (insgesamt 6 Mio. USD) aus den USA erhalten haben, gibt es dafür nicht. Diese Gruppen waren aber nicht der Kern des Auf-

[19] Quellen für die zitierten Zahlen:

http://www.unmultimedia.org/radio/english/2016/04/syria-envoy-claims-400000-have-died-in-syria-conflict/#.V87iafkrIdV

http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php

https://airwars.org/about-us

[20] airwars.org

stands, der sich 2011 entwickelte, und außerdem sprechen solche Herleitungen den Menschen vor Ort auf sehr paternalistische Art und Weise ab, selbstverantwortliche Entscheidungen zu treffen. Finanzielle Unterstützungen, so zeigen vergleichende Studien, mögen hilfreich sein, ausreichend für die Entstehung und das Gelingen von Aufständen ist sie in aller Regel nicht.[21]

Im Nahostkonflikt war und ist Syrien als einer der Gegner Israels positioniert. Im Sechstagekrieg 1967 besetzte Israel die zu Syrien gehörenden Golanhöhen, von denen aus es immer wieder zu Beschuss israelischen Territoriums gekommen war. Die 1976 beginnende, langjährige Militärpräsenz im? Libanon musste Syrien 2005 nach der bis heute offiziell ungeklärten Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers Rafik Hariri beenden. Syrien hat Israel bis heute nicht anerkannt. Friedensgespräche scheiterten 2008 am Gaza-Konflikt. Damaskus war der Sitz der Exilregierung der Hamas, die aber jetzt das Land verlassen und sich auf die Seite der Opposition gestellt hat.

Auf der Seite der arabisch-sunnitischen Opposition stehen die meisten arabischen Länder (geführt von Saudi-Arabien und Katar), die Türkei und die meisten westlichen Staaten. Besonders aus den arabischen Ländern und der Türkei wurden Oppositionsgruppen mit Waffen, Geld und Kämpfern unterstützt; der Westen beschränkte sich vorwiegend auf das diplomatische Parkett, bis mit dem Krieg gegen den IS auch Waffen und Geld an bewaffnete Oppositionsgruppen, vor allem an die irakischen und im Falle der USA auch syrischen Kurden flossen. (Und diese Waffen dann ihren Weg durch die Region antraten, bis sie auch beim IS ankamen, der u.a. vor einigen Monaten die Eroberung von zwei Leopard II Panzern feierte.)

Sieben Dimensionen der Konflikte in Syrien und mögliche Konfliktbearbeitungsansätze[22]

1. Soziale Bewegungen

Hierzu gehört zum einen der oben beschriebene Aufstand gegen das Assad-Regime, der im Frühjahr 2011 begann und von Menschen sehr unterschiedlicher Provenienz mitgetragen wurde.

Aber auch islamistische Gruppen können als soziale Bewegungen angesehen werden, sofern sie von den Menschen vor Ort freiwillig mitgetragen werden.

Wie diese Dimension im Sinne von Ziviler Konfliktbearbeitung (oder Friedenslogik) bearbeitet werden könnte: Die Entscheidung über die Zukunft Syriens liegt alleine bei der syrischen Bevölkerung. Weder internationale Verhandler*innen, die durch die Entscheidung, wen sie zu Gesprächen einladen und wen nicht, die eine oder die andere Koalition stärken (z.B. war bei den Genfer Verhandlungen 2016 die syrisch-kurdische PYD ausgeschlossen), noch militärisches Eingreifen auf egal welcher Seite sind hier hilfreich.

Stattdessen sollte die sog. Internationale Gemeinschaft sich darauf beschränken, als redliche Vermittlerin mit allen Konfliktparteien (einschließlich radikaler islamistischer Gruppen und auf jeden Fall einschließlich der syrischen Kurden) Verhandlungen aufzunehmen. Solche Vermittlungsbemühungen müssen nicht heißen, dass alle an einem Tagungsort zusammenkommen – Vermittler*innen können hin und her reisen oder Treffen mit jeweils nur einigen Gruppen abhalten, um Möglichkeiten einer wirklichen Lösung auszuloten.

Lokale Waffenstillstände und die Schaffung von waffenfreien Zonen könnten dazu beitragen, dass in immer weniger Gegenden Syriens die Waffen sprechen. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass humanitäre Hilfe und Wiederaufbauhilfe diese Zonen erreicht.

[21] Siehe Jörgen Johansen, Externe Unterstützung für gewaltfreie Revolutionen - Eine Analyse. Hrsg. Bund für Soziale Verteidigung, HuD Nr. 53, Februar 2017.

[22] Die Abschnitte über Bearbeitungsansätze wurden nicht mündlich vorgetragen, weil sie in dem nachfolgenden Plenum zu Friedenslogik eingebracht werden sollten.

2. Konflikte zwischen sich ethnisch oder religiös definierenden Großgruppen

Wie in so vielen Ländern der Welt sind Konflikte teilweise zurückzuführen auf die Ziehung künstlicher Grenzen in früheren Zeiten – seien es die Grenzen von Kolonialreichen oder, wie im Falle Syriens, der Aufteilung des Osmanischen Reiches nach dem 1. Weltkrieg.

Dies gilt insbesondere für das Thema „Kurdistan“: Syrien ist eines von mehreren Ländern in der Region (neben der Türkei, Irak und Iran), wo eine zahlenmäßig bedeutsame kurdische Bevölkerung ansässig ist (s. oben).

Rojava erfreut sich, anders als die arabisch-sunnitische Opposition in Syrien, recht großer internationaler Unterstützung von Seiten der Zivilgesellschaft. Dazu gehören nicht nur kurdische Gruppen im Exil, sondern auch viele linke und anarchistische Gruppen. Rojava ist bei uns so populär vor allem aus folgenden Gründen:

- Schaffung einer alternativen Regierungsform,
  folgend den demokratischen Konföderalismus- Vorstellungen von Abd. Öcalan und der PKK:
- Säkulares System und Religionsfreiheit
- Frauenrechte (Doppelspitzen, Frauen in den Selbstverteidigungskräften (YPG)
- Einbeziehung aller Volksgruppen / Konfessionen (Kurden, Christen, Sunniten) in die Regierungsführung
- Gewisse Rechtsstaatlichkeit
- Ökologisch-nachhaltige Ansätze des Wirtschaftens
- Schulen, Gründung einer Universität

Aber es gibt auch Kritik an Rojava:

- Militarisierung und Verherrlichung des bewaffneten Kampfes
- Gebietsansprüche an nicht-kurdische Gebiete
- Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen willkürliche Festnahmen, Folter/Misshandlung von Häftlingen, Hinrichtungen,
- Vertreibung sunnitischer Bevölkerung, Zerstörung von Häusern, Vorwürfe sog. ethnischer Säuberungen
- Einsatz von Kindersoldat*innen
- Repressive Regierungsführung nach Vorbild der PKK.

Eine Friedenslösung für Syrien muss auch eine Regelung für die kurdische Bevölkerung in Nordsyrien beinhalten – vielleicht in Form ähnlicher Autonomieregelungen, wie sie die Kurd*innen im Irak genießen. Dies wird aber wohl nur durchsetzbar sein, wenn es gelingt, den kurdisch-türkischen Konflikt konstruktiv zu bearbeiten. Hier braucht es das Wirken von Vermittler*innen, die von allen Seiten anerkannt sind, z.B. aus den Reihen der Organisation of Islamic Cooperation (OIC), der internationalen Organisation von 57 islamischen Ländern, die u.a. schon den Bürgerkrieg in Mindanao (Philippinen) beizulegen half.

3. Stellvertreterkrieg zwischen sunnitischen und schiitischen Ländern

Der Krieg in Syrien ist auch, genau wie der im Jemen, ein Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und seinen Verbündeten auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite als die Führungsmächte der sunnitischen und schiitischen Ausrichtung des Islams. Die sunnitischen Länder unterstützen die Opposition gegen das Assad-Regime, wobei einige auch nicht vor einer (inoffiziellen) Förderung des IS Halt machten. Die Regierung Assad, geprägt durch die den Schiiten nahestehenden Aleviten, hat sich wiederum Unterstützung u.a. beim Iran und der libanesischen Hisbollah geholt. Letztlich geht es bei diesem Konflikt um die Vorherrschaft in der Region, um die Saudi-Arabien und der Iran konkurrieren, und die selbstverständlich nicht nur eine religiöse, sondern auch eine bedeutsame ökonomische Komponente (Kontrolle von Öl und Gas und dessen Transportwegen) hat.

Der Konflikt zwischen den beiden Konfessionen wird sich nicht kurzfristig lösen lassen, es gibt aber

konstruktive Ansätze, die religiöse Dimension dieses Konflikts zu bearbeiten: Dialog zwischen den Konfessionen, Stärkung der Aspekte, die beide Konfessionen verbinden, Versöhnungsarbeit auf der Graswurzelebene. Da der Konflikt neben der religiösen aber auch eine machtpolitische und ökonomische hat, braucht es zum anderen dringend die schon oft geforderte Konferenz aller Staaten des Nahen und Mittleren Ostens nach Vorbild der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (heute: OSZE), um die – letztendlich diesen Konflikt bestimmende – politische und wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den beteiligten Staaten anzugehen und zu überwinden.

4. Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen und Russland

Der Konflikt zwischen dem Westen und Russland hat nicht erst mit der Ukraine-Krise begonnen. Schon seit 2011 hat Russland auf diplomatischem Parkett, u.a. in den Vereinten Nationen, die Regierung Assad unterstützt. Syrien war für Russland ein wichtiger Handelspartner und außerdem Standort des einzigen russischen Marinestützpunkts am Mittelmeer. 2013, als Großbritannien und die USA mit einer Militärintervention wegen des syrischen Giftgases drohten, spielte Russland aber eine konstruktive Rolle dabei, die syrische Regierung dazu zu bewegen, ihre Vorräte unter Aufsicht der UN abziehen und vernichten zu lassen. Jedoch nachdem wegen der Annexion der Krim und der Unterstützung der Rebellen in der Ostukraine Sanktionen gegen Russland verhängt wurden und auf beiden Seiten militärisch aufgerüstet wird, hatte sich der Krieg in Syrien auch zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem Westen entwickelt. Russlands direktes militärisches Eingreifen in Syrien auf Seiten des Assad-Regimes hat diesen Konflikt weiter verschärft, da der Westen potenziell, wenn auch nur verdeckt oder vereinzelt militärisch[23], zu den Gegnern des Regimes zählt.

Der Schlüssel zur Aussöhnung zwischen Russland und dem Westen liegt eher in der Ukraine als in Syrien. Der BSV hat hierzu verschiedentlich Vorschläge gemacht – Volksabstimmungen, Minderheitenschutz, Abrüstung und Truppenabzug, gemeinsame Sicherheit u.a.m.

5. Der „Krieg gegen den Terror“

Auch wenn der Begriff schon älter ist, so wird er im heutigen Gebrauch zurückgeführt auf den 11. September 2001 und die anschließende Rede von Präsident Bush jr.:

„Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit Al-Qaida, aber er endet nicht dort. Er wird nicht enden, bis jede terroristische Gruppe von globaler Reichweite gefunden, gestoppt und geschlagen ist. […] Die Amerikaner sollten nicht einen Kampf erwarten, sondern eine langwierige Kampagne, anders als alle, die wir je gesehen haben. Diese könnte dramatische Angriffe einschließen, die im Fernsehen übertragen werden, und versteckte Operationen, die auch bei Erfolg geheim bleiben. Wir werden den Terroristen ihre Geldmittel abschneiden, sie gegeneinander aufbringen, sie von Ort zu Ort treiben, bis es für sie keine Zuflucht oder Ruhe mehr gibt. Und wir werden die Staaten verfolgen, die dem Terrorismus Hilfe zur Verfügung stellen oder ihm einen sicheren Hafen bieten. Jedes Land in jeder Region muss sich jetzt entscheiden – entweder es steht an unserer Seite oder an der Seite der Terroristen.“[24]

Der Krieg begann mit der Invasion Afghanistans 2001 und der gleichzeitigen Operationen im Horn von Afrika.

2003 folgte die Invasion der USA und der „Koalition der Willigen“ in den Irak.

[23] Wie erwähnt, scheint es eine verdeckte militärische Unterstützung der Oppositionsgruppen durch den Westen zu geben, die aber bei Weitem nicht das Ausmaß der Intervention durch Russland hat. Der Angriff der USA auf den syrischen Militärflughafen nach dem neuesten Giftgasangriff von Anfang April 2017 war der erste offene (und völkerrechtswidrige) Angriff aus den Reihen der westlichen Allianz auf die syrische Regierung.

[24] Zitiert nach Wikipedia, Krieg gegen den Terror

2014 begann dann der Krieg gegen den IS und Al Nusra.

Im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ führen die USA außerdem Drohnenangriffe in mehreren Ländern außerhalb ihrer militärischen Haupteinsatzgebiete durch – in Pakistan, Jemen, Somalia u.a. , mutmaßliche Terroristen werden als „feindliche Kämpfer“ völkerrechtswidrig gefangen gehalten. Von 2001 bis 2011 betrug die Zahl der Opfer der Kriege in Irak, Afghanistan und Pakistan geschätzt 1,7 Millionen Menschen.[25]

Die Militärintervention der Anti-IS-Allianz in Syrien muss beendet werden, und zwar nicht nur sie, sondern der gesamte Krieg gegen den Terror. Jede Drohne, die unschuldige Menschen tötet, jede heimliche oder offene Militäroperation leistet vor allem eines: Sie schafft neue Terrorist*innen. Und falls es gelingen sollte, den IS militärisch in die Knie zu zwingen, dann wird er in anderen Ländern und im Untergrund weiterkämpfen und auch den Terror verstärkt in den Westen tragen.

Der Schutz der Zivilbevölkerung passiert nicht durch Bomben aus der Luft. Er braucht mutiges humanitäres Engagement, sowohl direkt in den Kriegsregionen wie in den Gebieten Syriens, wo derzeit nicht gekämpft wird. Zumindest in letzteren Gebieten könnte unbewaffnetes Ziviles Peacekeeping eingesetzt werden, wie es die Nonviolent Peaceforce derzeit in Form von Trainings von Beirut aus anbietet.

6. Ökonomische und geostrategische Interessen in der Region

Ökonomische und geostrategische Interessen werden von allen in den Krieg involvierten Parteien verfolgt, also keinesfalls nur vom Westen. Ihm geht es um den Schutz des Zugangs auf Öl und Gas und um zu verhindern, dass Russland-Iran-Syrien Kontrolle über Öl und Gastransportwege ausüben und um die Stützung befreundeter Regimes in der Region.

Bei Russland sind die Bewahrung des einzigen direkten Zugangs zum Mittelmeer und die Verhinderung von Konkurrenz bei dem Export von Erdgas nach Europa, einer wichtigen Einnahmequelle Russlands, zu benennen.

Oft zitiert wird in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung um eine bestimmte Gaspipeline 2009: Saudi-Arabien und Katar woll(t)en eine Gaspipeline über Syrien und Türkei in den Westen bauen. Assad verweigerte 2009 die Unterschrift und begann stattdessen Verhandlungen über eine Pipeline Iran-Russland.

Während Pläne für Ölpipelines kaum verfolgt werden dürften, solange in Syrien Krieg herrscht, wurde der Iran, einem weiteren Unterstützer des Regimes, das eine seiner Haupthandelsachsen mit Syrien hatte, schon jetzt für seine Unterstützung belohnt[26]: Jüngst wurde ein Wirtschaftsabkommen mit Damaskus geschlossen, iranische Firmen betreiben ein Mobilfunknetz und stellen Ölprodukte her, bauten eine Phosphatmine aus und nutzen landwirtschaftliche Flächen in Syrien.

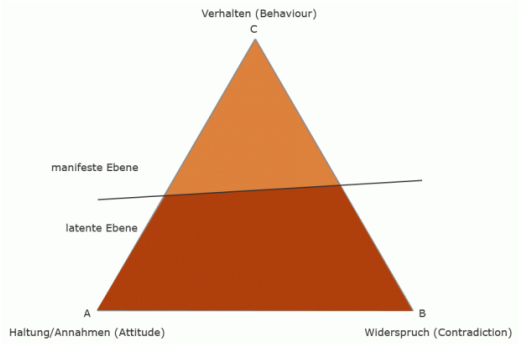
Hier werden die „friedenslogischen Alternativen“ schnell sehr grundsätzlich. Diese Dimension scheint besonders virulent zu sein bei der Frage, die ein Teil einer friedenslogischen Analyse ist, wie das Problem entstanden und was der eigene Anteil daran ist. Hier könnte man sich von Staaten zumindest eine „Konfliktverträglichkeitsprüfung“, vergleichbar mit der Umwelt-Verträglichkeitsprüfung, wünschen, die inzwischen zumindest in Ansätzen praktiziert wird. Dass mittelfristig der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen erforderlich ist und wir überhaupt eine andere Weltwirtschaftsordnung brauchen, geht über den Rahmen des syrischen Konflikts so weit hinaus, dass hier nicht weiter darauf eingegangen werden kann und soll.

[25] IPPNW, "Body Count - Opferzahlen nach zehn Jahren Krieg gegen den Terror“, 2012

[26] http://www.deutschlandfunk.de/iran-und-der-krieg-in-syrien-die-unterstuetzung-fuer-assad.799.de.html?dram:article_id=376963

7. Die Gewalt selbst

Je länger der Krieg andauert, umso virulenter wird das, was der Friedensforscher Johan Galtung als die Seite „Verhalten“ in einem Konfliktdreieck bezeichnet hat. Einfach ausgedrückt, geht es darum, dass besonders bei gewaltsam ausgetragenen Konflikten die Tatsache der Gewalt selbst immer wichtiger wird. Bis hin zu einem Punkt, wo die eigentlichen ursprünglichen Gründe beinahe vergessen sind, und nur noch zählt, was man selbst während des Krieges erlitten und welche Opfer man gebracht hat. Dies gilt auch für den Konflikt in Syrien. Ein „von oben“ beschlossener Waffenstillstand wird nicht ausreichen, soll das Land wirklich befriedet werden. Es wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte der Nacharbeit von Traumata, Überwindung von Hass und eventueller Versöhnung „von unten“ brauchen, soll das Land wieder eine Zukunft haben.



http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54499/konfliktdefinition, by-nc-nd/2.0

Dieser Vortrag wurde nach der Tagung auf der Basis der Power-Point -Präsentation und weiterer Materialien verschriftlicht; geht also über das hinaus, was mündlich in Köln vorgetragen wurde.

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

Vortrag:
Syrien heute – Konfliktlinien, Akteur*innen, Interessen

Helmut Lohrer

Herzlichen Dank an Christine Schweitzer für ihren Überblick und die vielen Details zu dem Konflikt.

Ich werde nun nicht all das nochmal wiederholen. Stattdessen werde ich mir einige Aspekte herausgreifen, das ein oder andere Detail betonen und auch deutlich machen, wo ich den Schwerpunkt anders setzen würde. Auch das müssen wir ansprechen, wenn wir in der Sache und in Hinblick auf unsere Strategie weiter kommen wollen.

Ich werde in der gegebenen Zeit auch an sich wichtige Themen auslassen müssen, so werde ich z.B. nichts zum Thema Flucht sagen.

Was die Entstehung des Konflikts angeht, würde ich sogar noch weiter zurück gehen als Christine, und das für das Verständnis auch für wichtig halten. Man muss, meine ich, ihn im Kontext dessen betrachten, was in der Region in den letzten 70 Jahren passiert ist. Oder sogar noch etwas früher, nämlich 1920, als Großbritannien und Frankreich die Region nach ihren Bedürfnissen aufgeteilt haben. 1925 entstand dann das heutige Syrien aus vier zuvor getrennten Kleinstaaten, die unter französischer Kontrolle standen.

Nach dem zweiten Weltkrieg begannen die USA, ihre eigenen Interessen in der Region durchzusetzen. Damals wollte die „Arabisch-amerikanische Ölgesellschaft“ ARAMCO eine Pipeline von Saudi-Arabien in den Libanon legen, die jedoch nach der Staatsgründung Israels über Syrisches Gebiet laufen musste. Damit war die Regierung Syriens nicht einverstanden. Durch inzwischen freigegebene CIA-Dokumente ist belegt, dass ein 1949 erfolgter Putsch in Syrien auf Initiative und unter der Regie des US-Geheimdienstes erfolgte. Anschließend wurde die Pipeline gebaut und bis 1976 betrieben.

Im Verlauf gab es 1958 und 1959 weitere durch die CIA initiierte Putschversuche, die aber misslangen. Ziel war jedes Mal die Installation eines den USA genehmen Regimes.

Die Konsequenz: Ein zunehmender Argwohn gegenüber den USA auf Seiten der Syrer*innen und ein wachsender Einfluss des Militärs auf die syrischen Machtstrukturen.

In der Folge gab es wiederholte Umstürze, bis dann 1970 der Vater des heutigen Präsidenten Assad die Macht ergriff. Seitdem herrscht die Familie Assad, seit dem Jahr 2000 ist Baschar al-Assad der Staatspräsident und gleichzeitig Generalsekretär der syrischen Baath-Partei.

Das Prinzip des Regime Change wurde von den USA immer wieder in der Region praktiziert. 1953 wurde beispielsweise mittels einer gut vorbereiteten Kampagne des britischen MI 6 und der CIA dem Iranischen Premierminister Mossadegh die Macht entrissen und an seiner Stelle eine pro-westliche Regierung installiert. Die Öffentlichkeit wurde über die Hintergründe getäuscht, erst vor wenigen Jahren wurden im Rahmen des Freedom of Information Acts die entsprechenden CIA-Dokumente veröffentlicht.

Weitere Beispiele der jüngeren Geschichte sind der zuvor vom Westen hofierte und mit Waffen ausgerüstete Saddam Hussein, und 2011 Muammar al-Gaddafi in Libyen. Beides waren sicher keine Protagonisten der Menschenrechte, was aber weder die USA noch andere westliche Staaten – auch Deutschland - daran gehindert hat, lange Jahre gute Geschäfte mit ihnen zu machen.

Der Angriff auf den Irak, der zur nachhaltigen Destabilisierung nicht nur des Iraks, sondern der ganzen Region führte, wurde von den USA mit einer inzwischen offiziell eingeräumten Lüge gerechtfertigt, nämlich dass der Irak unter Saddam Hussein im Besitz von Massenvernichtungswaffen, insbesondere biologischer und chemischer Waffen sei. Dies ist eine der kriegsrechtfertigenden Lügen aus einer langen Reihe, die ich hier nicht alle aufführen muss und

kann.

Eine wesentliche Zäsur in der Interventionspolitik der USA war natürlich der 11. September 2001. Waren zuvor Interventionen häufig nur verdeckt oder bedurften der eigenen Bevölkerung gegenüber der aufwändigen Rechtfertigung: Jetzt erklärte man den „Krieg gegen den Terror“, und von nun an war das Etikett „Terrorist“ fast schon ein hinreichender Kriegsgrund. 2002 definierte George Bush dann die „Achse des Bösen“. Zunächst nannte er Nordkorea – da erleben wir möglicherweise gerade die Eskalation -, Iran und Irak „und die Verbündeten“. Seine Außenministerin Condoleezza Rice präzisierte, dass Syrien selbstverständlich auch auf dieser Achse lag.

Wir von der IPPNW haben uns mal die tatsächlichen Opferzahlen des von den USA und ihren Verbündeten ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“, der zunächst in Afghanistan, in Pakistan und im Irak geführt wurde, angesehen. Offiziell wurden uns immer von 10.000 bis 100.000 Opfern erzählt, Kollateralschäden. Der in England erschienene „Irak Body Count“ listete genaue Zahlen, die im Wesentlichen aus offiziell gemeldeten Todesfällen stammten. Wenn man sich die tatsächliche Sterblichkeit ansieht, dann liegt die natürlich viel höher, weil im Krieg Todesfälle nicht gemeldet werden. Ich weiß nicht, wo genau die Zahlen der Opfer herstammen, die Christine uns gerade gezeigt hat. Aber in ihrer Präzision erinnern sie mich daran und wir dürfen annehmen, dass die tatsächlichen Opferzahlen höher liegen. Mit Opferzahlen wird natürlich Politik gemacht.

Wir kamen durch eine Metaanalyse wissenschaftlicher Daten, die wir unter dem Titel „Body Count“ international veröffentlicht haben, auf eine Zahl von – konservativ geschätzten - 1,3 Millionen Toten. Die Studie haben wir inzwischen vor dem Menschenrechtsausschuss des Bundestages präsentieren können und im Januar gab es die Debatte zu einer Großen Anfrage der Linken, die durch den Body Count angeregt wurde.

Das Ergebnis einer solchen Politik ist die Destabilisierung und damit die Zerstörung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen für die Menschen in der Region. Dass dies den Nährboden für religiösen Fanatismus, für Extremismus unterschiedlicher Ausprägung und für weitere Gewalt darstellt, brauche ich hier nicht weiter zu erläutern.

Jetzt möchte ich noch etwas zu der Entstehung des Konflikts in Syrien sagen. Christine hat gerade schon darüber gesprochen und von den friedlichen Demonstrationen berichtet, die von den syrischen „Sicherheitskräften“ von Beginn an gewaltsam bekämpft wurden. Das führte natürlich zur gewaltsamen Eskalation, zumal Teile des zuvor gewaltfreien Widerstands sich bewaffneten und z.B. die Freie Syrische Armee entstand.

Ich will nun nicht zu sehr in die Details der teilweise sehr zersplitterten und für einen Außenstehenden kaum zu durchschauenden Oppositionsgruppen gehen. Da gibt es hier sicher Menschen, die das besser können als ich.

Eine wissenschaftlich fundierte Auslegung dessen, wie der Konflikt in Syrien entstanden ist, kann ich eh nicht liefern. Es würde mich wundern, wenn das heute jemand überzeugend zustande bringen würde. Wir sind alle geprägt von unseren Standpunkten und wie so oft wird auch hier – vielleicht – im Nachhinein einmal klarer werden, was eigentlich passiert ist. Vielleicht, und das könnte ich mir gut vorstellen, wird uns eines Tags der US-amerikanische Freedom of Information Act oder ein Leak von Dokumenten mit Informationen versorgen, die den Beginn der Revolte in Syrien in einem anderen Licht darstellen.

Von Robert F. Kennedy, dem Bruder des ehemaligen US-Präsidenten, wissen wir, dass auch diesmal eine Pipeline, die durch Syrien verlaufen sollte, eine Rolle gespielt hat. Die Weigerung Assads nennt er als wesentliches Motiv für den angestrebten Regime Change.

Tatsache ist jedenfalls, dass die Parteien in dem Krieg von unterschiedlichen externen Mächten unterstützt werden. Die Unterstützung des Westens und insbesondere der USA galt anfangs der FSA. Nach deren Niedergang unterstützen sie heute im Wesentlichen die Syrian Democratic Forces (SDF), ein Bündnis verschiedener Gruppen, u.a. der YPG (kurdische Volksverteidigungseinheiten). Die Türkei unterstützt dagegen das von islamistischen Gruppen gebildete Bündnis der Nationalen

Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte. Die Nationale Syrische Koalition, ein Bündnis aus ganz unterschiedlichen Gruppen wie Muslimbrüdern, Vertretern turkmenischer und kurdischer Organisationen, von Revolutionskomitees und säkularen Vereinigungen, in dem auch der Syrische Nationalrat eine wichtige Rolle spielt, wurde im November 2012 in Katar auf Druck westlicher Regierungen gegründet. Das gemeinsame Prinzip ist: Assad muss weg. Da ist man sich auch mit den westlichen Regierungen inklusive der Türkei und Saudi Arabien einig: Regime Change.

Die Interessen der verschiedenen Gruppen überschneiden sich. Und das Aktionsfeld der externen Mächte hält sich natürlich nicht an die nationalen Grenzen, sondern reicht, insbesondere wenn es um die Bekämpfung des IS geht, weit in den Irak. Hinter der Bühne verständigt man sich schon mal, wer entlang welcher Grenze beispielsweise gegen die Syrische Armee oder auch gegen den IS vorgeht. Aber sobald das gemeinsame Interesse schwindet, kommen oft unüberbrückbare Gegensätze zum Tragen.

Solange die externen Mächte – allen voran (in alphabetischer Reihenfolge, um Einwände bezüglich meiner Gewichtung zu vermeiden) Iran, Israel, Katar, Russland, Saudi-Arabien, die Türkei und die USA sowie deren Verbündete Deutschland, Frankreich und Großbritannien – nicht aufhören, ihre eigenen Interessen über wechselnde Stellvertreter zu verfolgen, kann es gar keinen Frieden geben in Syrien. In die Richtung muss ein wesentlicher Teil unserer Strategie als Friedensbewegung gehen.

Deutschland beteiligte sich an diesen Interventionen zumindest offiziell nicht mit kämpfenden Truppen, sondern mit Aufklärungsflugzeugen. Die sind aber an der Vorbereitung von Kampfeinsätzen beteiligt, und wir haben alle mitbekommen, dass das auch zu verheerenden Angriffen auf Zivilisten beigetragen hat. Zur Instabilität der Region haben wir zudem dadurch beigetragen, dass Deutschland früher wie heute Waffen dorthin verkauft. Wir liefern z.B. Panzer und Schiffe nach Saudi Arabien, aber auch ganze Waffenfabriken. Dem Iran haben wir eine Fabrik für G3-Gewehre geliefert, die noch heute produziert werden. Und an Saudi-Arabien haben wir eine Fabrik für das G36 geliefert, die nachweislich von dort aus weiter gegeben werden. Gemeinsam mit anderen Staaten, nicht nur aus dem Westen, wurde die Region in mindestens 5 Wellen von Rüstungslieferungen vor allem mit mittelschweren und Kleinwaffen geradezu überflutet. Das Problem, z.B. mit einem G3-Gewehr, das auch heute noch als der Kalaschnikow an Feuerkraft und Robustheit überlegen gilt, ist, dass man es 40 Jahre lang in den Schrank stellen kann, es rausnehmen, durchladen und schießen kann. Das ist bei vielen anderen Waffen nicht anders.

Wer hat im August 2013 in Ghuta, einem von oppositionellen Kräften kontrollierten Vorort von Damaskus, Chemiewaffen eingesetzt? Ich weiß es nicht. Es gibt verschiedene Versionen. Die in der Mainstream-Presse verbreitete und auch von westlichen Regierungen behauptete ist: Assad war es. Es wird dann noch nachgeschoben, dass es keine sicheren Beweise gibt. Die gebe es deshalb nicht, weil Assad keine Untersuchungen zugelassen habe und weil Russland im Sicherheitsrat entsprechende Resolutionen per Veto verhindert habe. Dem wird von russischer Seite wiederum entgegengehalten, dass diese Resolutionen eine Vorverurteilung der Syrischen Regierung beinhaltet habe. Und man ja selbst unabhängige Untersuchungen gefordert hat. Also wer hat die Chemiewaffen eingesetzt? Wir wissen es nicht. Und wer war es diesmal in Chan Scheichun? Auch das wissen wir nicht. Und auch jetzt sind sich die westlichen Bündnispartner einig. Wenn es auch keine Beweise gibt: Es war Assad. Und selbst die deutsche Kanzlerin hat den US-amerikanischen Vergeltungsschlag für den jüngsten Giftgaseinsatz offiziell begrüßt.

Wenn ich mir die Gräueltaten vor Augen führe, die uns aus der Region berichtet werden, und wenn ich mir dann Interviews mit Rebellenvertretern, aber auch mit Regierungsvertretern anschaue, dann würde ich es keinem und jedem zutrauen. Und dem, was uns als Tatsache berichtet wird, insbesondere auch aus den Reihen des westlichen Bündnisses, kann ich nach all den Lügen der Vergangenheit keinen Glauben mehr schenken.

Das Ganze von einer anderen Seite betrachtet, stelle ich mir die Frage „Cui bono?“, wem nützt es? Assad mag ein brutaler Diktator sein. Aber kann er so dumm sein? Nachdem zuletzt dank russischer und iranischer Militärhilfe seine Position gestärkt wurde, würde er durch den Einsatz von Sarin all

das in Gefahr bringen? Würde der fragwürdige militärische Nutzen eines Giftgasangriffes das immense Risiko aufwiegen, dem er sich damit aussetzt? Die Antwort kann nur ein Nein sein.

Andererseits, würden Rebellen oder feindliche Mächte, die den zuletzt gesehenen Erfolg der Syrischen Regierung aufhalten wollen, davon profitieren, wenn es ihnen gelänge, Giftgas einzusetzen und es Assad in die Schuhe zu schieben? Die Antwort ist Ja. Damit will ich keine Täterschaft behaupten und erst recht keinen Beweis anstreben. Aber nach all den Propagandalügen, die wir in den Jahrzehnten erlebt haben, würde mich nichts überraschen. Vielleicht wird die Welt, und vor allem die Syrer*innen, es eines Tages erfahren.

Bei inzwischen wohl 400.000 Toten (Das sind Zahlen der UN von vor einem Jahr, wahrscheinlich sind es inzwischen mehr. Aber wer weiß das schon) muss man mal sagen: Hier ist eine rote Linie überschritten. Wer meint, „Ja, jetzt muss endlich Assad weg.“, oder „Ja, jetzt muss endlich Schluss sein mit den Terroristen.“ und jedenfalls muss eine starke Macht jetzt mal eingreifen, der denkt die Logik dieses Krieges weiter. So geht es seit Jahren.

Überschreitung der Roten Linie muss heißen: Endlich Schluss mit der Gewalt. Und endlich auch Schluss mit gewaltsamen Lösungen. Wir als Friedensbewegung müssen daher dafür eintreten, dass aufgehört wird zu schießen und dann angefangen wird, miteinander zu reden. Mit allen, die dazu bereit sind. Wer jetzt sagt: „Ja, aber nicht mit Assad“, der hat das nicht verstanden.

Unsere Hauptforderung muss aber sein, ganz im Sinne von „Vor der eigenen Türe kehren.“, dass unsere Regierung, dass die mit Deutschland verbündeten Partner – also auch Frankreich, Großbritannien und allen voran die USA – aufhören, ihre Interessen mit eigener Gewalt oder mit der Gewalt ihrer Stellvertreter in Syrien zu verfolgen. Und natürlich muss auch von Russland gefordert werden, die Gewalt einzustellen. Das werden sie aber erst dann bereit sein zu tun, solange dadurch nicht unmittelbar der Rest an vorhandener Integrität Syriens verloren geht und sie damit ihren Verbündeten verlieren, der ihnen nicht zuletzt Zugang zum Mittelmeer verschafft.

An dieser Stelle muss ich etwas über eine Organisation sagen, die in Deutschland auch innerhalb der Friedensbewegung für einigen Wirbel sorgt.

Die Zeit veröffentlichte am 07. Januar 2016 einen Artikel von Elias Perabo, einem der Gründer und Wortführer von Adopt a Revolution. Überschrift: „Pseudopazifisten“. Damit meint er unter anderem uns, die IPPNW. Jedenfalls sind wir die einzige Organisation, die er darin namentlich erwähnt. Deshalb habe ich mich mit dem Artikel näher beschäftigt. Er beklagt darin die einseitige Kritik der deutschen Friedensbewegung an westlichen Militärinterventionen, ohne dass die brutalen Folgen, z.B. der russischen Bombardements, erwähnt würden. Explizit schreibt er über uns: „Selbst die angesehene Organisation Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) verbreitete einen Protestaufruf gegen den Syrieneinsatz der Bundeswehr, ohne darin ein Wort über das Bombardement durch Russland zu verlieren.“ Was will er damit sagen? Müssen wir unsere Ablehnung des Bundeswehreinsatzes, das sind unsere Soldaten, relativieren? Natürlich sind wir für das Ende jeglicher Gewalt. Aber die Forderung einer deutschen Friedensorganisation darf sich primär an die deutsche Regierung wenden. Das kehren vor der eigenen Haustüre ist ein wichtiges Prinzip, das ich mir gerne erhalten werde.

Schon vor 35 Jahren, wenn wir gegen die Atomwaffen der USA demonstriert haben, wurde uns vorgehalten, warum wir nicht gegen die Waffen der UDSSR demonstrieren. Und wenn wir heute den Abzug der in Büchel lagernden Atomwaffen fordern, wird uns vorgehalten: „Aber die Russen haben ihre Raketen nach Westen verlegt und bedrohen uns damit. Warum demonstriert ihr nicht dagegen?“ Natürlich sind russische Atomraketen genauso schlecht wie die der USA. Mit diesem Argument versucht man, unsere Kritik an der eigenen Regierung und deren Verbündeten zu relativieren, und die Existenz der eigenen Waffen damit zu rechtfertigen. Man verkennt, dass unser erster Ansprechpartner die eigene Regierung ist. Die agiert in meinem Namen, diese Waffen sollen mich beschützen, und dagegen muss sich mein Protest in erster Linie richten, anstatt auf Russland zu verweisen. So, wie es jetzt Herr Perabo von Adopt a Revolution macht.

Weiter unten in seinem Artikel präzisiert er seine Forderung an die Friedensbewegung. Ich zitiere: „Verantwortlicher Pazifismus muss die Lebensrealität der betroffenen Menschen in den Vordergrund stellen. Antiwestlicher Antiinterventionismus, der sich mit diesen Fragen nicht beschäftigt, führt letztlich zu einer Enthumanisierung der Friedensbewegung – die mit Frieden oder der linken Solidarität mit den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft nichts zu tun hat. Um in Syrien Frieden zu ermöglichen, muss die Nichteinmischung einer aktiven Außenpolitik weichen."

„Verantwortlicher Pazifismus", „aktive Außenpolitik".

Dieses Narrativ kennen wir inzwischen zur Genüge. Es steht z.B. in den Reden von Joachim Gauck, von Ursula von der Leyen und von unserem neuen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Sie alle werben für eine „aktive Außenpolitik" Deutschlands und meinen damit nicht zuletzt verstärktes militärisches Engagement. Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahren dementsprechend umgebaut. (Auch wenn es nun wieder neue Planungen gibt, das zu revidieren).

Perabo spricht auch über das Einrichten einer Flugverbotszone über Syrien. Er fordert es nicht selbst, sondern schreibt, nachdem er der Friedensbewegung Einseitigkeit vorgeworfen hat, Zitat: „Schlimmer noch – sobald Syrer eine Flugverbotszone fordern, werden sie aus dem Friedenslager als Helfershelfer eines westlichen Regimes verunglimpft."

Umgekehrt will ich ihm entgegenhalten: Weil ich das Töten und Sterben in Syrien nicht aufhalten kann, muss ich nicht einer „aktiven Außenpolitik" zustimmen. Weil ich weiß, dass zu meinen Lebzeiten noch kein Konflikt durch militärisches Eingreifen zum Besseren gewendet wurde.

Und das ganze Konzept von Adopt a Revolution, das eine friedliche Lösung nur unter Ausschluss von Präsident Assad sieht, folgt damit der von westlichen Regierungen betriebenen Politik des Regime Change. Herr Perabo und Adopt a Revolution sind den Kriegstreibern auf den Leim gegangen.

Adopt a Revolution wirft dem Beirat von Attac, von dem sie in einer Stellungnahme kritisiert werden, „Paternalismus" vor, weil sie keine Syrer in ihren Reihen haben. Das ist ein bemerkenswerter Vorwurf von einer Organisation, die den Paternalismus bereits im Namen bekundet. Adopt a Reolution! Wie kann man eine Revolution adoptieren? Man macht sich also zu Vater und Mutter der Revolution. Und Revolution ist zumeist keine friedliche Angelegenheit.

Insofern ist aus meiner Sicht das ganze Konzept von Adopt a Revolution mit meiner Idee von Friedensbewegung nicht kompatibel.

Ihren deutlich wahrnehmbaren Versuch, Unterstützung in den Reihen der Friedensbewegung zu finden, empfinde ich geradezu als Keil, der inzwischen einen nicht zu übersehenden Graben durch die Friedensbewegung zieht. Auch darüber müssen wir reden.

Mein grundsätzliches Problem mit Adopt a Revolution ist: Sie ergreifen Partei. Viele meinen: Wie kann man als friedliebender Aktivist nicht Menschen unterstützen, die zivilgesellschaftliche Projekte betreiben, sich für Freiheit und Demokratie einsetzen und den Mut haben, einem gewaltsamen Diktator die Stirn zu bieten?

Das kann man natürlich tun, ich habe grundsätzlich nichts gegen Solidaritätsaufrufe. Als Friedensaktivist, der ich sein möchte, sollte ich mich aber davor hüten, mich auf eine Seite zu schlagen. Wir müssen begreifen: Solidaritätsarbeit und Friedensarbeit sind nicht ein und dieselbe Sache. Das darf man nicht verwechseln.

Regime Change kann nicht unser Ziel als Friedensbewegung für Syrien sein, sondern Dialog. Der Wille zum Dialog wird Assad von AaR kategorisch abgesprochen. Das passt zu deren Partei-ergreifender Intention, aber nicht zu meiner.

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung zu dem Begriff „Verantwortung", der in der Debatte über unsere „Außenpolitik" immer wieder genannt wird. Verantwortung als moralischer Imperativ; Verantwortung, die Deutschland übernehmen müsste.

Bezogen auf Syrien hat, wie wir uns alle einig sind, der Westen, hat auch Deutschland Verantwortung. Russland, die Türkei, Saudi Arabien haben das auch. In dem Sinn, als dass wir – ich

würde meinen – mehr durch unser Tun als durch unser Lassen – mitverantwortlich sind für das, was dort passiert. Dass beispielsweise die Region von Waffen nur mehr so strotzt, dafür trägt die Politik des Westens und auch Deutschland Verantwortung.

Etwas ganz anderes ist es, Verantwortung zu übernehmen. So, wie es von Deutschland angeblich gefordert wird und so wie es auch in Deutschland von denen gefordert wird die möchten, dass wir eine aktivere Rolle in dem Konflikt übernehmen. Das „Verantwortung übernehmen“ geschieht in der Regel aus einer Position der Überlegenheit heraus. Sei sie gefühlt oder faktisch, moralisch, kulturell, politisch oder militärisch. Viele scheinen sich wohl zu fühlen mit dem Gedanken, dass wir als geläuterte Nation, die ein Hort der Freiheit, der Demokratie und Menschenrechte ist, Verantwortung für andere übernehmen. Das wird uns als moralische Pflicht verkauft.

Ich erlebe das ganz anders. Ja, wir haben Verantwortung. Wir, die Gemeinschaft der westlichen, freiheitsliebenden, demokratischen Staaten haben einiges angerichtet in der Region. Und ja, die Russen auch. Aber wie können wir dieser Verantwortung gerecht werden? Dadurch, dass wir jetzt „Verantwortung übernehmen“? Vorsicht. Zumal die Vergangenheit uns gelehrt hat, wie das aussieht. Das vorgeblich selbstlose Eingreifen im Namen der Menschenrechte ist allzu oft die knallharte Durchsetzung unserer eigenen Interessen. Die heimischen Konzerne warten schon darauf, am „Wiederaufbau“ Geld zu verdienen. Kaum war der Rauch über Libyen verflogen, haben westliche Konzerne sich die Ölkonzessionen gesichert. In Emails von Hillary Clinton, die im Januar 2016 veröffentlicht wurden, konnte man die tatsächlichen Gründe entdecken, die zur Intervention seitens der USA führten: Das Interesse am libyschen Öl, das dem westlichen Einfluss zu entgleiten drohte, die Sorge, dass Gaddafi eine pan-afrikanische Währung einführen könnte, gestützt durch große Goldreserven, die er angehäuft hatte, was wiederum den Einfluss des US-Dollars zurückgedrängt hätte. Und wiederum der Druck aus Frankreich. Die USA fürchteten den zunehmenden Einfluss Frankreichs in Afrika. Übrigens ein Motiv, das schon beim Völkermord in Ruanda eine Rolle gespielt hat.

Und es wurde bekannt, dass westliche Militärs schon vor Ausbruch der Kämpfe in Libyen aktiv waren. Zumindest der französische Geheimdienst war weit davor in Bengasi und hat dort mit oppositionellen Kräften den militärischen Aufstand gegen Gaddafi geplant und organisiert.

Was mich damals besonders erschreckt hat: Der von vielen von uns, auch von mir, hoch geachtete Jean Ziegler, von dem ich und viele von Euch kluge Bücher im Regal stehen habe, hat sich damals in mehreren Interviews explizit für die Einrichtung einer Flugverbotszone ausgesprochen. Uri Avneri übrigens auch.

Die IPPNW hat sich damals klar dagegen ausgesprochen und wurde von einigen dafür kritisiert.

Es waren dann Frankreich und die USA, die unmittelbar nach Verabschiedung der Resolution 1973 ihre Luftstreitkräfte unter Berufung auf den Sicherheitsrat faktisch als Luftwaffe der Rebellen zur Verfügung stellten. Das Ergebnis, vorsichtig geschätzt: 50.000 Tote, der Sturz Gaddafis und in der Folge ein bis heute völlig destabilisiertes Land. Die Folgen waren weit darüber hinaus spürbar. So ist das Aufkommen von Boko Haram in Nigeria auch eine Folge des Libyenkrieges, weil Kämpfer mitsamt ihren Waffen von Libyen aus gen Süden gezogen sind.

Heute wird eine Flugverbotszone für Syrien gefordert. Die US-Generäle sind dagegen. Einer wurde damit zitiert, dass die USA zuvor Russland den Krieg erklären müssten.

Hiergegen und gegen alle Versuche, diesen Konflikt mit Gewalt zu lösen, müssen wir eintreten. Wir müssen für den Dialog werben, für Verhandlungen mit allen Beteiligten. Und für ein Ende der externen Intervention.

Dafür sind wir heute hier.

Dr. Helmut Lohrer ist praktischer Arzt und Mitglied im Vorstand der IPPNW.

Diskussion im Eingangsplenum

*Nach den beiden Vorträgen von Helmut Lohrer (HL) und Christine Schweitzer (CS) moderierte Berthold Keunecke (BK), Vorsitzender des Versöhnungsbunds und einer der Sprecher*innen der Syrienkampagne, die Aussprache. Die Fragen der Teilnehmer*innen wurden anonymisiert und hier mit „TN" fürTeilnehmer*in markiert.*

TN an Schweitzer: Wieso zeigt die Karte zwei Grenzen von Rojava?
CS: Die Karte zeigt die Gebietsansprüche, die die Regierung von Rojava im März 2016 bei der Ausrufung der „Autonomen Föderation Nordsyrien" formuliert hat. Dabei handelt es sich teilweise um Gebiete, die derzeit nicht unter ihrer Kontrolle stehen.

TN: National Coalition in Syrien – wie stark ist sie in Syrien, warum hat sie gute Beziehungen zur Bundesregierung?

CS: Ausländische Regierungen suchen immer EINEN Ansprechpartner. In der NCS sind viele der wesentlichen großen Organisationen der Opposition vertreten, aber nicht alle.

HL: Sie wurde erst auf Druck des Westens in Katar gegründet. Mitglieder sind u.a. der Syrische Nationalrat und die Muslimbrüder. Sie wird solange halten, wie man gemeinsame Ziele (Sturz der Regierung) hat.

BK: Danke für die zugespitzten Fragestellungen. Wir haben in der Friedensbewegung auch Auseinandersetzungen dazu. Wir kommen aus unterschiedlichen Zusammenhängen, und je nachdem, welche Bindungen, Emotionen ich mitbringe, so achte ich auch mehr auf bestimmte Informationen. Das macht es so schwierig, in dem Konflikt zu gemeinsamen Bewertungen zu kommen, der ja sowieso von so unglaublich vielen verschiedenen Bewertungen, ja auch Lügen, geprägt ist. Das ist in vielen Kriegen so, aber in diesem sehr komplizierten Konflikt nochmal besonders.
Wir planen, mit Politiker*innen ins Gespräch zu kommen, um sie zu überzeugen, die Bundeswehr zurückzuholen. Diese haben nochmal ganz andere Herkünfte und Einschätzungen, die sich von unseren sehr unterscheiden. Deshalb versuchen wir, den Konflikt besser zu verstehen. Und nochmal anders sieht es aus, wenn wir mit Menschen aus Syrien, die z.B. als Flüchtlinge zu uns kommen oder schon länger bei uns sind, zu sprechen. Auch sie haben sehr unterschiedliche Herkünfte und hatten unterschiedliche Erlebnisse in Syrien.

Ich bitte jetzt zuerst die beiden Referent*innen, aufeinander zu reagieren:

Schweitzer:

Ich habe zwei Konsens- und einen Dissenspunkt zu Helmut Lohrers Vortrag:
Die Konsenspunkte:
Wann man den Beginn der Geschichte ansetzt, ist willkürlich. Ich hatte hingewiesen auf das Osmanische Reich, dessen Aufteilung viele Probleme geschaffen hat, wie auch die Kolonialisierung und Entkolonialisierung in anderen Erdteilen zu bewaffneten Konflikten führte, die bis heute virulent sind.
Giftgasangriffe: Es ist völlig unklar, wer für den letzten verantwortlich ist. Die Geschwindigkeit, mit der einer Seite die Verantwortung zugeschoben wurde, war unheimlich. Ich denke aber auch, dass die militärische Reaktion der USA eher Nordkorea im Blick hatte, denen man zeigen wollte, dass man bereit sei, schnell mit massiven Waffen vorzugehen. Dieser Konflikt, über den in der Friedensbewegung hier bei uns viel zu wenig geredet wird, halte ich übrigens für viel gefährlicher als die Konfrontation hier in Europa. Hier kann sich schnell ein Atomkrieg abzeichnen. Dieser Angriff mit größter konventioneller Waffe war an Pjöngjang adressiert. Das nur in Klammern. Aber wir sollten auch nicht vergessen: Chemiewaffen sind international verboten und Syrien besaß große Mengen davon. Sie sind unter Aufsicht der UN abgezogen worden. Ob da Reste verblieben sind –

keine Ahnung.
Der Dissenspunkt: Ich tue mich schwer mit dem, was Helmut am Schluss gesagt hat in Bezug auf Russland und Kritik an den russischen Angriffen. Ich halte eine solche Kritik genauso wichtig wie die Kritik an der westlichen Allianz. Bei anderen Kriegen haben wir auch nicht gezögert, solche Kritik zu äußern, auch wenn die Übergriffe nicht von der eigenen Bundesregierung mitbetrieben wurden, z.B. beim Irakkrieg 2003. Deshalb kam es mir auch seltsam vor, dass hier großes Schweigen herrschte. Eine Mitgliedsgruppe der „War Resisters' International aus Spanien hat eine Aktion vor dem russischem Konsulat in Valencia gemacht – sie luden vor dem Eingang Trümmer ab wegen der Angriffe auf Aleppo. Da gab es recht heftige Angriffe –‚wie könnt Ihr denn Russland kritisieren?' Unsere Antwort war: Wir kritisieren sie genauso, wie wir Angriffe der USA kritisieren. Zahlenmäßig sind die Opferzahlen der russischen Bombardierungen zudem höher. Man darf Opferzahlen nicht gegeneinander aufrechnen, aber trotzdem zeigen diese Zahlen m.E. die Legitimität der Kritik an den russischen Angriffen.

Lohrer

Uns eint die pazifistische Einstellung. Ich finde russische Angriffe genauso verwerflich. Aber zwei Anmerkungen doch dazu:
1. Ich sehe, da ich ein Teil der westlichen Gesellschaft, Deutscher, bin, meinen primären Ansprechpartner immer auf unserer Seite. Nicht, dass ich andere nicht kritisieren soll, aber ich hatte das Thema erwähnt als Antwort auf eine Erklärung von uns, dass wir nur die eine Seite kritisiert haben. Man kann nicht eine Erklärung raussuchen und sagen, dass es einseitig sei. Einseitigkeit besteht allein darin, dass ich als Teil einer Gesellschaft lebe und von ihr profitiere. Wir profitieren alle davon, dass die Interessen Deutschlands überall auf der Welt mit Gewalt durchgesetzt werden, ob es mir passt oder nicht, und ich leide darunter.
2. Es gibt einen völkerrechtlichen Unterschied. Wie gesagt, ich bin Pazifist, es gibt für mich keine Rechtfertigung für Krieg, aber es ist ein Unterschied in der völkerrechtlichen Bewertung, dass Russland auf Ersuchen der amtierenden syrischen Regierung dort aktiv ist. Wie gesagt, das rechtfertigt nicht die Gewalt, ich lehne sie aus vollem Herzen ab. Aber es ist ein völkerrechtlicher Unterschied zu dem, was die westliche Allianz macht, die ohne UN-Mandat und ohne völkerrechtlich mandatiert von den Regierungen zu s-ein, dort militärisch eingreift. Für den Irak ist das sicher etwas anderes.

Diskussion

BK: Das ist auch ein Punkt in der politischen Diskussion, die wir mit Politiker*innen führen, weil da immer die Frage nach der juristischen Legitimation eine Rolle spielt. Gibt es eigentlich ein UN-Mandat für diesen Einsatz?

TN: Die Angriffe auf Aleppo waren fürchterlich, aber die Berichterstattung in Medien so einseitig. Über Mossul, wo der IS gejagt wird, wird nicht berichtet. In Aleppo wurden in dieser Zeit 200.000 Christen vertrieben. Wie viele Zivilist*innen dort umkommen, wird gar nicht berichtet, sondern von Befreiung gesprochen. Aleppo war zwei Jahre von Al Qaida besetzt. Das alles müssten wir als Friedensbewegung auch ansprechen. Diese Einseitigkeit, dass man Russland angreift, die Angriffe mit Auschwitz vergleicht, das finde ich bedenklich.

BK: Mossul ist auch Teil unseres Bundeswehreinsatzes und deshalb Thema unserer Kampagne.

TN: Völkerrechtlich: Es gibt einen Beschluss des UN-Sicherheitsrats zum Kampf gegen den IS.
Der russische Einsatz ist eindeutig völkerrechtskonform. Aber ist er deshalb ethisch-moralisch verantwortbar? Wir sollten uns hüten, das Völkerrecht absolut zu setzen. Es beruht nicht auf ethischen Kriterien. Völkerrecht ist auch eine juristische Fixierung von Machtkonstellationen. Der russische Einsatz ist deshalb nicht legitim, denn jede Bombe tötet.
Noch eine Anmerkung: Was wir als FB brauchen: Wir brauchen keinen Konsens in der Analyse zur

Situation in Syrien, darüber müssen wir und sollen wir diskutieren und uns auch streiten. Wir brauchen aber klare Positionierungen für friedenspolitisch-pazifistische Positionen, für die wir eintreten. Und die richten sich als allererstes an unsere Regierungen, das ist unser allererster Ansprechpartner. Die SWP und das Auswärtige Amt hatten schon Teile der syrischen Opposition eingeladen, um schon mal einen neuen Regierungsplan für Syrien zu entwerfen. Das ist regime-change pur - das Fell des Bären verteilen, bevor er erlegt wurde. Streit ist gut, es wäre traurig, wenn wir alle einer Meinung wären. Wir brauchen aber eine Kultur, wo wir über eine so komplizierte Situation sprechen können, streiten können. Also keinen Konsens, aber einen anständigen Umgang miteinander.

TN: Ich gebe dem Vorredner Recht, die Resolution des Sicherheitsrats bezieht sich aber auf den Kampf gegen den IS. Aber es gibt kein UN-Mandat für den Kampf Russlands gegen die Opposition in Syrien. In Aleppo war die Sache, dass hauptsächlich gegen die syrischen Regierungstruppen gekämpft wurde, und dafür gibt es natürlich kein UN-Mandat. Wir sollten uns aber nicht so entzweien über die Interventionen, wichtig ist, gemeinsames Ziel voranzubringen. Im Gegensatz zum Vorredner finde ich aber das Völkerrecht sehr wichtig. Völkerrecht ist gegen regime-change Politik ausgerichtet, die müssen wir komplett verurteilen. Auch der Bundeswehr-Einsatz ist gegen das Völkerrecht. Da gibt es eine sehr gute Begründung von Norman Paech. Deshalb sollte man das auch völkerrechtlich immer gut aufarbeiten.
Zu den Analysen: Ich hätte mir gewünscht, wir hätten hier zum Beispiel Karin Leukefeld als Referentin gehabt, wir sind als Friedensbewegung nicht unbedingt die Expert*innen. Es gibt ja Expert*innen wie sie, oder Friedhelm Klinkhammer, der immer sehr interessante Briefe an den Rundfunkrat schreibt.
Beim ersten Vortrag hatte ich das Gefühl, dass sehr viel von den Mainstream-Medien aufgegriffen wurde. Wenn man Expert*innen einladen würde, zum Beispiel Karin Leukefeld, dann bräuchte man über manche Punkte vielleicht nicht zu diskutieren.
Das Thema Waffenhandel hat gefehlt. In 2012 wurde in der NYT oder einer britischen Zeitung gezeigt, wie Waffenströme aus der Türkei an den IS liefen oder von Saudi-Arabien an andere kämpfenden Truppen und eben auch von den USA an kämpfende Truppen.
Wir brauchen Einigkeit über Begriffe. Dass das Völkerrecht wichtig ist, und dass es sich um einen Stellvertreterkrieg handelt. Ich weiß nicht, wie viele Wochen es ein Bürgerkrieg war. Deshalb ist auch der Name „Adopt a Revolution“ als Begriff total unsinnig. Es ist keine Revolution, es ist ein Stellvertreterkrieg, der Krieg wird seit 2011 von den USA und Frankreich und den NATO-Staaten unterstützt. Das bisschen, was an syrischem bewaffnetem Aufstand war, wurde sehr schnell von ausländischen Interessen überrollt, von Saudi-Arabien, Katar, Türkei, USA, Frankreich, die erstmal ihre Söldner hingeschickt und das Land praktisch übernommen haben. Was heute als syrische Opposition bezeichnet wird, ist keine syrische Opposition. Es sind bewaffnete Gruppen, die aus dem Ausland kommen und aus dem Ausland unterstützt werden, militärisch und mit Geld. Es gab auch seit 2012 Waffenlieferungen an den IS. Wenn alle Regierungen sie damals gestoppt hätten, wäre es nie so weit eskaliert.
Es gab auch Eingriffe von Frankreich vor dem Anschlag in Paris. Es hat ohne Völkerrechtsmandat Angriffe auf Syrien geflogen, was eventuell den Anschlag provoziert hat.
Zusammenfassend: Einigkeit ist wichtig, Völkerrecht, regime-change verurteilen, Benennung als Stellvertreterkrieg, weil das ja auch mit der Lösung zu tun hat. Wenn wir es immer als Bürgerkrieg betiteln, dann kommen wir nicht zu einer richtigen Lösung.

BK: Hinweis, dass in den Materialien auch unser Forderungspapier von der Kampagne zu finden ist, wo manches aufgegriffen wird, was Sie angesprochen haben.

HL: Ich begrüße, dass TN gesagt hat, dass wir den Umgang miteinander pflegen müssen, dass wir nicht unbedingt Konsens haben müssen. Mein Ziel wäre aber schon, dass wir uns einig werden über Punkte, in denen wir Dissens haben. Wenn es nicht gelingt, dann gelingt es nicht. Aber mein Anspruch wäre es schon.
Zu der letzteren Rednerin Leukefeld: und es gibt noch andere Experten, sie immer wieder zu hören,

ist gut, aber der Dissens hört nicht auf, wenn wir Expert*innen hören. Und ich glaube auch, es macht schon Sinn, dass wir als Vertreter*innen von verschiedenen Organisationen der Friedensbewegung in Diskurs miteinander treten. Informationen bekommen wir ständig zu den verschiedenen Themen. Dann müssen wir auch mal miteinander in die Bütt gehen.
Das Thema Stellvertreterkrieg: Ich habe es sicher genannt, Christine auch. Über Waffenlieferungen habe ich auch einiges gesagt. Es gab mindestens 5 Wellen, so dass das Land von Waffen nur so strotzt. Die Zeit fehlte, sonst hätten wir dazu noch viel mehr sagen können.

CS: Ich glaube auch, dass es unterschiedliche Wahrnehmungen und Analysen gibt. Je nachdem, ob man sich eher in Assad-kontrollierten Gebieten oder eher in Rojava oder in den von der arabischen Opposition kontrollierten Gebieten aufhält oder Kontakt zu ihnen hat, hat man ganz unterschiedliche Wahrnehmungen von dem Konflikt.[27]
Solche Unterschiede sind Elemente von jedem bewaffneten Konflikt. Da gibt es auch nicht einfach wahr oder falsch. Subjektiv sind alle Wahrnehmungen wahr und alle Interpretationen. Wem eine Bombe vom Gegner auf den Kopf fällt, für den ist das der Gegner, egal, wer den Konflikt angefangen hat. Um zur Bearbeitung des Konfliktes kommen, muss man anerkennen, dass es diese unterschiedlichen Wahrnehmungen gibt.

Völkerrechtlich: Als der US-Angriff auf die Basis nach dem Chemiewaffenvorfall passierter, brauchte ich einen Moment, mir bewusst zu machen, was der völkerrechtliche Unterschied war. Es gibt mehr oder weniger ein Mandat zum Angriff auf den IS und Al Nusra, sie sind völkerrechtlich legal, nicht legitim. Aber völkerrechtswidrig war, dass die USA einen Flugplatz der syrischen Luftwaffe bombardierten. Das sind so diese Feinheiten. Ich würde in der Diskussion mit Politiker*innen völkerrechtliche Argumente benutzen, aber als Pazifistin würde ich auch unterscheiden zwischen dem, was völkerrechtlich legitimiert ist und was ich als ethisch legitim ansehe. Der Angriff auf Afghanistan war vom UN-Sicherheitsrat abgesegnet und damit völkerrechtlich legitim. Aber man muss sich die Freiheit nehmen, zu sagen, das Völkerrecht hat auch seine engen Grenzen. Natürlich ist es wichtig, es einzuhalten, aber es reicht nicht aus.

HL: Zivilgesellschaft gibt es in verschiedenen Regionen. Wir sollten die Wahrnehmung von Zivilgesellschaft nicht zu einseitig betreiben. Es gibt auch Zivilgesellschaft, die sich von syrischer Armee beschützt fühlt oder beschützt werden möchte. Es gibt eine kurdische Zivilgesellschaft. Es ist vermessen zu sagen, wer für Assad ist, sei nicht Zivilgesellschaft.
Vorhin wurde gesagt, wir sollten Kontakt herstellen zur Zivilgesellschaft. Ich habe nichts dagegen, aber warne davor, dass wir einseitig bleiben, wie Adopt a Revolution es macht. Das ist der Kern meiner Kritik an der Organisation, denn in dem Moment stehe ich auf einer Seite in dem Konflikt. Das widerspricht meinem Anspruch als Friedensaktivist.

BK: Christine, Du hast gesagt, dass der Einsatz gegen IS völkerrechtlich legitimiert ist, einschließlich der Verletzung syrischen Hoheitsgebietes?

CS: Soweit ich weiß, für beide. Ich müsste die Resolutionen nachschlagen und nachreichen.[28]

---

[27] Anmerkung im Nachhinein: Auch die sog. Expert*innen streiten sich ja – man vergleiche die Positionen der beiden Journalistinnen Karin Leukefeld und Kristin Helberg.

[28] Nachtrag: Christine Schweitzer bezog sich auf die UN-Resolution 2170 vom 15.8.2014 über die von der Terrormiliz IS ausgehenden Gefahr für den Weltfrieden, die in Bezug auf militärisches Eingreifen zweideutig ist, und die Resolution 2249 vom 20.11.2015, in der es, allerdings ohne Bezug auf Kapitel VII der UN-Charta, heißt: „Calls upon Member States that have the capacity to do so to take all necessary measures, in compliance with international law, in particular with the United Nations Charter, as well as international human rights, refugee and humanitarian law, on the territory under the control of ISIL also known as Da'esh, in Syria and Iraq, to redouble and coordinate their efforts to prevent and suppress terrorist acts committed specifically by ISIL also known as Da'esh as well as ANF, and all other individuals, groups, undertakings, and entities associated with Al Qaeda, and other terrorist groups, as designated by the United Nations Security Council, and as may further be agreed by the International Syria Support Group (ISSG) and endorse by the UN Security Council, pursuant to the Statement of the International Syria Support Group (ISSG) of 14 November, and to eradicate the safe haven they have established over significant parts of Iraq and Syria."
Die USA (und später auch Frankreich) haben sich auch auf Artikel 51 der UN-Charta (Recht auf Selbstverteidigung) berufen. Einigkeit besteht wohl unter Völkerrechtlern darin, dass der Irak um militärisches Eingreifen gebeten hat und

TN: Es gibt keinen legitimen Einsatz der UNO in Syrien.

Ich finde die Analysen, die Sie beide gemacht haben, waren ausgezeichnet, zeigen fundierte Kenntnisse. Ich möchte nur ein paar Punkte ansprechen:
1. Man spricht von Bürgerkrieg in Syrien. Es gibt in Syrien keinen Bürgerkrieg. Ich war vor zwei Wochen in Damaskus, da leben 8 Mio. Menschen. Ich hatte nicht den Eindruck, dass da irgendeiner gegeneinander kämpft. Es gibt dort verschiedene politische Orientierungen, solche, die das System unterstützen und solche, die es nicht tun, aber Krieg zwischen den Menschen gibt es nicht. Gekämpft wird in einigen Bezirken von bestimmten Leuten, die von Ausland unterstützt und finanziert werden – von Saudi-Arabien, Türkei, Katar. Sie finanzieren und unterstützen militärisch, durch den Westen gedeckt natürlich. Das gibt es wohl. Aber einen Bürgerkrieg gibt es nicht in Syrien.
2. Sunniten und Schiiten: In Syrien werden von den Medien bewusst bestimmte Begriffe gestreut, um die Menschen in Unklarheit zu lassen. In Syrien gibt es keine Schiiten. Ihr Anteil beträgt 0,5% der Bevölkerung, Sunniten sind 70%. Da kann es keinen Konflikt geben. Das wird aber bewusst von Saudi-Arabien behauptet, um die Menschen gegeneinander aufzuhetzen.
3. Was die Kurden angeht: Das haben Sie sehr gut gezeigt, das gibt es tatsächlich. In Syrien leben 1-1,5% Kurden. Sie sind Syrer und haben normalerweise keine Ansprüche auf einen eigenen Staat. Sie werden von den USA missbraucht. Man liefert ihnen Waffen und will sie gegen das Regime aufhetzen. Am Anfang kämpften die Kurden mit dem Regime gegen die sog. Revolution.
4. Die Rolle Russlands: Russlands hat zu spät eingegriffen. Im September 2014, nachdem alle anderen sich in diesen Konflikt eingemischt hatten, besonders die sog. Freunde Syriens, von USA geführt, und auch Deutschland war dran beteiligt, hätte es schon eingreifen müssen. Die Rolle Russlands kann mit der der westlichen Allianz nicht verglichen werden.

TN: Ich komme aus Nordhausen in Thüringen. Ich will mal kurz erläutern, dass ich schon Zugang habe zu der Situation wie in Ostaleppo: Nordhausen wurde am 3. April 1945 von englischen Geschwadern zu 80% Prozent zerstört. 8.800 Zivilist*innen starben. Wenn ich das vergleiche mit dem, was ich in Aleppo sehe, was als Kriegsverbrechen bezeichnet wird, dann habe ich ein Problem. Später sind Amerikaner einmarschiert. Völlig sinnlos, Nordhausen zu zerstören und 8000 Menschen zu töten. Das sind die unterschiedlichen Wertungen, die wir haben. Jeder urteilt so, und man darf nicht vergessen, wie man geprägt ist. Ich bin Ostdeutscher, in der DDR groß geworden, nur z.T. westlich geprägt, und ich merke das auch an der Sprache, wie sehr man die Sprache der Medien übernimmt. Warum sagen wir nichts über Saudi-Arabien. Regimes sind immer die anderen. „Annexion“ etc., was wir unkritisch benutzen, sind Begriffe, die schon abwertend wirken. Es gibt Momente, auch im Syrienkrieg, die ganz erhellend sind. Die Befreiung oder Eroberung Ost-Aleppos, je nachdem, war für mich so ein Moment. Ganz kurz, schlaglichtartig, wurde mitgeteilt und sofort auch schon wieder weg, dass 14 Geheimdienstoffiziere dort festgenommen wurden. Dann wurde es von allen Seiten sofort wieder verschwiegen. Es gibt eine Internetplattform, Southfront, die hat veröffentlicht, dass es noch mehr Geheimdienstoffiziere gab. Von den USA 22, Großbritannien 16, Frankreich 21, Israel 7, Türkei 62 und auch welche aus Saudi-Arabien. In dem Moment kann man schlaglichtartig sehen, wer dort Interessen hat. Das sind ja nur Teile der Geheimdienste, die in Syrien agieren. Danach muss man auch beurteilen, wie der Krieg gesteuert wird und wer ihn dort für sich entscheiden will.
Was mich auch noch stört, ist, dass bei Aleppo ich nie das Wort Kapitulation gehört habe. Wenn ich meine Bevölkerung schützen will, dann überlege ich doch in aussichtsloser Situation, zu sagen, ich kapituliere und ziehe ab. Das haben sie ganz spät gemacht. Das hätten sie viel früher machen können, das hätte vielen Leuten das Leben gerettet. Auch in unseren Medien ist nie eine Kapitulation gefordert worden.

---

damit die Angriffe dort genauso völkerrechtlich legitimiert sind wie die Russlands in Syrien, das von Assad eingeladen wurde. Zu Syrien gibt es unterschiedliche Auffassungen. Allerdings hat sich auch Russland, das die meisten Sicherheitsratsresolutionen zu Syrien blockiert hat, mit Kritik an Angriffen gegen den IS zurückgehalten.

Was mich auch erschreckt, ist das kurze Denken. Wenn Adopt a Revolution fordert, Assad muss weg, was wird dann? Was wird das für ein Gemetzel, wenn der IS siegt? Ob da nicht so einer mal soweit gedacht hat, wie viele Christen, wie viele Aleviten, wie viele Juden, wenn es da noch welche gibt, dort dann geschlachtet werden?

TN: Ich habe eine Frage an Dich, Christine, zu Deiner Rolle bei Adopt a Revolution. Das ist jetzt mehrfach kritisiert worden. Könntest Du ein bisschen dazu erzählen, wie du das heute siehst, du warst da einmal aktiv in den Anfängen?

TN: Wie wird die Rolle der Medien gesehen, die in Deutschland und die internationalen? Und welche Rolle könnten sie bei der Lösung des Konflikts spielen?
Die Pipeline, die häufiger angesprochen wurde: Wie relevant ist sie heute noch?
Es wurde gesagt, deutsche Firmen hätten heute schon Interesse geäußert, bei Wiederaufbau mitzuhelfen. Inwiefern kann das wirklich als Argument benutzt werden, wie deutlich ist das schon gemacht wurde und inwieweit wird es auch aufgegriffen und kritisiert?
Stellvertreterkrieg: Es ist ja sehr eindeutig, wie viele internationale Interessen da reinspielen. Ich tue mich aber in Diskussionen ein bisschen schwer und wollte fragen, wie Ihr beide das seht? Für mich schwingt da immer mit, dass man den Menschen vor Ort eine Stimme abspricht, wenn man sagt, es ist nur ein Stellvertreterkrieg. Müssen wir nicht eine Linie finden zwischen Stellvertreterkrieg und den Menschen vor Ort, denn sie haben ja auch eine Meinung? Wie stellt man das diskursiv am besten dar?
Revolution als Problem: Ist eine Revolution immer gewaltvoll? Ich würde das nicht so sehen. Wie war das gemeint?

CS: Zu Schiiten und Stellvertreterkrieg: Da bin ich falsch verstanden worden. Hauptunterstützer des Assad-Regimes sind der Iran und die Hisbollah. Ohne deren Hilfe und ohne Russland natürlich wäre Assad-Regime nicht militärisch so erfolgreich. Der Iran war auch von Anfang an, schon 2011 oder spätestens 2012 dabei. Insofern ist Syrien Schauplatz für einen Stellvertreterkrieg zwischen Sunniten und Schiiten.
Ich würde grundsätzlich einer Vorrednerin zustimmen: Der Konflikt hat die Dimension eines Stellvertreterkrieges, auch zwischen Russland und dem Westen. Aber das darf nicht heißen, die Menschen vor Ort leben alle friedlich zusammen oder es hätte keinen Aufstand gegeben. Das kann sein in Damaskus, und auch in einigen anderen Gebieten, wo nicht mehr gekämpft wird und wo man versucht, Wiederaufbau zu betreiben, aber das heißt nicht, dass es diese nationale Dimension nicht auch gibt.
Dasselbe Argument übrigens wird in der Ostukraine heute und wurde damals in den 1990er Jahren im Bosnienkrieg benutzt, wo auch Aktivisten das Wort „Bürgerkrieg“ nicht benutzten, weil sofort gesagt wurde, das sei ein internationaler Krieg und eine militärische Aggression des Nachbarn. Ich würde da immer sehr vorsichtig sein. Der Krieg in Syrien hat beide Dimensionen, auch den eines Bürgerkrieges.
Adopt a Revolution: Ich war im Beirat, den es das erste Jahr oder die ersten eineinhalb Jahre gab. Dann hat er sich aufgelöst. Ich finde weiter, die Organisation macht gute Arbeit, verweise auch gerne darauf, wenn gefragt wird, wie können wir Zivilgesellschaft unterstützen. Ich habe aber keine Rolle und auch nicht das Recht, für die Organisation zu sprechen. Es gibt auch Punkte, die ich auch problematisch finde. Die Forderung nach einer Flugverbotszone ist z.B. etwas, was für mich in den militärischen Bereich hineingeht. Andere Punkte, z.B. ihre Kritik am Fehlen von Kritik am russischen Eingreifen teile ich.
Stichwort Revolution: Es gibt eine interessante Untersuchung von zwei Wissenschaftler*innen, die gewaltsame und gewaltfreie Aufstände der letzten einhundert Jahre miteinander verglichen haben und herausfanden, dass gewaltfreie zweimal so erfolgreich waren.[29] Bart de Ligt hat in den 1930er Jahren schon gesagt: „Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution“. Revolution ist etwas legitimes,

[29] Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. New York: Colombia University Press

aber nicht etwas, das mit Gewalt verbunden sein muss oder sein sollte.

HL: Mit dem letztem Punkt bin ich einverstanden. Revolution ist grundsätzlich legitim, es ist legitim, dass eine Bevölkerung in einem Land sagt, wir sind mit unserer Staatsführung nicht einverstanden. Womit ich ein Problem habe: Wenn wir von außen Partei ergreifen. Es ist schon allein dieser in meinen Augen sehr paternalistische Ansatz von Adopt a Revolution, den ich nicht nachvollziehen kann. Es gibt eine Antwort von Elias Perabo auf Kritik von Mohssen Massarrat, wo er sagt, wir stehen zu unserem Titel, wir meinen, was da steht, wir meinen Revolution. Und das steht ganz klar, Assad muss weg, das gehört zusammen. Das entspricht für mich der Idee des regime-change. Deswegen sagte ich, sie sind den Kriegstreibern auf den Leim gegangen.
Revolution ist gut, aber ich habe ein Problem mit dem Begriff der Solidarität mit Revolutionen. Ich hatte auch ein Problem im Nachhinein, als man sich in den 1960er und 70er Jahren und später noch mit Revolutionen in Lateinamerika z.B. solidarisiert hat. Ich war da noch zu jung, vielleicht eine Gnade meiner späten Geburt, sonst wäre ich wahrscheinlich auch dabei gewesen. Im Rückblick kritisiere ich Teile dessen, was da passiert ist. Man hat diesen Ländern damit nicht unbedingt einen Gefallen getan, dass man von außen kam und da Brigaden aufstellte, um die Revolution zu fördern. Es gibt sicher hier im Raum unterschiedliche Meinungen dazu.
Pipeline. Es geht um eine Gaspipeline, die Gas von Feldern aus Saudi-Arabien Richtung Europa transportieren sollte. Das ist im Interesse Saudi-Arabiens, auch im Interesse des Westens, vielleicht auch Europas. Vor allem, weil damit die Gaslieferungen, die wir im Moment vor allem aus Russland bekommen, eine Konkurrenz bekommen. Damit werden auch wirtschaftliche Interessen Russlands berührt. Wahrscheinlich aus dieser Bündnistreue mit Russland heraus war Syrien damit nicht einverstanden. Es gab dann einen Gegenvorschlag einer Pipeline aus dem Iran, und das stieß dann wiederum nicht auf Interesse der Anderen, und dann begann auch der Konflikt. Ich könnte mir vorstellen, dass das Projekt immer noch besteht, aber natürlich ist im Moment keine Rede von der Pipeline.
Deutsche Firmen: Ich habe keine Kenntnis von einzelnen Firmen. Ich weiß nur, dass das so läuft. Wer kennt von Naomi Klein das Buch „Die Schock-Strategie“?[30] Da beschreibt sie dieses Prinzip, wie wir die eigenen wirtschaftlichen Interessen dadurch verfolgen, dass eine Region platt gemacht wird und dann verdienen wir am Wiederaufbau. Das hat sie wunderbar in einem dicken Wälzer beschrieben.
Stellvertreterkrieg: Es gibt sicherlich Konflikte innerhalb Syriens. Aber in diesem Krieg würde ohne die Interessen von außen so nicht gekämpft werden, wie es geschieht. Das sind die überwiegenden Charakteristika eines Stellvertreterkrieges, darüber könnten wir uns doch einigen. Dass es auch Konflikte innerhalb von Syrien gibt, davon bin ich überzeugt. Aber ich glaube, die Syrer*innen unter sich hätten diesen Krieg schon beendet.

TN: Mir ist aufgefallen, dass bei den auf einmal so stark gewordenen Protesten gegen den Krieg, als es um Aleppo ging, Leute, die vorher schon angesprochen worden waren, gegen den Krieg zu protestieren und es damals nicht getan hatten, dann protestierten. Zum Beispiel aus den Reihen der Grünen. Man könnte das beklagen, aber auch sagen, gut, dass Ihr jetzt da seid, jetzt können wir zusammen protestieren, macht doch auch mit, wenn an anderen Orten Angriffe geflogen werden.

TN: Es scheint eine einhellige Ablehnung von Flugverbotszonen zu geben – könnten Sie beide sagen, was Ihre konkrete Einschätzung ist?
Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft. Wir haben inzwischen die Experten und Expertinnen ja hier in unseren Ländern. Wie geht die Friedensbewegung damit um, dass es sehr viel Expertise von Menschen gibt, die aus Syrien geflüchtet sind und hier leben? Hier in der Konferenz habe ich sie bislang nicht wahrgenommen.

TN: Pipeline: Sie sollte nicht in Saudi-Arabien, sondern in Katar beginnen. Fatal war, dass Katar und Iran sich ein Erdgasfeld teilen. Die Variante hätte in einem Terminal in Syrien geendet, da wäre die Türkei raus gewesen, auch mit Rechten und mit Geld. Aber es war nie eine ernsthafte Lösung.

[30] Naomi Klein (2007): Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, S. Fischer

Kurden: Meines Wissens haben die Kurden ein Riesenproblem mit der Staatsbürgerschaft und dem Pass gehabt unter Assad. Das wurde erst 2011 gelockert, als Assad sie ein bisschen umarmen wollte. Eine große Freundschaft war das aber nie.
Frage nach Expert*innen: Für mich seid ihr beide Experten, ich lese seit vielen Jahren von euch. Maria Stephan hat jüngst in einem Aufsatz, den ihr auch über den BSV herumgeschickt habt, für mich problematische Gruppen wie Weißhelme genannt, aber auch acht andere, von denen recht wenige in Deutschland bekannt sind. Könnt Ihr zu diesen Gruppen in dem Artikel noch etwas sagen?

CS: Zu Medien: Ich weiß gar nicht, ob es da wirklich was gibt, was man diskutieren muss. Dass unsere Medien einseitig berichten, bestimmte Dinge aufgreifen, wenn sie in ein Schema passen und andere vielleicht kurz erwähnen, aber keine Rolle spielen, und dass öffentliche Meinung dadurch geprägt wird, was gerade passiert, ist klar. Jemand verwies auf Mossul. Das ist in den Medien zu finden, wer z.B. auch nur tagesschau.de verfolgt, wird da alle paar Tage etwas finden, aber es spielt nicht die Rolle.
Deshalb reden wir hier nicht über Mossul, wir reden nicht über Jemen, obwohl der Krieg dort von der UN als vernichtender eingestuft wird als der in Syrien, weil auch Jemen nicht in den Medien ist. Wir müssen uns als FB auch ein Stück an die eigene Nase fassen, denn auch wir laufen teilweise den Nachrichten und dem, was in den Medien passiert, hinterher. Medien sind einseitig, aber das heißt nicht, dass alles falsch ist. Genauso wenig, wie alles richtig ist, was alles in oppositionellen und kritischen Medien erscheint. Man muss eigentlich in jedem Fall nachrecherchieren - woher stammen die Zahlen, stimmen sie? Wer das auch nur einmal gemacht hat, wird feststellen, wie schnell man da auf Probleme stößt. Nur um ein Beispiel zu nennen: Helmut Lohrer hatte von Libyen gesprochen. Da wurde sehr schnell von 40.000 Opfern gesprochen. Ich hatte damals mal versucht, die Zahl zu recherchieren und festgestellt, dass die Information auf eine einzige Quelle zurückzuführen war, und die war nicht verlässlich. Es könnte sein, dass spätere Untersuchungen die Zahlen dann doch bestätigten – ich habe das dann nicht mehr weiter verfolgt.
Aber das Problem gilt für alle Informationen. Natürlich kann keiner alles recherchieren, aber dank Internet kann man doch viel überprüfen, was früher nicht so einfach war.
Die Gruppen in dem Artikel von Maria Stephan: Sie kannte ich z.T. auch nicht, habe sie mir aber angeschaut. Ich hatte den Eindruck, dass sie zu dem nicht extrem gewaltgeprägten Teil der Zivilgesellschaft gehören, um es vorsichtig auszudrücken, sonst hätten wir als BSV den Artikel auch nicht weiter verbreitet. [31]

HL: Frage der Einseitigkeit. Auch wenn es eine friedliebende Zivilgesellschaft gibt, vertritt sie nicht die gesamte Bevölkerung, nicht die gesamte Zivilgesellschaft. Da muss man sehr vorsichtig sein.
Medien: Natürlich wird der Krieg auch über die Medien geführt. Ich empfinde es auch als ein sehr mühsames Geschäft. Man bekommt schon gute Informationen, aber es ist extrem harte Arbeit, man muss querlesen, man kommt dann immer wieder auf solche Dinge, wie Du sie zu Libyen beschreibst.
Thema Flugverbotszone in Libyen: Frankreich und die USA haben Luftstreitkräfte effektiv als Partner der Rebellen eingesetzt. Tatsache ist auch, dass die USA dabei Uranmunition eingesetzt haben. Dabei hat es viele Opfer gegeben, egal, wie viele es genau waren, 40.000, 60.000 oder mehr. Externe haben unter Ausnutzung des Prinzips der „responsibility to protect“ (Schutzverantwortung) regime-change verwirklicht und den Konflikt durch das Einrichten der Flugverbotszone entschieden. Flugverbotszonen einrichten ist kein friedlicher Akt. Das geht gar nicht. Wenn ich über Aleppo eine Flugverbotszone einrichte – wer soll das bewerkstelligen? Müssten dann die USA verhindern, dass

[31] Dies ist der Link zu dem Artikel: Maria J. Stephan, Why support for Syria's nonviolent fighters is key to ending the war, 21 April 2017, https://wagingnonviolence.org/feature/support-nonviolent-fighters-syria/. Die genannten Gruppen (mit Originallinks aus dem Artikel, soweit vorhanden) sind: White Helmets, Violations Documentation Center, Karam Foundation, Citizens for Syria, Syria Deeply, Project Amal ou Salam, Center for Civil Society and Democracy in Syria, Syrian Civil Society Platform, Raqqa is Being Slaughtered Silently, Khadraa Organization, Syrian Expatriate Medical Association, Violet Organization, the Syrian Emergency Task Force, Women Now for Development.

russische Kampfbomber aufsteigen? Das würde unmittelbar zu einer direkten kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den beiden größten Militärmächten führen, die wir heute noch haben. Deswegen: Das kann kein Konzept sein, hinter das sich die Friedensbewegung auch nur ansatzweise stellt.
Expert*innen der Geflüchteten: Das ist richtig, dass jetzt viele Syrer*innen unter uns sind, die geflohen sind. Ich bin Hausarzt und schätze, dass ich ca. 20% meiner Zeit mit Geflüchteten als Patient*innen verbringe. Das ist für mich sehr interessant und ich erfahre auch viel von ihnen, sie erzählen, aus welcher Situation sie kommen. Viele sind traumatisiert. Es sind auch manche dabei, die ein politisches Interesse haben. Aber ich kann mich nicht darauf verlassen, dass sie eine legitime Vertretung der syrischen Gesellschaft sind. Sie sind kein Querschnitt der syrischen Gesellschaft. Ich habe Syrer, Kurden, christliche Syrer, die überwiegende Mehrzahl sind Leute, die nicht auf der Seite von Assad stehen. Aber das heißt nicht, dass ich irgendeine Position, nur weil sie von einem Syrer stammt, einnehme. Ich werde zu jeder Position einen Syrer finden, der sie teilt.

CS: Zu Flugverbotszonen: Es gibt zwei Möglichkeiten. Man kann sie verhängen, ohne sie zu erzwingen. Dann sind sie ein leerer Begriff, so, wie es anfangs in den 1990er Jahren in Bosnien-Herzegowina der Fall war. Da scherte sich keiner drum. Oder man setzt militärische Mittel ein, was Helmut Lohrer beschrieben hat. Ich finde die Forderung verständlich, aber es führt letztlich zu Eskalation des Krieges.

BK: Vielen Dank an Alle!

Plenum: "Wofür wir uns stark machen wollen: Wie könnte deutsche Syrienpolitik friedenslogisch aussehen?“

Elise Kopper (EK) führte mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation in die Grundideen des Konzepts der Friedenslogik ein. Dazu erhielten die Teilnehmenden zwei Handouts zur Friedenslogik, die im Rahmen des Projekts „Friedenslogik weiterdenken“ entwickelt wurden (ein dreiseitiges Papier und eine einseitige Tabelle, die in dieser Dokumentation um die von EK gegebenen Erläuterungen ergänzt wurde).

Einführung von Elise Kopper

Der Begriff der Friedenslogik begegnet uns seit einigen Jahren immer wieder. Er wurde ungefähr seit dem Jahr 2010 entwickelt. Die Friedenslogik ist eine Methode wissenschaftlichen und politischen Denkens. Sie kommt aus der Friedens- und Konfliktforschung und wurde maßgeblich entwickelt von der inzwischen emeritierten Professorin für Politikwissenschaft an der Uni Gießen, Hanne-Margret Birckenbach. Das Konzept wurde dann weiterentwickelt im Rahmen eines zivilgesellschaftlichen und friedenswissenschaftlichen Dialogs.

In der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (konfliktbearbeitung.net) wurde dieses Jahr das Projekt „Friedenslogik weiterdenken – Dialoge in der Friedensarbeit und Politik“ gestartet. Im Laufe des Jahres 2017 werden verschiedene Veranstaltungen mit unterschiedlichen Formaten stattfinden, die alle dazu dienen sollen, einen bestimmten Themenbereich friedenslogisch herunter zu brechen, d.h. praktisch durch zu deklinieren.[32] Hier und heute wollen wir versuchen, die deutsche Syrienpolitik friedenslogisch herunter zu brechen.

Die sogenannte Sicherheitslogik ist das Konzept, das lange Zeit dominierend war und ist – sowohl in der Gesellschaft wie bei den Medien und in der Politik. Sie beabsichtigt keine Gewalt, schließt sie aber als Mittel der Konfliktlösung nicht aus. Friedenslogik ist ein Gegenstück dazu. Sie schließt Gewalt als Konfliktlösungsmittel aus und sagt, dass Konflikte nur gewaltfrei transformiert werden können. Die zentrale Forderung ist, vom Frieden her zu denken.

Es gibt fünf friedenslogische Handlungsprinzipien:

1. Gewaltprävention (von Gewalt auf allen Ebenen und in allen Stadien eines Konfliktes)
2. Konflikttransformation, das Gehen an die Ursachen des Konfliktes und ihre Bearbeitung
3. Dialog und Prozessorientierung
4. Orientierung der Interessen an globalen Normen
5. Reflexivität und Fehleroffenheit bei denen, die einen Konflikt bearbeiten wollen.

Friedens- und sicherheitslogische Politik haben etwas gemeinsam: Sie folgen nicht einer Kriegslogik oder einer militärischen Logik, in der die Ausübung von Gewalt explizit gewollt wäre. Eigentlich wollen sie Krieg und Gewalt vermeiden. Aber sie unterscheiden sich darin zu definieren, was das Problem ist und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind.

[32] Alle weiteren Infos unter: konfliktbearbeitung.net/friedenslogik.

Fünf Handlungsprinzipien	**Kernfragen zum Handeln**	**Antworten der Sicherheitslogik**	**Antworten der Friedenslogik**
Gewaltprävention	Was ist das Problem?	Problem für uns (aus deutscher, westlicher Perspektive): Bedrohung, Gefahr, Unsicherheit. Ein Problem wird wahrgenommen, wenn es uns selbst bedroht. →Gefahrenabwehr und Verteidigung	Gewalt, die bevorsteht oder bereits stattfindet, zu verhindern →Gewaltprävention und Gewaltabbau in allen Konfliktstadien
Konflikttransformation	Wie ist das Problem entstanden? Was sind die Wurzeln, die Ursachen?	Das Problem ist durch Andere/ von außen entstanden. Unser eigener Anteil wird nicht reflektiert. →Voreilige / einseitige Schuldzuschreibung. Von den Schuldigen wird sich abgegrenzt, dadurch bestätigt man sich selbst als eine Partei, die selbst keine Schuld hat.	Konflikte entstehen durch eine Vielzahl von Ursachen. Es sind immer komplexe Konflikte →Konfliktanalyse muss umfassend sein und wir müssen unsere eigene Verantwortung reflektieren.
Dialog und Prozessorientierung	Wie wird das Problem bearbeitet?	Selbstschutz und Abwendung von dem Problem, oft durch: →Abschreckung/ Drohung/ Aufrüstung/ Einsatz von Gewaltmitteln (Beispiel: Im Kalten Krieg wollte man die Konfliktparteien auseinanderhalten und bedrohte sich deshalb gegenseitig)	Kooperative Problemlösung, gemeinsam mit den direkt Beteiligten (Nicht nur die Bewaffneten, sondern auch den Opfern, Minderheiten, Gruppen, die überhört werden usw.) und auch indirekt Betroffene berücksichtigend →Deeskalation und Konfliktbearbeitung. Das heißt Einbeziehung von allen Interessen, Aushalten von langwierigen Prozessen. Nicht nach der einen schnellen Lösung suchen. Auch Rückschläge können hingenommen werden. Diese Langsamkeit muss man aushalten können, gerade wenn es um internationale Konflikte

			geht. Losung: Niemals aufgeben, nie den Prozess aufgeben. Also: Beachtung von Dialog- und Prozessorientierung
Orientierung der Interessen an globalen Normen	Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt?	Vorrecht eigener (nationaler) Interessen, oder Interessen eines Bündnisses, Volksgruppe, Partei → Unterordnung und Anpassung von globalen Normen an die Interessen. Man nimmt die Verletzung der Normen in Kauf.	Anwendung universal gültiger Grundsätze wie dem Völkerrecht und der Menschenrechte. →Werteorientierte Überprüfung eigener Interessen, immer wieder hinterfragen, ob die Handlungsansätze kompatibel sind mit den Normen, und ggf. Korrektur/Modifikation des eigenen Handelns. Manchmal gibt es Konflikte zwischen diesen allgemein gültigen Grundsätzen des Völkerrechts und der Menschenrechte. Das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) wurde entwickelt als ein Versuch, die beiden in Einklang miteinander zu bringen - Menschenrechte verteidigen zu wollen, aber gleichzeitig das Völkerrecht einzuhalten.
Reflexivität und Fehleroffenheit	Wie wird auf Scheitern und Misserfolg der eigenen Handlungsansätze reagiert?	Keine Infragestellung/ Selbstkritik der bisherigen Strategie, oder zumindest nur hinter verschlossenen Türen. → Verschärfung des eigenen Mitteleinsatzes/ Eskalation → oder: Rückzug und Passivität	Offene Reflexion des bisherigen Vorgehens, immer wieder Hinterfragen: Sind wir noch auf der richtigen Spur? Wenn wir spüren, dass wir scheitern (könnten), dann Schritt zurück gehen, Expert*innen von außen hinzuziehen und uns fragen lassen, was ist der Grund für das Scheitern? →Einräumung von Problemen bzw. Fehlern, auch öffentlich, Suche nach gewaltfreien Alternativen

Diese Übersicht wurde im Rahmen des Plattform-Projektes entwickelt. Gerade in dieser Woche wurde es im Fachrat des Projektes noch einmal überarbeitet. Ihr seid die ersten, die diese

aktualisierte Übersicht vor sich haben, und es ist für das Projekt sehr spannend, ob es handhabbar ist, damit zu arbeiten.

Das ist erstmal sehr theoretisch, aber wir haben heute Morgen ja schon viel über die Akteur*innen, Interessen usw. im Syrienkonflikt gehört. Ich möchte das nutzen, um mit Euch zusammen weiter zu denken. Wie könnte eine friedenslogisch orientierte Syrienpolitik aussehen? Wie wird der Konflikt hier in Deutschland behandelt – folgen wir eher einer Sicherheitslogik oder einer Friedenslogik? Falls es eine Sicherheitslogik ist, wie könnte dann eine Friedenslogik aussehen?

Dabei sind auch Gedankenexperimente und Utopien zulässig, damit Lösungsansätze nicht von vornherein als utopisch oder unrealistisch gesehen werden: Wir haben am Fall der Mauer gesehen, wie auch Utopien realistisch werden können.

Ziel des Projekts der Friedenslogik ist, dass die Prinzipien nicht nur theoretisch hinter verschlossenen Türen in den Elfenbeintürmen der Wissenschaft entwickelt und ausformuliert werden sollen, sondern dass ein Dialog stattfindet zwischen Menschen, die sich beruflich mit Themen rund um Krieg und Frieden befassen, Menschen, die persönlich von einem Konflikt betroffen sind, normalen Bürger*innen, Politiker*innen und auch innerhalb der Friedensbewegung.

Um friedenslogisch zu denken, ist ein Paradigmenwechsel nötig. Friedenslogisches Denken erfordert deshalb eine gewisse Übung, während uns sicherheitslogisches Denken bereits sehr früh vermittelt wird. Wir wollen heute versuchen, diese Übung in einem offenen Raum mit vielen verschiedenen Menschen zu beginnen.

Im Anschluss an den Input und eine Reflexionsphase wurden die Stellwände – eine für Sicherheitslogik, eine für Friedenslogik - von allen Teilnehmer*innen mit Karten zu den Kernfragen („Was ist das Problem“ usw.) beschriftet. Elise Kopper las einen Teil der Karten vor und leitete dann die Diskussion im Plenum ein.[33]

[33] Zur Methodik dieser Übung siehe auch den Beitrag „Die Friedenslogik und die deutsche Syrienpolitik – eine (methodische) Reflexion“ am Ende dieser Dokumentation.

Sicherheitslogik

Beinahe gleichlautende Karten wurden zusammengefasst und die Einträge lediglich mit Kommata getrennt.

Was ist das Problem?	Wie ist das Problem entstanden?	Wie wird das Problem bearbeitet?	Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt?	Wie wird auf Scheitern und Misserfolg reagiert?
• Islamistischer Terror, Terror des IS, Terror (Isl. Staat, Al Qaida) • Assad • Bündnisverpflichtug, Bündnistreue • Machtinteressen • Assad/US-Hegemonie und NATO, Geopolitische Interessen, Neue Weltordnung • Verdeckter Angriffskrieg der USA inkl. über 60 alliierter Staaten (u.a. Deutschland) • Krieg gegen Terror • Nach „Verantwortung“ für den Frieden wird erst im Ernstfall gerufen, wenn der Konflikt bereits eskaliert ist • Angst vor Kontrollverlust • Bundeswehreinsatz	• Erstarkung des IS • US-Politik im Irak, Entstehung des IS durch Irakkrieg / „Krieg gegen den Terror“ • Weil sofort Gewalt angewendet wurde, Waffen verteilt wurden • Interessen und Macht: der Stärkste setzt seine Interessen gegen Schwächere durch, gegen Rechtsstaat • Es gibt keine Dt.politik in Syrien • Eindeutige Schuld-Zuweisung; Gut-/Böse-Schema • Assad/Westliche Interessensdurchsetzung (gegen Völkerrecht) • Globales Dominanzstreben der USA („Project for a New American Century“) • Aktionen / Regime-Change-Pläne westlicher Staaten / Geheimdienste/dt. Sicherheit nicht bedroht!	• Militärische Bekämpfung des IS, militärisch • Sündenbock suchen: Assad • Bestimmte Parteien vernichten • Verhandeln mit bestimmten (anderen) Parteien • Militärische Abschottung – Frontex, Lager • Genfer Verhandlungen • Zusammenschluss der „westlichen Wertegemeinschaft“ • Wirtschaftssanktionen • Der Stärkste setzt seine Interessen/Position durch Gewalt durch • Nicht offen / öffentlich, Interessen verschleiern • Medien / demagogisch	• Militärische Stärke und monetäre Macht • ICH habe Recht! • Bedrohung der eigenen (westlichen) Werte • Wir sind die Guten („Demokratie“, „Menschenrechte“, „Freiheiten“) • Terror rechtfertigt regime-changes • Völkerrecht • R2P, Verhinderung weiterer ziviler Opfer • Waffenindustrie, will noch lange nach Syrien liefern	• Neue Vermittler benennen • Neue Friedenspläne schreiben • Mehr Militär, militärisch eskalieren • Der/die Anderen / Umstände sind Schuld • Keine Selbstkritik • Behauptung: Wenn Assad nicht wäre … • DU bist mein Feind! • Die „Militär-Karawane“ zieht weiter (Afghanistan – Syrien) • Regime-Change fordern • Globale Medienkampagne bei militärischen Niederlagen (Bsp. Aleppo, White Helmets)

Friedenslogik

Beinahe gleichlautende Karten wurden hier zusammengefasst und die Einträge lediglich mit Kommata getrennt (außer jemand hat auf seine Karte einen halben Roman geschrieben).

Was ist das Problem?	**Wie ist das Problem entstanden?**	**Wie wird das Problem bearbeitet?**	**Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt?**	**Wie wird auf Scheitern und Misserfolg reagiert?**
• Unterschiedliche Interessen, zu viele Akteure mit zu vielen unterschiedlichen Interessen • Gewalt • Die Grundbedürfnisse werden / können nicht erfüllt werden • Leid • Soziale und politische Unterdrückung • Militarisierung der Konflikte –deshalb Stopp der Bewaffnung (Waffenexporte) • Das Problem ist der vielfach verwickelte Konflikt. Sekundärprävention kann die deutsche Regierung unsere SoldatInnen ABZIEHEN • UN-Staat? • Völkerrecht und Menschenrechte – wer schützt/verteidigt sie? Ausgleich zu Machtpolitik, der Stärkste hat Recht /	• Ungerechte Behandlung • Militarisierung des Aufstandes • Vorhergehende Konflikte der Regional- und Großmächte • Ökonomische/ geopolitische Interessen (Pipeline) USA/EU, bestehende wirtschaftliche (Eigen-)Interessen / Ausbeutung, wirtschaftliche Interessen (Öl, Gas usw.), deren Legitimität überprüfen, ökonomische Interessen • Habsucht, negative Konkurrenz • Externe und interne (wirtschaftliche) Interessen werden in Syrien vermengt mit religiösen Interessen und strategischen Interessen • Geopolitische Machtinteressen („Regime change“) • Das Problem ist entstanden beim Verfall des British	• Sehr viel früher: verantwortungsvoll-aktive Außenpolitik betreiben • Nach berechtigten Interessen aller Seiten fragen; Interessen Anderer erkennen, respektieren - Interessensausgleich • Bundesregierung (BReg): Einsatz für Waffenruhe (vorhandene und erweiterte) unter Überwachung • Monitoring • Zivilbevölkerung schützen mit zivilen Mitteln • Freies Geleit für Kämpfer • BReg Einsatz für Internationalen Fonds für Wiederaufbau in Syrien (So schnell wie möglich) • BReg Einsatz für Verhandlungen, Verhandlungen … unter allen Beteiligten. Ziel: Waffenruhe, Frieden, Nahost-Konferenz • Mediation	• Hilfe für Flüchtlinge • Unterscheidung Verhandlungen, Abzug Militär • Gleichberechtigung • Allgemeinwohl, Frieden • Kontextualisierte Einordnung von „universal gültigen“ Grundsätzen • Ethik: global und gewaltfrei • Verantwortung gegenüber den Kindern, Enkeln, Natur … • No Border, kein Mensch ist illegal, Recht auf KDV • Das eigene Handeln wird gerechtfertigt durch den kategorischen Imperativ	• Gewaltfreie Kommunikation • Rückfragen: Was haben wir nicht berücksichtigt? • Wirkung aller „Einsätze“ (milit. + zivil) evaluieren und offen diskutieren • Kritik anhören, ggf. verändern, Liebgewordenes auch mal loslassen • Eigene Fehler eingestehen, daraus lernen • Auf Scheitern und Misserfolg wird mit fortgesetztem Ausbalancieren reagiert • Mediation • Weitermachen! Trotzdem

entscheidet • Verantwortung für den Frieden beginnt überall dort, wo Kriegsvorbereitung verhindert werden kann • Problem Machtpolitik! Offen benennen / erkennbar machen: Krieg ist organisierte, technisierte Gewalt zur Interessensdurchsetzung (kleiner Gruppen) Mächtiger zu deren Machterhalt und Ausbau. Auch eine Frage der Dimension und geht einher mit der Entpersönlichung der Kombattanten, die für die Interessen Anderer streiten. • Machtinteressen • Deutsche Politik ist parteiisch • Bundeswehreinsatz, militärische Intervention statt zivile Konfliktlösung • Grundsätzlich? „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ (J. Jaures, 1914), „Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede...“ (C. v. Ossietzky 1932)	Empire. • Dezentrale Energieversorgung kann durch Wissens-Transfer gefördert werden. • Angebot an alle Opfer zur Evakuierung	Vermittlung, nicht Aufzwingen von Friedensplänen oder Verfassungen, offensiv UN-Verhandlungen vorantreiben, und allparteiliche Rolle einnehmen (Anti-IS-Koalition), Dialog fördern, mit ALLEN Konfliktbeteiligten verhandeln inklusive der Kurden und des IS • Miteinander reden: Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Syrien • Föderative Strukturen vorschlagen • Dialog von unten fördern • Gewaltfreie Gruppen unterstützen • Das Problem wird bearbeitet durch ortsansässige Friedensfachkräfte • Austausch mit Vertreter*innen friedlicher Nachbargesellschaften • Aufklärung über Interessen / verdeckte Kriegsziele • Strafrechtliche Verfolgung von Terroristen, keine Kriegserklärungen • Ausstiegspläne für Kämpfer		

		• Waffenhandel stoppen, Waffenlieferungen an Konfliktparteien unterbinden, absolut keine Rüstungsexporte mehr • Gemeinsame Sicherheit mit Russland und in Region, BReg Einsatz für Konferenz f. Zusammenarbeit und Frieden in allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, KSZNMO • Unterstützung von geflüchteten Menschen, Dialog • Gerechter Welthandel • Alternative nachhaltige Energieversorgung • Erfahrung aus der Geschichte: Ende des 30-jährigen Krieges, Westfälischer Frieden • Keine Kriegspartei wählen! (morgen und 24.9.17?)		

Aussprache

EK: Zur ersten Frage, was das Problem ist: Es gibt bei den Karten deutliche Überschneidungen zwischen Friedenslogik und Sicherheitslogik. Habt Ihr die beiden Konzepte vertauscht oder liegt hier ein Missverständnis vor?

TN: Das Problem ist doch eigentlich dasselbe. Es ist unklar, aus welcher Perspektive wir gucken sollen. Überschneidungen gibt es auch, weil es unterschiedliche Interpretationen bei der Definition des Problems gibt.

EK: Ist es für uns ein Problem, wenn Menschen in Syrien sich umbringen, aber wir nichts mitbekommen? Nach Sicherheitslogik liegt da eher kein Problem vor, weil wir nicht berührt werden. Nach der Friedenslogik ist das Leid der Betroffenen auch ein Problem für uns.

TN: Frage, ob nur auf Syrien beziehen oder sehr grundsätzlich.

TN: Unterschied zwischen Frage 1 und 2 nicht klar.

EK: Frage 1 ist die Benennung des Problems, z.B. Terroranschläge. Frage 2 geht zu den Ursachen.

TN: Einwand: Diese Ursachen sind auch Teil des Problems.

TN: Für Kampagne sinnvoll, wenn man sich gedanklich auf Diskussion einlässt mit den Befürworter*innen des Bundeswehr-Einsatzes und ansprechen, was sie als Problem sehen. Wir müssten versuchen, das Problem, dass sie sehen, anders zu beschreiben. Es bringt für diese Gespräche nichts, sehr grundsätzlich zu werden und z.B. Kapitalismus als Problem zu beschreiben, wie es in unserer AG geschah. Ich erlebe sehr oft, dass gesagt wird: „Wir haben Angst vor Terrorismus“. Das höre ich immer wieder, von Leuten in der Gemeinde bis zu MdBs.

TN: Es gibt zwei Ebenen. Zum einen die der Machtpolitik und der Regime-Change-Politik. Und zum anderen die des Terrorismus. Wenn die eigentliche Ursache die erste ist, wie gehe ich damit um?

TN: Es ist wichtig, sich auf konkretere Fragestellungen zu beziehen. Die anderen Probleme müssen parteipolitisch bearbeitet werden. Die Linke macht gute Politik, ist aber nicht bereit oder in der Lage, Regierungspolitik zu gestalten. Es ist nicht die Aufgabe der Kampagne, eine Partei zu unterstützen.

TN: Das Wort „Terror“ kommt von Abschreckung, von der Drohung, sich gegenseitig zu vernichten. Wenn man dagegen noch Krieg führen will, dann ist das nicht zielführend. Konkrete Anregung: Auf Begriff Terror und Krieg gegen den Terror verzichten.

TN: Interessant in dem Konzept ist die Gegenüberstellung. Aber die beiden Sichtweisen müssen sich nicht widersprechen. Auch ich habe ein Interesse an Sicherheit, könnte von Terrorismus betroffen sein. Wenn man das vermittelt, dann trifft man vielleicht auf offene Ohren.

TN: Wenn Ziel ist, dass mehr MdBs als bislang „nein“ sagen, dann könnte man fragen, was der Tornadoeinsatz gebracht hat. Zeigen, dass es mehr zivile Opfer gab. Und dass westliche Waffen auf Schwarzmärkten auftauchten. Ein Kriegsdienstverweigerer aus Syrien wurde letzte Woche vor Gericht hier abgebügelt. Da hätte die Bewegung zu ihm sagen müssen: Du hast genau richtig gehandelt, Dich der Gewalt zu verweigern.

TN: Wir haben uns bislang wenig um Friedenslogik gekümmert. Wir stehen mehr für die Utopie. Und da sagen uns die MdBs: Wir brauchen die Bundeswehr, damit Ihr Euch für die Utopie weiter einsetzen, protestieren, Eure Meinung sagen könnt. Dieses Konzept ist gut, ihre Argumente zu widerlegen, zu zeigen, dass sie nicht weiterführe. Wenn man analysiert, welche Ziele in Afghanistan verfolgt wurden, dann kann man zeigen, dass sie nicht erreicht wurden. Wir müssen als Alternative aufzeigen, wie Konflikte zivil gelöst werden können. Deutlich machen, dass wir ein Konzept haben, dass Verhandlungen möglich sind. Dass wir nicht von Utopien reden, sondern von etwas, was an kleinen Stellen umgesetzt werden kann.

EK: Es ist das entstanden, was wir uns wünschten: Kreatives Nachdenken und Hinterfragen des Konzepts. Bin sehr beeindruckt von der Sammlung.

TN: Ich finde es schwierig, den Sicherheitsbegriff als Kontrast zu nehmen. Wir in der Friedensbewegung setzen i.d.R. Sicherheit mit Militär gleich. In diesem Projekt formuliert Ihr es sehr vorsichtig, sehr freundlich. Sicherheit sei was Richtiges, sei ein Bedürfnis, aber es könne sein, dass man Militär braucht. Während wir Sicherheit als Verschleierung des Militärischen verstehen. Da werden viele Diskussionen aneinander vorbeigehen, wenn Menschen unterschiedliche Sicherheitsbegriffe verwenden.

EK: Folgerung: Der Sicherheitsbegriff muss klar definiert werden.

Elise Kopper arbeitet beim Netzwerk Friedenskooperative und als Campaignerin für die Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien".

AG:
Bundeswehreinsatz in Syrien – Was sagt unsere Politik dazu?

Arbeitsgruppe Elise Kopper

Als Friedensbewegung, die den Anspruch hat, politische Prozesse beeinflussen und verändern zu wollen, und als Kampagne „MACHT FRIEDEN.“, die zu diesem Zweck v.a. auf sogenanntes Graswurzel-Lobbying setzt, ist es für uns von zentraler Bedeutung, wie sich die führenden Parteien in unserer Demokratie zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik positionieren und wie sie in diesen Bereichen argumentieren. Diese Positionen und Argumente sind meist durchaus differenzierter, als sie uns durch die Medien transportiert werden: durch Statements führender Politiker*innen in Talkshows, durch Meinungsartikel in Leitmedien, durch kurze Interviews in Sendungen wie den Tagesthemen oder durch Ausschnitte aus Reden auf Youtube-Kanälen. Auf diesen Wegen können politische Programme nur ausschnitthaft wiedergegeben werden, manchmal werden sie sogar verfälschend verkürzt. Nuanciertere Einblicke bekommen wir, wenn wir neben den Medienquellen auch einen Blick in die längeren, schriftlichen Quellen werfen, die ungefiltert direkt von den Parteien bzw. Bundestagsfraktionen kommen. Dazu zählen neben den offiziellen Parteiprogrammen z.B. der Koalitionsvertrag, große und kleine parlamentarische Anfragen (sowie die Antworten der Bundesregierung darauf), Anträge an den Bundestag und im Wahljahr 2017 insbesondere die Parteiprogramme.

Im Workshop 1 „Der Bundeswehreinsatz in Syrien – Was sagt unsere Politik dazu?" haben wir einige dieser Papiere genauer betrachtet. Jede Kleinstgruppe (1-2 Workshop-Teilnehmer*innen) bekam jeweils eine Partei sowie eine Auswahl von entsprechenden Dokumenten zugeteilt, die die Position der Partei insbesondere in Bezug auf den Syrieneinsatz der Bundeswehr sowie genereller in Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik reflektierten. Innerhalb einer halben Stunde sollten die Papiere grob gescannt und die Positionen der Parteien herausgearbeitet werden. Als Hilfestellung dienten die folgenden Leitfragen:

Was sagt die Partei…

…zum Bundeswehreinsatz in Syrien

- Ist die Partei für oder gegen den Bundeswehreinsatz in Syrien?
- Welche sind die Hauptargumente der Partei?

…zu zivilen Lösungsmöglichkeiten in Syrien

- Sieht die Partei die Möglichkeit, die Konflikte in Syrien zivil anzugehen?
- Sind die zivilen Möglichkeiten als ALTERNATIVE oder als ERGÄNZUNG zum Militäreinsatz gedacht?
- Welche konkreten zivilen Möglichkeiten werden genannt?

…zur Bundeswehr und zu Bundeswehreinsätzen im Ausland generell

- Was sagt die Partei zur Rolle und zur Notwendigkeit der Bundeswehr im Allgemeinen?
- Was sagt sie zu Bundeswehreinsätzen im Ausland?

…zu zivilen Alternativen zu Militär, zu Ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensförderung generell

- Erwähnt die Partei zivile Mittel der Konfliktlösung? Wenn ja, mit welchem (Sammel-)Begriff benennt sie sie?
- Welchen Stellenwert räumt sie ihnen ein und wie gedenkt sie, sie zu fördern?

…zu Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und humanitärer Hilfe

- In welchem Verhältnis sieht die Partei Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Sicherheitspolitik/Militär?
- Wie steht sie zu Mittelerhöhungen für EZ und humanitäre Hilfe? Welche Zahlen nennt sie ggf.?

…zur Friedenslogik

- Gibt es „friedenslogische“ Ansatzpunkte in der Argumentation der Partei?
- Wenn ja, welche sind das?
- Wo folgt die Partei einer „Sicherheitslogik“?

Die Teilnehmer*innen notierten ihre Beobachtungen auf Moderationskarten und stellten sie im Anschluss der Gruppe vor. Neben den sogenannten „etablierten“ Parteien (CDU/CSU, SPD, Linke, Grüne und FDP) wurden auch Dokumente der Alternative für Deutschland (AfD) zur Bearbeitung angeboten. Es fand sich tatsächlich ein Freiwilliger, der sich mit den Positionen auch dieser Partei auseinandersetzte, so dass sämtliche Parteien mit ernsthaften Chancen, am 24. September 2017 in den Bundestag gewählt zu werden, abgedeckt wurden. Ausgelegt auf dem Boden ergaben die Karten folgende Übersicht:

CDU/CSU

Bundeswehr-Einsatz in Syrien

Dafür

Zivile Möglichkeiten in Syrien

Humanitäre Konfliktnachsorge

Bundeswehr und Bundeswehr-Einsätze generell

Absolut notwendig

Eigene Sicherungsinteressen

Zivile Möglichkeiten generell

Humanitär

Mit Geld schaffen wir das

Feigenblatt

Ablass

EZ und humanitäre Hilfe

EZ ist humanitäre Hilfe

Friedenslogik

--

SPD

Bundeswehr-Einsatz in Syrien

Ja, dafür

Absicherung bzw. Voraussetzung für zivile Arbeit und Regimechange

Zivile Möglichkeiten in Syrien

Diplomatie, humanitäre Hilfe konditioniert!

Ohne Assad

Sanktionen

Bundeswehr und Bundeswehr-Einsätze generell

Ja, dafür

Wie CDU für aktive Modernisierung

Interventionen, selbst gestartet

Zivile Möglichkeiten generell

Untrennbar mit Militär

EZ und humanitäre Hilfe

Ambivalenz – in ihrem Interesse (Export, Rohstoffe, Markterschließung)

Friedenslogik

Nur Sicherheitslogik und Macht-/Interessenpolitik

Linke

Bundeswehr-Einsatz in Syrien

BW-Syrien: Nein

Überwiegend wg. genereller Ablehnung von Auslandseinsätzen der BW

Speziell, weil militärische Interventionen zu Unregierbarkeit und Chaos (Afghanistan, Irak, Libyen) geführt und in Brandherd verwandelt haben

Zivile Möglichkeiten in Syrien

Als Alternative gesehen

EZ, humanitäre Hilfe genannt

Bundeswehr und Bundeswehr-Einsätze generell

Generell: Langfristig Deutschland ohne Armee, BW verkleinern
Alle offensivfähigen Waffen abrüsten

BW: Auslandseinsätze: Nein

Zivile Möglichkeiten generell

Zivile Alternativen zu Militär: Ja; Sammelbegriff nicht gefunden

Förderung? Nicht gefunden

EZ und humanitäre Hilfe

Vorrang, Neuausrichtung

Private Stiftungen: Einfluss verringern

Mittel erhöhen: Ja, 0,7%

gegen Vermischung mit Grenzschutz und Migrationskontrolle

Friedenslogik

Nichts Zuordenbares gefunden

FDP

Bundeswehr-Einsatz in Syrien

Dafür. Gründe:
Solidarität mit Frankreich, Bündnissolidarität

Rechtsgrundlage ausreichend

Zivile Möglichkeiten in Syrien

Forderung nach stärkerer diplomatischer Einmischung

Gerechter Ausgleich der Bevölkerungsgruppen in Syrien

Mit Militärschlägen kann man den IS nicht besiegen

Bundeswehr und Bundeswehr-Einsätze generell

BW-Einsatz keine Lösung

Genaue Mandatsprüfung

Militärische Komponente der Krisenstrategie

Zivile Möglichkeiten generell

EZ und humanitäre Hilfe

Finanzströme austrocknen

Regionale Kräfte einbinden

Friedenslogik

In der jetzigen Phase mit Assad sprechen

KSZNMO-Prozess

Bündnis 90/Die Grünen

Bundeswehr-Einsatz in Syrien

Dagegen. 2015 begründet mit unklarem Mandat, 2016 mit Rolle der Türkei im Krieg (völkerrechtlicher Angriff auf Kurden in Nordsyrien)

Zivile Möglichkeiten in Syrien

Verhandeln

Mit UN gemeinsam agieren

Bundeswehr und Bundeswehr-Einsätze generell

Implizit: sind notwendig

Einsätze nicht grundsätzlich kritisiert

Zivile Möglichkeiten generell

Zivile Krisenprävention als Begriff

Verbessern, evaluieren, mehr Geld.

Vier Schwerpunkte: Mediation, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheitssektorreform, Aufarbeiten & Versöhnen

EZ und humanitäre Hilfe

Kohärenz

0,7%-Forderung endlich umsetzen

Friedenslogik

Flüchtlingshilfe, Verbindung Politikfelder, wertegeleitete Politik, keine Rüstungsexporte in Spannungsgebiete

Sicherheitslogik

Bedrohung durch Russland

EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken

AFD

Bundeswehr-Einsatz in Syrien

AFD lehnt Bundeswehreinsatz in Syrien kategorisch ab. Begründung: Terrorgefahr in Deutschland würde steigen

Zivile Möglichkeiten in Syrien

Anti-Terror-Bündnis mit Russland

Bundeswehr und Bundeswehr-Einsätze generell

Wiedereinführung der Wehrpflicht

Milizeinheiten wie in der Schweiz

Bundeswehr soll ausschließlich der Landesverteidigung dienen

Deutschland soll ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat werden

Zivile Möglichkeiten generell

EZ und humanitäre Hilfe

Hilfe zur Selbsthilfe

Friedenslogik/Sicherheitslogik

Nach der Präsentation der Notizen wurde in einer zweiten Runde diskutiert: Was heißt das jetzt für uns? Also für uns als friedensbewegte Menschen und als Menschen, die Politik, auch Parteipolitik, verändern wollen. Leitfragen hierfür waren: Wo gibt es Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkte an „unsere“ Positionen? Wo müssen wir gute Argumente auch bei politischen Gegner*innen feststellen? Welche Argumente lassen sich leicht widerlegen, mit welchen fällt uns der Umgang schwerer? Was „fehlt“ in den Argumentationen der Parteien, die uns nahestehen? Und etwas überspitzt: Welche Partei ist für uns aus Friedensperspektive „verloren“? Wo besteht noch Hoffnung auf ein (pazifistisches) Umdenken?

Auch die Gedanken dazu wurden auf Moderationskarten gesammelt, im Plenum diskutiert und im Anschluss dokumentiert:

Was heißt das für uns?

- Ansatzpunkt: KSZMNO
- FDP stärker bearbeiten!
- Sicherheitsbegriff überhaupt noch nutzen? –Besser eigene Begriffe setzen
- Begriffstrennung zivil/militärisch, auch bei der ZKB- und EZ-Debatte darauf bestehen
- Verbale Übereinstimmung ungleich inhaltliche?
- Gretchenfrage: Was ist mit den 2% für Rüstung?
- Je konkreter die Forderung, desto besser: „Friedenslogik“ zu unkonkret, konkretere Forderungen formulieren
- Macht von Begriffen nutzen?
- „Sicherheits“logik vs. „Sicherungs“logik
- SDGs/ Agenda 2030: Selbstverpflichtung der Bundesregierung für uns nutzen, bietet Anknüpfungspunkt
- Friedenslogik wurde von Politik nicht aufgegriffen – trotzdem fordern
- Wo ist das Visionäre?
- Selbstkritik der Militärs nutzen
- Friedens“förderung“ als Begriff nicht nehmen lassen
- Eigeninteresse der Bundesregierung nutzen: Friedensförderung als Selbstdarstellung. Bericht fordern
- Zu CDU: Christentum nutzen – Papst, pax christi
- Bei Mandatsabstimmungen auf die Unentschlossenen fokussieren.

Ein Blick auf die Notizen macht rasch deutlich: Im Rahmen des anderthalbstündigen Workshops konnte nur ein oberflächlicher Überblick über die außen- und sicherheitspolitischen Positionen der Parteien zusammengestellt werden. Echte Schlussfolgerungen für unsere politische (Kampagnen-

)Arbeit konnten kaum gezogen werden. Wohl aber bleibt das Plädoyer an uns politisch interessierte Menschen, sich auch mit ggf. ungewohnteren Textformaten vertraut zu machen und diese für die eigenen politischen Analysen heranzuziehen: sich auch mal an Plenarprotokolle aus dem Bundestag, an Kleine und Große Anfragen und auch an die langen Partei- und Wahlprogramme heranzuwagen, kann sich auszahlen – denn hier findet man oft differenziertere Antworten als in den kurzen, mundgerecht servierten Zitaten bei SPIEGEL Online & Co.

Nun, da mittlerweile sämtliche etablierten Parteien ihre Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 veröffentlicht haben (die CDU/CSU war mit Mitte Juli am spätesten dran), lohnt es sich, insbesondere auch diese Papiere auf die obigen Fragen hin zu untersuchen. Die Wahlprogramme können unter folgenden Links abgerufen werden; die angegebene Seitenzahl bezeichnet das jeweilige Kapitel zur Außen- und Sicherheitspolitik:

CDU/CSU:
https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1
(Außen- und Sicherheitspolitik exkl. Europapolitik S. 59-66)

SPD:
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf (Außen- und Sicherheitspolitik exkl. Europapolitik S. 80-88).

DIE LINKE: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf (Außen- und Sicherheitspolitik exkl. Europapolitik S. 93-100).

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf (Außen- und Sicherheitspolitik inkl. Europapolitik S. 65-115).

FDP: http://fdp.de/wahlprogramm (Außen- und Sicherheitspolitik inkl. Europapolitik S. 53-66).

AfD: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (Außen- und Sicherheitspolitik exkl. Europapolitik S. 17-21).

Elise Kopper arbeitet beim Netzwerk Friedenskooperative und ist Campaignerin der Kampagne "MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien".

AG:
Lobbyarbeit von unten – Wie überzeugen wir unsere Politiker*innen?

Arbeitsgruppe Marek Voigt

1. Sammeln von Erfahrungen aus Lobbyarbeit bei den Teilnehmer*innen

TN: Briefe per Emails an Abgeordnete, mit Frage, was ihre Position ist. Das Schockierendste war, als ich in Großbritannien eine Frage stellte wegen der Aufnahme von Kindern aus dem syrischen Bürgerkrieg, und da war die Antwort, ob er meiner Mail entnehmen könne, dass ich bereit sei, ein syrisches Kind aufzunehmen. Ich sitze immer noch an einer Antwort.

TN: Nach dem Bundestagsbeschluss vom Dezember 2015 haben wir eine Frageliste an alle unsere Kölner Abgeordneten geschickt und nach den Kriegsgründen gefragt, und auch um Erlaubnis gebeten, das veröffentlichen zu dürfen. Alle haben geantwortet. Die Idee war eigentlich, das als Ansatz zu nutzen, um mit ihnen weiter im Gespräch zu bleiben. Wir haben dann wochenlang an den Texten derjenigen rumgekaut, die den Krieg befürworten. Sie waren so unlogisch und hanebüchen, in sich widersprüchlich. Wir hatten wirklich Schwierigkeiten, daraus was zu machen. Einer von uns hat dann eine kurze Stellungnahme im Namen unserer Gruppen verfasst, die wir veröffentlicht haben. Das war eigentlich eine ganz gute Aktion, weil wir das alles auf unserer Website haben und später darauf zurückverweisen können. (http://www.friedenkoeln.de/?p=9499&)

Wir haben auch versucht, Hintergrundgespräche mit MdBs zu machen, als wir Code Pink Aktivistinnen hier in Köln hatten. Da waren Abgeordnete von SPD, Grüne und Linke mit Mitarbeiter*innen vertreten. Es war ein langes und offenes Gespräch – über Drohnen, Ramstein, deutsch-amerikanische Beziehungen.
Ich habe einen privaten MdB-Verteiler von ca. 160 Adressen, den ich wegen der Ukraine erstellt hatte. Dabei sind die Abgeordneten vom Außen-, Verteidigungs- und Menschenrechtsausschuss, von der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe u.a. Den nutze ich auch jetzt für manche Mails. Ich habe auch noch keine Antwort bekommen, außer ‚bitte spam mich nicht voll'. Ich nutze es vor allem für Infos aus den USA, die ich weiterschicke. Hoffe, dass der stete Tropfen den Stein höhlt.

TN: In Nordhausen lädt die Abgeordnete immer zu einer Versammlung ein, wo man Fragen stellen kann. Frieden ist im Wahlkampf viel zu wenig Thema. Bei der letzten Wahl habe ich jedem Abgeordneten ein Heft von der IPPNW-Body Count Publikation (https://www.ippnw.de/no_cache/presse/artikel/de/opferzahlen-des-krieges-gegen-den.html#c7697) in die Hand gedrückt.

TN: Wenn Antworten nichtssagend sind – wie kann man seine Frage so formulieren, dass sie wirklich eine Stellungnahme formulieren müssen? Und nehmen wir den Mitarbeiter*innen kostbare Arbeitszeit weg, die sie besser anders nutzen könnten?

TN: Zur Kampagne, wo es um die Umsetzung des Zivilen Friedensdienstes ging: Das Problem war damals, dass nur die Grünen stark unterstützten. Es ist eine Gefahr, wenn es nur eine Partei unterstützt – dann wird es nur Projekt dieser Partei. Wie kann man das verhindern?

TN: Wie gehen wir in der Friedensbewegung mit Wahlen um? Ich hatte vor der letzten Wahl ein Plakat gemacht: 'Wählt keine Kriegsparteien'. Kam nicht gut an, die Grünen waren verärgert. Da fallen jetzt schon vier Parteien weg.

TN: Ich habe gehört, wie Kerstin Müller sagte, eine Regierungspartei kann keine Friedenspartei mehr sein.

TN: Wir haben aktuell die Landesabgeordneten angesprochen und gefragt, wie sie zur Präsenz der Bundeswehr in Schulen stehen. Schulen haben die Pflicht, für eine Friedensgesinnung zu sorgen. Das passt nicht zur Kooperationsvereinbarung mit den Schulen. Da kamen ausführliche Antworten von

zwei Parteien. (Wir haben es zeitmäßig nicht geschafft, alle Parteien anzusprechen.)

TN: Man muss sich erstmal fragen, was man erreichen will: Stellungnahme bekommen oder ob man Meinung beeinflussen will? Ich selbst habe noch nie Lobbyarbeit gemacht, aber zugearbeitet, indem ich recherchiert habe zu einzelnen MdBs. Anknüpfungspunkte in der Vita der MdBs suchen, z.B. Engagement in Tierschutz oder Fußball.

2. Perspektive eines Abgeordnetenbüros: Input von Marek Voigt

Abgeordnete sind sehr beschäftigt. Unterscheidung zwischen Sitzungs- und Wahlkreiswochen. Meine Chefin z.B. fährt Montagnacht mit dem Zug los, ist um halb 11 in Berlin. Sie hat dann von 9 bis 20 Uhr jeden Tag Termine. Freitagnachmittag fahren die Abgeordneten dann zurück nach Hause. Dazwischen hat meine Chefin so dicht Termine, dass ich mir einen Termin mit ihr geben lassen muss, wenn ich etwas mit ihr besprechen will.

Wenn Abgeordnete im Wahlkreis sind, haben sie tendenziell mehr Zeit, Termindichte ist geringer. Passt gut zur Kampagne, weil sie versucht, MdBs im Wahlkreis zu erreichen. Empfehlung: Sitzungswochen/Wahlkreiswochen anschauen. Sitzungskalender auf http://www.bundestag.de/sitzungskalender.

Was Post angeht: Ein Abgeordnetenbüro bekommt täglich einen Riesenstapel. Da ist natürlich viel Zeug dabei von Atomkraftbefürwortern oder Hochglanzbroschüren von Verbänden, aber auch viel, das man nicht direkt wegwerfen kann. Dazu kommen noch die E-Mails. Sekretärin und wissenschaftliche Mitarbeiter strukturieren den Posteingang vor.

Im Abgeordnetenbüro eingehende Impulse werden nach zwei Kriterien überprüft:

1. Wo bin ich thematisch zuständig (Ausschuss z.B.)? Alle Abgeordneten haben bestimmte inhaltliche Themen, die sie für die Fraktion betreuen. Dazu kommen Themen, die die Abgeordneten aus persönlichem Interesse verfolgen.
2. Hat es Bezug zu meinem Wahlkreis/meinem Bundesland?
Das sind die beiden entscheidenden Fragen. Wenn ein Anliegen beide betrifft, ist es sehr gut. Wenn es weder einen inhaltlichen noch einen regionalen Bezug gibt, hat die Sache eine geringe Priorität. Bürgeranfragen zu einem Thema, für das der Abgeordnete nicht zuständig ist, aus einer Gegend, mit der er nichts zu tun hat, fallen also am ehesten runter. Wenn ich z.B. einen Brief von jemandem aus Schleswig-Holstein zu Umweltfragen bekomme, dann denke ich, ‘so wichtig kann das Anliegen ja nicht sein, wenn er sich nicht mal die Mühe macht, zu recherchieren, wer die Abgeordneten bei ihm vor Ort sind oder wer mit dem Thema befasst ist’.

Friedensbewegung ist überall in Deutschland – damit sollte es zu jedem Abgeordneten eine lokale Gruppe oder eine Aktivistin geben, die zuständig ist. Die Kampagne möchte ja erreichen, dass lokale Inis mit ihren lokalen Abgeordneten reden. Da gibt es also den Wahlkreisbezug.

Ein weiteres wichtiges Kriterium: Schreibt eine Einzelperson oder eine Organisation, und kenne ich den Namen der Organisation schon? Wenn sich z.B. die Kirchen an einen Abgeordneten wenden, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie ernst genommen werden, als wenn es irgendeine Einzelperson ist.

Wenn ich Post für meine Abgeordnete durchgehe, spielt auf jeden Fall auch eine Rolle, ob da eine individuelle Ansprache ist. Manchmal wird das vernachlässigt. Wenn man die Abgeordneten z. B. wegen eines bestimmten Bundeswehrmandats anschreibt, sollte man schon wissen, wie der oder die konkrete Abgeordnete beim letzten Mal abgestimmt hat. Je individueller man das Anschreiben hinbekommt, umso besser. Wenn man z.B. in seiner Biografie herausfindet, dass sich jemand für Menschenrechte engagiert hat, Mitglied in einer einschlägigen Organisation ist oder für sie regelmäßig spendet, dann ist es sehr sinnvoll, im Anschreiben da anzuknüpfen. Das ist natürlich auch eine Ressourcenfrage, ob man als ehrenamtliche Organisation diese Recherche hinbekommt.

Eine der wichtigsten Regeln bei einem Anschreiben ist ansonsten: Fasse Dich kurz (eine Seite, notfalls Zusammenfassung eines längeren Textes oder Broschüre, die beiliegt). Wenn es gelingt, das Anliegen

auf einer oder zwei A4-Seiten zusammenzufassen, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass es berücksichtigt wird.

Was passiert, wenn eine Bürger*innenanfrage zu einem Thema kommt, das nicht eines der Schwerpunktthemen im Büro ist: Entweder ich suche mir ein Büro aus der Fraktion, das sich mit dem Thema beschäftigt. Oder ich gebe die Anfrage einem der Mitarbeiter*innen der Fraktion. (Die Fraktionen haben ja auch eigene Mitarbeiter*innen (Referent*innen), nicht nur die einzelnen Abgeordneten.) Ich schicke ihm/ihr den Brief und sage, dieser Brief stammt aus dem Wahlkreis meiner Abgeordneten und sie möchte ihn beantworten. Er macht dann einen Textbaustein. (Manchmal klappt das auch nicht, weil auch diese Referenten überabeitet sind.) Ich schaue mir das dann an und formuliere es so, dass ich es meiner Abgeordneten vorlegen kann. Evtl. formuliert sie dann nochmal um. Das heißt, wenn ihr fachfremde MdBs anschreibt, dann bekommt ihr wahrscheinlich eine Antwort mit Textbausteinen, den jemand anderes in der Fraktion verfasst hat. Das schadet nichts, denn die Abgeordneten müssen sich das ja trotzdem nochmal anschauen, wenn es in ihrem Namen rausgeht. Aber wenn ihr das häufiger macht, werdet ihr feststellen, dass sich die Textbausteine doch sehr stark ähneln. Das könnt Ihr vermeiden, indem ihr euch sehr konkret auf den einzelnen Abgeordneten bezieht. Umso unwahrscheinlicher ist, dass er den Textbaustein unkommentiert übernimmt. Er muss zumindest noch etwas Persönliches hinzufügen. Oder man kann sich auf die Antwort nochmal zurückmelden und sagen: ‘In unserem Schreiben waren Aspekte, auf die Sie gar nicht eingegangen sind’.

Wenn die Antwort unbefriedigend ausfällt, kann man natürlich versuchen, nachzufassen. Aber aufpassen, dass man nicht als nervig wahrgenommen wird.

Auf jeden Fall höflich und verbindlich sein. Es nutzt überhaupt nichts, wenn man anfängt, den Abgeordneten auf offensichtliche Weise lästig zu werden.

Wie sieht es mit den Fachfremden und Fachpolitiker*innen aus? Das ist sehr schwierig. In den Unterlagen zur Syrienkampagne ist die Information, dass die ‘Fraktionsdisziplin’ in dieser Frage nicht gelte. Das stimmt so nicht. Da gibt es immer viele Missverständnisse. Um das zu erklären: Die Abgeordneten haben bestimmte Themengebiete, die sie bearbeiten. I.d.R. vertraut man den Fachpolitiker*innen, dass sie ihre Sache in diesem Bereich gut machen. Es gibt natürlich gelegentlich Diskussionen in der Fraktion, welche Position man zu einem bestimmten Punkt vertreten solle und manchmal sind es auch Abgeordnete, die nicht zu dem jeweiligen Thema arbeiten, die sagen, die Position, die gefällt uns nicht. Aber in aller Regel sind die Abgeordneten ja nicht zufällig in einer Partei, sondern weil sie ähnliche Positionen haben. Insofern hat man Vertrauen, genauso wie man selber erwartet, dass die Position, die man in seinem Bereich vertritt, von den anderen mitgetragen wird. Bei den meisten Abstimmungen im Bundestag wird auch gar nicht gefragt, wie die einzelnen Abgeordneten sich verhalten, sondern die Fraktion stimmt einfach als Fraktion geschlossen ab.

Formal aufgehoben wird die Fraktionsdisziplin nur, wenn es um ethische Fragen geht, z.B.: Soll Präimplantationsdiagnostik erlaubt werden? Bei solchen Fragen wird sie immer aufgehoben. Da ist das Abstimmungsverhalten auch anders als bei den Bundeswehreinsätzen. Bei den Bundeswehreinsätzen gibt es namentliche Abstimmungen, und es gibt regelmäßig Abweichler*innen. Bei anderen namentlichen Abstimmungen auch, weil namentliche Abstimmungen eben bei Themen beantragt werden, die politisch besonders heikel sind, wo die Abgeordneten Schwierigkeiten haben, ihre Position gegenüber ihren Wähler*innen zu vertreten. Bei Fragen von Krieg und Frieden: Es gibt immer einzelne Abgeordnete, die bei den politisierten Abstimmungen es nicht richtig finden.

Man muss es also hinbekommen, dass die Politiker*innen sich selbst eine Meinung bilden: Dafür sind Hintergrundgespräche eine gute Sache. Auch wichtig, wenn man es organisiert kriegt, ist, die Abgeordneten bei verschiedenen Gelegenheiten anzusprechen: Öffentliche Veranstaltungen, Wahlkampfstände in der Fußgängerzone (am besten so, dass es nicht auffällt, dass es abgesprochen ist). Das kommt bei den Abgeordneten an. In internen Debatten wird oft darauf verwiesen, dass eine bestimmte Position von den Bürger*innen am Infostand oder in Zuschriften an die Abgeordneten unterstützt oder kritisiert wird.

Die Abgeordneten wissen, dass Krieg-Frieden nicht wahlentscheidend ist. Trotzdem ist es eine gute Idee, deutlich zu machen, dass es für viele Leute ein wichtiges Thema ist.

Bei Fachpolitiker*innen wäre ich nicht überoptimistisch. Die Parteiführung übt großen Druck aus, allein dadurch, dass sie festlegt, was die öffentliche Position der Partei ist, der man angehört. Und Fachpolitiker*innen haben Einflüsse, die für sie subjektiv viel wesentlicher sind als die örtliche Friedensgruppe. Themen werden u.a. von privaten und öffentlichen Think Tanks, Bundeswehrvertretern, vielleicht noch von Rüstungslobbyisten usw. angesprochen, das ist für den Abgeordneten relevanter als eine kleine Friedensgruppe.

Gut ist, mit Bündnispartner*innen zu operieren. Wenn man es hinkriegt, die Kirche, eine kirchliche Einrichtung oder Pfarrer, oder bei SPDlern z.B. Gewerkschaften oder gewerkschaftsnahe Organisationen zu gewinnen, hilft das sehr. Oder man findet heraus, dass die Abgeordnete z.B. in einem Sozialverband engagiert ist. Wenn es gelingt, die lokale Gewerkschaftsorganisation zu gewinnen, z.B. eine Veranstaltung zusammen mit der Friedensinitiative zu machen, ist das gut.

Verteiler: Viele Leute schreiben die Abgeordneten mit offenem Verteiler an. Das kann in Einzelfällen sinnvoll sein, aber in aller Regel bedeutet es ja, dass man nicht individuell angesprochen wird, und dass es vielleicht auch jemand anderen gibt, der sich darum kümmert.

Deshalb ist es wichtig, sein Schreiben auf Abgeordnete individuell zuzuschneiden. Es gibt aber trotzdem natürlich die Situation, dass in der Fraktion die Info gegeben wird, ‚Ihr seid sicher alle angeschrieben worden, und meine Abgeordnete wird antworten'.

TN: Krieg und Frieden ist doch kein Fachthema, sondern ein allgemeines Thema, wo sich nicht alle auf das Urteil eines einzelnen verlassen dürfen.

MV: Das mag normativ richtig sein, aber die Großzahl der Abgeordneten wird es nicht so sehen. Deshalb muss man diese Schwelle überwinden, wenn man erfolgreich Lobbyarbeit machen will. Hineindenken in die Situation der Abgeordneten ist wichtig. 'Aber muss doch' reicht nicht aus. Zum Beispiel, wenn jemand sich für Menschenrechte oder für Afrika interessiert, dann kann man daraus Anknüpfungspunkte bauen.

TN: Nochmal zu dem Thema, was man erreichen will. Ein Gespräch ist natürlich ideal. Aber Abgeordneten zu zeigen, dass es Leute gibt, die sich dafür interessieren, ist auch ein Ziel. Und dann ist die Frage, ob man zu denen gehen soll, von denen man weiß, dass sie ihr Abstimmungsverhalten nicht ändern? Oder braucht es Linke, die sowieso dagegen sind? Was können realistische Ziele sein?

MV: Deutlich machen, dass es Thema ist, was wichtig ist und wo Leute mit kompetentem Wissen dahinterstehen, ist wichtig für diejenigen, die dem Einsatz zustimmen. Es ist wichtig, zu zeigen, dass man aus guten Gründen anderer Meinung ist. Abgeordnete haben Zerrbilder von der Friedensbewegung, z.B. dass ihr die Leute in Syrien egal seien. Ihnen deutlich zu machen, dass es durchaus Leute gibt, die sich für die Menschen in Syrien interessieren, und gerade deswegen den Militäreinsatz ablehnen, ist wichtig.

Unterstützung für die Gegner*innen des Einsatzes: Ihnen nach der Abstimmung zu schreiben, dass man es gut findet, dass sie dagegen gestimmt haben, ist gut. Vielleicht auch mal überlegen, ob man in so einer Situation auch mal öffentlich lobt. Und bei der nächsten Demo vielleicht eine Rede anbieten. Sowas mögen Abgeordnete.

Kontaktmöglichkeiten: E-Mails ist das normalste und einfachste. Briefe haben den Vorteil, dass sie mehr Aufwand bedeuten und damit wertiger sind. Auf der anderen Seite muss ich ihn erst digitalisieren, um ihn weiterzuverarbeiten. Faxe nicht benutzen, weil sie beide Nachteile vereinen.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass man Abgeordnete ans Telefon bekommt, wenn man anruft. Normalerweise passiert das nicht, weil die MdBs entweder nicht im Büro sitzen oder Mitarbeiter*innen haben, die das Gespräch entgegennehmen und ausfiltern. Das ist aber nicht schlimm. Wenn Ihr Mitarbeiter*innen erreicht und ihr oder ihm klar gemacht habt, dass das Thema relevant ist, dann ist es wahrscheinlich, dass er/sie dem Abgeordneten nahelegt, dass es relevant ist. Man sollte es einplanen und nicht als Problem wahrnehmen.

Abgeordnetenwatch: Ist gut, um Statements zu bekommen. Manche Abgeordnete allerdings antworten nur noch: ‚Bitte wenden Sie sich direkt an unser Büro'. Damit ist für die Statistik von Abgeordnetenwatch die Frage beantwortet, aber man vermeidet die Öffentlichkeit.

Facebook ist eine gute Möglichkeit, denn da gibt es die realistische Chance, dass man den Abgeordneten direkt erwischt. (Nicht die richtig Prominenten, die haben ein Team.)

Terminanfragen nicht persönlich an die Abgeordneten richten, Abgeordnete machen ihre Termine nicht selbst. Wenn Terminfragen abgewimmelt wurden, dann nach einer gewissen Frist nochmal nachfragen, aber nicht nach zwei Tagen!

Anschauen, ob die Abgeordneten im Wahlkreis direkt gewählt wurden oder über die Landesliste kamen. Sie haben auch einen Wahlkreis zugeordnet, aber es ist trotzdem ein anderes Verhältnis. Bei der Linken in NRW z. B. kommen alle Abgeordneten über die Landesliste rein, trotzdem gibt es regionale Schwerpunkte für die einzelnen Abgeordneten.

Die Materialien von der Kampagne sind eine gute Handreichung. Wenn jede zweite Friedensini in der Bundesrepublik das machen würde, was da vorgeschlagen wird, wäre es gut.

Frage der Vereinnahmung durch Parteien: Bei der Syrienabstimmung ist das nicht so entscheidend, weil die Regierungsfraktionen dafür und beide Oppositionsparteien dagegen sind. Es ist nicht so wie bei Fragen, wo nur die Linke dagegen ist. Es stärkt die Friedensbewegung nicht sehr, wenn der Eindruck entsteht, nur die Linke steht dahinter. Beim Syrieneinsatz stimmen auch die Grünen dagegen.

Ansonsten als Friedensbewegung aufpassen, dass man als überparteilich wahrgenommen wird. Natürlich sind viele Linke in der Friedensbewegung, aber man sollte deutlich machen, dass das Anliegen überparteilich ist und die Friedensbewegung keine Bewegung ist, die nur einer Partei nahesteht. Zum Beispiel Gauweiler oder Todenhöfer von der CDU/CSU sind in manchen Fragen auch kritisch.

TN: Soll man mehrere Fragen stellen oder nur eine?

MV: Mehrere sind besser, weil die Chancen größer sind, dass dann eine nicht beantwortet wird und man dann nochmal nachhaken kann. Hier in dem Anschreiben sind es drei Fragen, das ist bearbeitbar.

TN: Wer sind die wesentlichen Abgeordneten für die Bundeswehr-Einsätze in Syrien? SPD: Mützenich, CDU: Kiesewetter. Gibt es darüber hinaus ein paar Politiker*innen, die die Politik entwickeln?

MV: Die Konzepte werden von der Regierung, nicht von Abgeordneten gemacht. Auswärtiges Amt ist entscheidend. Kanzleramt ist auch beteiligt. Die konkrete Entscheidung, ob ein Einsatz stattfindet, wird in den engsten Zirkeln der Macht entschieden. Den Kosovokrieg haben Schröder und Fischer entschieden. Lafontaine (damals noch SPD-Vorsitzender und Finanzminister) hat sich beschwert, dass er übergangen wurde. Parteiorganisationen spielen auch keine Rolle.

Bei den Anschlägen in Paris kam ein oder zwei Tage später die Reaktion, dass dies nicht heiße, dass man sich in Syrien engagieren wolle. Eine Woche später galt das Gegenteil. Da wurde nicht die Parteibasis gefragt, sondern Merkel besprach das mit dem CDU-Vorstand.

TN: Ein Mitarbeiter eines Abgeordneten hat mir gesagt: ‚Warum treten Sie nicht in die CDU ein, da gibt es einen Arbeitskreis zu Sicherheitspolitik, da können Sie sich doch einbringen'. Das klang so, als ob da breitere Kreise beteiligt seien.

MV: Jede Partei hat solche Arbeitskreise. Natürlich ist es gut, das in solch einem Gremium zu besprechen, darauf einzuwirken, dass es ins Parteiprogramm kommt usw. Die meisten Gesetzesinitiativen werden aber in der Regierung vorbereitet. Es kommt auch vor, dass Initiativen aus den Regierungsparteien kommen oder aus den Regierungsfraktionen, das ist aber die Ausnahme, weil der Regierungsapparat viel größer und besser ausgestattet ist. Anträge für Militäreinsätze kommen immer aus der Regierung. Da wird auch meist in sehr kurzen Zeiten entschieden. Abgeordnete haben da höchstens Macht als Vetokräfte, wenn sie sagen, das tragen wir nicht mit.

TN: Du hast das Verteidigungsministerium nicht genannt?

MV: Formal ist es das Auswärtige Amt, dass das Ob entscheidet und das BMVg das Wie. Da gibt es aber in der letzten Zeit eine Tendenz, dass das BMVg mehr mitentscheiden will.

Marek Voigt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei MdB Kathrin Vogler (Die Linke). Er kommt eigentlich aus der außerparlamentarischen Politik und hat zuerst beim BSV gearbeitet, damals mit der Geschäftsführerin Kathrin Vogler. Außerdem ist er Mitglied in der Redaktion von W&F.

AG:
Zivil statt militärisch! Argumentationstraining für den Dialog auf der Straße und am Infotisch

Arbeitsgruppe Uli Wohland

Der Workshop, in dem hier vorgestellten Format musste krankheitsbedingt entfallen. Zusammengestellt ist stattdessen der Ablauf des Workshops, wie er idealtypisch geplant war, ergänzt um einige mögliche Ergebnisse. Berthold Keunecke hat dankenswerter Weise auf der Konferenz einen Workshop mit gleichem Titel durchgeführt, dessen Verlauf hier nicht berücksichtigt werden konnte, weil das Aufnahmegerät versagte.

Die vorliegende Konzeption ist zudem länger geplant, als Zeit für den Workshop bestanden hätte. Je nach Realablauf werden einzelne Bausteine weggelassen, bzw. nehmen breiteren Raum ein, als in der Planung vorgesehen. Die vorliegende Zusammenstellung ist also kein Protokoll des Workshops.

Material:

- 3-4 Pinwände oder Wände, die beklebt werden können
- Eine Rolle Tesakrepp
- Ca. 100 verschiedenfarbige Moderationskarten
- Stifte
- Nadeln zum Anpinnen
- Flipchart und Flipchart Papier
- evtl. selbstklebendes Flipchart Papier
- Unterschriftenlisten der Kampagne
- Evtl. einen exemplarischen Infotisch vorbereiten für Anschauungsmaterial

Begrüßung

Methode: Kurze Kennenlernrunde und Namensschilder - 5 Min

Methode: Input und Visualisierung - 10 Min

- „Warum dieser Workshop auf der Konferenz?“
  - Ziel der Konferenz ist es u.a., das Handwerkszeug für die Kampagne weiter zu entwickeln und in der Friedensbewegung zu verbreiten:
    - Unsere kommunikative Kompetenz zu stärken
    - Ängste vor 1 zu 1 Gesprächen abzubauen
    - Schwierige Gesprächssituationen einzuüben und zu trainieren
    - Häufige Argumente – gute Antworten (u.U. durch die Teilnehmer*innen ergänzen.)

Methode: Brainstorming - 10 Min

- „Wo können und müssen wir unsere argumentative Kompetenz einsetzen?“

- *Mögliche Antworten:*
  - *Bei der Erstellung regionaler Flugblätter zum Thema*
  - *Für Zeitungsartikel oder Leser*innenbriefe, die wir anbieten*
  - *Podiumsdiskussionen in der Friedensbewegung*
  - *Podiumsdiskussionen während des Wahlkampfes*
  - *An Ständen der Parteien beim Wahlkampf*
  - *Eigene Infostände aller Art, z.B. in Fußgängerzonen*

- „Auf welche Situationen sollen wir das heutige Argumentationstraining ausrichten?“

- *Mögliches Ergebnis:*
  Infostände in der Fußgängerzone

Methode: Brainstorming - 45 Min

- „Was gehört zu einem attraktiven Infostand?“
- Womit gehen wir auf die Leute zu, wie aktivieren wir sie?
- „Wie lauten Regeln für erfolgreiches Argumentieren?“
- „Was sind Nachdenkfragen?“

- *Mögliches Ergebnis zum Thema: „Was gehört zu einem attraktiven Infostand?“*
  - *Möglichst nur ein Thema pro Infostand*
  - *Spendendose nie vergessen*
  - *Infostände ansprechend gestalten: Blumen, Tischtuch usw.*
  - *„Hingucker“ einbauen, z.B. Sonnenschirm mit Logo / Transparente der Kampagne*
  - *Megaphon nicht vergessen*
  - *„Abholer“ integrieren: Kaffee und Kuchen oder auch Plätzchen. Wenn möglich, Luftballons für die Kinder – dann kommen auch die Eltern!*
  - *Gewinnspiel*
  - *Unterschriftenliste*
  - *Möglichst nur 1 zu 1 Gespräch oder 2 zu 1 Gespräche*
  - *Vor dem Tisch stehen, nicht dahinter*
  - *usw.*

- *Mögliche Ergebnisse zum Thema: „Regeln für erfolgreiches Argumentieren“*
  - *Aktuelles Ziel klar präsent haben und immer wieder darauf hinweisen, z.B. heute Unterschriften sammeln*
  - *Max. 2-3 zentrale Botschaften, die von allen beim Infotisch an diesem Tag verstärkt bekannt gemacht werden, z.B.*
    - *„Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und wir wollen, dass alle wissen, wie unsere Abgeordneten in unserem Wahlkreis abstimmen.*
    - *„Unsere Abgeordneten tragen ganz persönlich die Verantwortung für Frieden oder Krieg. Auch für Menschen, die im Krieg umkommen.*
  - *Im Gespräch immer wieder auf die 2-3 zentralen Botschaften zurückkommen.*

- *Viel zuhören und viele Fragen.*
- *Fragen, Fragen, Fragen.*
- *Wer fragt, führt und regt zum selber Denken an.*
- *Eher zurückhaltend sein mit zu viel Informationen*
- *usw.*

➢ Mögliche Ergebnisse zum Brainstorming: „Nachdenkfragen“

- *Bei den Fragen möglichst „Nachdenkfragen“ stellen.*
  - *Glauben Sie, dass man mit Militäreinsätzen terroristische Anschläge verhindern kann?*
  - *Was meinen Sie? Haben die Kriege in Somalia, Afghanistan, Libyen, Irak und Syrien die Welt sicherer gemacht hat?*
  - *Meinen Sie. mehr militärischer Einsatz bedeutet weniger Terrorismus?*
  - *Wissen Sie, wie viele internationale Einsätze die Bundeswehr derzeit durchführt? Hat sich dort ihrer Wahrnehmung nach in der letzten Zeit die politische Situation verbessert oder verschlechtert?*
  - *An welchen aktuellen Kriegen hat sich die Bundeswehr / die Bundesregierung nicht beteiligt? Für wie sinnvoll halten sie das im Nachhinein?*

Methode: Input und Visualisieren – 5 Min

❖ „Welche Typen von Menschen kommen an die Infotische?“

Menschen, die für unser Anliegen sind → Aktivieren
Menschen, die offen sind → Überzeugen
Menschen, die ablehnend sind → überlegen, ob die Fortführung des Gesprächs sich lohnt

Woran erkennen wir die einzelnen Personengruppen?

Personengruppen	**Kriterien**
Menschen, die für unser Anliegen sind	
Menschen, die offen sind	
Menschen, die ablehnend sind	

Methode: Brainstorming – 45 Min

❖ „Mit welchen Themen werden wir an Infotischen konfrontiert und wie könnten wir darauf antworten?“
  - Sammlung der wichtigsten Themen / Fragen / Behauptungen, die bei Gesprächen auftauchen
  - Anschließend werden die möglichen Antworten in Kleingruppen formuliert und vorgestellt

Thema / Frage	**Antwort 1**	**Antwort 2**	**Antwort 3**	**Antwort 4**
Der IS kann nur mit Waffen bekämpft				

und besiegt werden!				
Wir müssen uns aus Solidarität mit den Verbündeten am Krieg gegen den IS beteiligen!				
Die BW ist nicht direkt an Kampfhandlungen beteiligt! Also keine Aufregung.				
Die Peschmerga kämpfen für ihre Freiheit. Das sollten wir unterstützen – oder?				
Die Peschmerga haben doch als einzige Jesiden vor dem Völkermord geschützt.				
Zivile Formen der Konfliktbearbeitung funktionieren nur in Demokratien!				
usw.				
usw.				

Methode: Gesprächsübung – 45 Min

- ❖ „1 zu 1 Gespräche - am laufenden Band“

  - Zweiergruppen werden gebildet
  - Jede Person wählt 3 Themenkarten (aus Spalte 1)
  - Jeweils 5 Minuten Gespräch mit einem Partner / Partnerin
  - Dann Wechsel zu einer anderen Person
  - Nach zwei Runden wechseln die Rollen, so dass jede/r insgesamt 4 Gespräche in zwei unterschiedlichen Rollen führt
  - Anschließende Auswertung und Sammlung offener Fragen

Ende der AG und Dankeschön

Ulrich Wohland ist freier Mitarbeiter bei der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden.

AG:
Ready for Action – online und offline! Aktionen für lokale Friedensgruppen

Arbeitsgruppe Markus Wutzler und Marvin Mendyka

Die Arbeitsgruppe beginnt mit Partner*innen-Arbeit zu drei Fragen:

1. Welche gut gelaufene Aktion habt ihr einmal miterlebt?

2. Eine negative Erfahrung – welche Aktion würdet ihr so nie wieder machen, was ging so richtig schief?

3. Was für eine Aktion würde ich gerne mal machen? Wovon träumt ihr?

Anschließend sammelt die Gruppe per Zuruf:

Was macht eine Aktion erfolgreich?

- Muss Spaß machen
- Massen – dass viele mitmachen und dass man Kontakt zu vielen Menschen hat
- Dass Sicherheitsbeamte positiv beeindruckt werden
- Pressekonferenz
- Die Aktion trägt sich selbst oder bringt was ein (Finanzen)
- Wenn die Aktion Nachahmerinnen findet, übernommen wird von anderen.
- Schneeballeffekt auslösen
- Überraschend, interessant sein
- Dass das Thema rüberkommt, dass, worum es geht. Das ist das Wichtigste
- Wenn die Politiker*innen die Aktion mit den Inhalten im Parlament aufgreifen.
- Politische Wirkung
- Wenn es einen gesellschaftlichen Diskurs aufgreift oder sogar initiiert. Gilt für Medien, Politik, Abgeordnete
- Die richtige Vorbereitungsgruppe, wo es menschlich und thematisch funktioniert
- Verbindung zwischen den an den Aktion Beteiligten verbessert oder stärkt
- Dass es wie ein Projekt aufgezogen wird, dass ich mir überlege, was will ich erreichen. Das kann man dann auch auswerten.
- Initiative wird dadurch stärker

Bei welcher Aktion würde <u>ich</u> denn gerne mitmachen, bei welchem Infostand bliebe ich stehen? Tipp, sich dies zu überlegen, wenn man eine Aktion plant.

Bei nächster Aktion überlegen: Was sind unsere Ziele, was wollen wir erreichen? Man hat ja so seine Rituale, wie z.B. jedes Jahr am 1.9. einen Infostand machen. Aber was will ich denn damit erreichen? Ihr könnt dazu die Punkte von dieser Liste nehmen. Wenn sie euch wichtig sind, fällt euch dazu auch was ein.

Allerdings: Nicht alle Punkte gelten notwendigerweise für alle. Je nach Thema und je nach Gruppe kann es unterschiedlich sein. Sicher: „Thema kommt rüber“ ist immer wichtig. Aber es gibt keinen Kriterienkatalog, der sagt: ‚erfolgreich ist, wenn man 1., 2., 3. gemacht hat‘.

Wenn man das geklärt hat, dann kommt die Frage: Was mache ich jetzt mit meinen Zielen?

Dazu könnte man einen ganzen Tag dasitzen und die ganze Palette von Aktionsformen, die es jemals gab, sammeln. Ich habe mal einen Workshop mitgemacht, wo man alle Aktionsformen gesammelt hat. Solche Listen gibt es teilweise auch in Büchern, z.B. klassisch Gene Sharp – 198 Aktionsformen,

von Demos bis Generalstreik. Sie ist schon ein paar Jahre alt, jetzt gäbe es sicher noch mehr. Das wollen wir nicht mit Euch machen. [34]Aber wir haben mitgebracht, was derjenige, der den Workshop gegeben hat, Marc Amman, als Mindmap erstellt hatte. Gebe ich Euch als Handout. Die großen Bereiche sind:

- Information übergeben (Kundgebung, Infostand)
- Demonstration
- Recherche
- Etwas besetzen/aneignen
- Alternativen aufbauen
- Mich verweigern, nicht kooperieren
- Performance/Inszenierung
- Blockieren
- Petition, Volksentscheid
- Gerichtsprozesse
- Lobbyarbeit
- Störung, Verteidigung, Selbstschutz

TN: Das kommt ja alles als Aktionsform daher. Gibt es da etwas zu den Inhalten?

Ref.: Nein, es gibt nichts: Dieser Inhalt mit dieser Form = Erfolg, das gibt es nicht

TN: Welche Form findet Ihr denn zum Abgewöhnen?

Ref.: Hängt von der Zielgruppe ab. Aber z.B. ein überladener kleiner Infostand – da gehe ich fast immer dran vorbei. Wo vielleicht nur der Name der Organisation steht und dann habe ich einen Tisch mit Tausenden von Flyern. Wenn man schon mal auf der Straße geht, dann will man alles mitnehmen. Aber da habe ich keinen Bock drauf.

Ich habe nichts dagegen, wenn Leute selbst was basteln, aber wenn da nicht so gut gemachte Plakate sind und dann noch nicht genug Leute da sind, und die Hälfte liegt auf dem Boden, dann fragt man sich, ob da gleich der Sperrmüll kommt.

Wichtig: Keep it simple! Sich auf ein Thema beschränken, z.B. Kampagnenbanner zu Syrien. Dann bleiben vielleicht auch Leute stehen. In Halle blieben auch viele Syrer*innen stehen.

TN: Was Ihr gesagt habt, das ging in Richtung „sehr unprofessionell“. Wir hatten gerade eine Diskussion, die ging in eine andere Richtung, „zu professionell“. Stände mit jungen Leuten wie von Greenpeace, die sie dafür bezahlen, die Abos eintreiben, und da soll man sich gleich für 5 Jahre verpflichten. Ich mache da inzwischen einen riesen Bogen drum, weil ich weiß, die wollen mir was andrehen.

Ref.: Das zeigt auch, dass man sich Zielgruppe überlegen muss. Hochglanz-Charakter sollte man auch vermeiden. Weder zu wenig professionell noch zu professionell erscheinen. Nicht populistisch wirken, sondern auf eine Botschaft konzentriert.

Kommunikationsformen:

- So einfach wie möglich, aber nicht einfacher
- Darstellung in social media mitdenken
- Nicht „zu professionell“
- Keep it simple. Klare, zugespitzte Botschaften
- Träumen, Anregungen holen

[34] 1Gene Sharp, The Politics of Nonviolent Action, 1973. Die Liste der Aktionsformen findet sich als PDF u.a. hier: https://www.mapm.org/documents/198_nonviolent_methods_2007.pdf

- Ziele zuvor klären und berücksichtigen
- Aus Erfolgen und Misserfolgen lernen

Aktionsbeispiele

Beispiel: Die goldenen Nasen der Aktion Aufschrei

Dafür haben wir hier ein Bild an der Wand (Bild von den goldenen Nasen der Kampagne „Aktion Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel!“). Es waren da gar nicht so viele Menschen drum herum.

TN: War das denn erfolgreich, wenn nicht so viele Leute waren?

Ref.: Ich habe das Bild oft wieder gesehen. Das Thema der Aktion war dadurch deutlich geworden.

Die Aktion wurde im Bundestag wahrgenommen und es sind sogar ein paar Landeskirchen in die Kampagne eingetreten.

„Den Opfern eine Stimme geben – die Täter benennen“ ist ein guter Slogan.

Die Aktion wurde von einer Kommunikationsagentur gemacht.

Ich habe in letzter Zeit öfters gemerkt, dass Aktionen, die ich gut fand, von Agenturen gemacht wurden.

Beispiel: Aktion gegen Rheinmetall.

Die Referenten zeigen einen Kurzfilm von Düsseldorf, Heinrich-Heine-Platz[35]. Rheinmetall verdient einen Großteil seines Geldes durch Rüstungsexporte. Dagegen gab es ein Straßentheater, mit vielen kleinen (Holz)Panzern ‚Legt den Leo an die Kette‘, eine Gruppe aus Neuss verteilte Flugblätter, Theater ‚wir huldigen dem Goldenen Kalb‘, Samba-Trommler machten Krach.

TN: Sind denn viele stehengeblieben?

Ref.: War in Fußgängerzone, da haben viele mal geguckt und Fotos gemacht.

TN: Auch da muss man sich vorher überlegen, was man will. Es könnte sein, dass Leute sich nicht nahe ran getrauen. Aber bleibt hängen, weil Leute es sehen, auch wenn Gespräche nicht zustande kommen.
Dass daraus ein Film entstanden ist, war wohl auch ein Ziel. Eindruck erwecken: Wir machen etwas. Wer das sehr gut macht, ist Pulse of Europe. Die machen das jede Woche und Leute fotografieren das.

Auch in der Friedensbewegung, DFG-VK, werden viele Videos von Aktionen gemacht. Dann hat so eine Aktion nicht nur einen Mehrwert, sondern man kann sie auch noch ein Jahr später sehen und sehen, ach, die sind aktiv gegen Rüstungsexporte.

3. Beispiel: Politische Sambaband.

Es gibt ein Netzwerk: Rhythm of Resistance. Man kann sie auch mal einladen, mitzumachen. Erfahrungsgemäß bleiben Leute dann stehen. Wir haben dabei auch Spenden gesammelt und Flyer verteilt.

TN: Hat denn Rheinmetall was mitbekommen?

Ref.: Die hatten ihre Hauptversammlung in Berlin. Dort gab es auch Proteste.

In Düsseldorf fand die Aktion in der Fußgängerzone statt, nicht vor dem Firmensitz.

[35] Link zum Video: https://www.youtube.com/watch?v=8MPJSRL8yNI

4. Beispiel: Graffiti-Sprühen (mit Schablone)

Man kann Slogans oder Bilder mit abwaschbarer Farbe aufsprühen.

5. Beispiel: „Rechts gegen Rechts“[36]

Auch eine Aktionsform, die mithilfe einer Kommunikationsagentur entwickelt wurde. In Wunsiedel, wo Rudolf Hess beigesetzt wurde, marschieren Rechtsradikale seit 25 Jahren einmal pro Jahr durch die Stadt.

Das wurde verwandelt in den „unfreiwilligsten Spendenlauf Deutschlands“. Für jeden Meter, den die Nazis auf ihrem Marsch zurücklegten, spendeten Sponsoren 10 Euro für ein Aussteigerprogramm für Neonazis. Das wurde deutlich gemacht, einschließlich Start- und Ziel-Markierungen auf der Straße und Verpflegungsständen. So finanzieren die Nazis ungewollt ihren eigenen Ausstieg aus der Szene. Das erfahren sie erst, wenn sie losgehen. So wurden 10.000 Euro gesammelt.

Bild: http://rechtsgegenrechts.de/wunsiedel

Generell:

Darstellung in Social Media mitdenken – Facebook, Twitter,...

Auf welchen Kanälen erreiche ich meine Zielgruppe? Twitter ist beispielsweise in Deutschland nicht so verbreitet wie etwa in den USA. Dort zu finden sind aber häufig Politiker*innen und Journalist*innen. Facebook hingegen hat „fast jede*r“ (etwa 30 Mio. in Deutschland, Stand 2017). Auf anderen Social Media - Plattformen finden sich wiederum überdurchschnittlich viele junge Menschen (YouTube, Instagram, ...) und werden von der Friedensbewegung bislang kaum genutzt.

Lokale Aktionen zur Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“

Es gibt in der Syrien-Kampagne zentrale Aktionen, wie die Banner-Aktion letzten November vor dem Bundestag oder diese Konferenz hier.

Und dann gibt es Aktionen, die wir Gruppen vor Ort vorschlagen.

Noch eine Vorbemerkung: Von vielen Inis haben wir immer gehört, dass sie wenig Zeit haben. Deshalb hier Vorschläge für Dinge, die nicht viel Vorbereitungszeit brauchen.

Im Kampagnenrat gestern wurde Folgendes überlegt - wir bitten um euer Feedback und weitere Ideen:

1. Aktionspaket zu Graswurzel-Lobbyarbeit:

Mit Leitfaden, Postkarte, Online-Trainings (ähnlich wie ein Argumentationstraining, das jetzt parallel stattfindet) und ein Webinar, um Erfahrungen auszutauschen. Eine Idee: Bei Gesprächen etwas zurücklassen (z.B. kleine Olivenpflanze und Botschaft,Frieden will gepflegt werden‘). Dies wird nicht so schnell weggeworfen wie ein Flyer.

Was haltet Ihr davon?

TN: Graswurzel-Lobbyarbeit geht von der Basis aus, gerichtet an Politiker*innen und geht davon aus, dass Politiker*innen nur seinem/ihrem Gewissen verantwortlich sind. Was glaubt ihr, was wirklich bei ihm/ihr erreicht werden kann? Da wird m.E. ein Schritt übersprungen, die Arbeit mit Parteien

[36] Mehr Infos: http://rechtsgegenrechts.de/

usw. Ist Beschäftigungstherapie, aber wirkt nicht zwingend auf die MdBs.

Ref.: Die Aktion ist ja zugespitzt auf Abstimmung über Bundeswehreinsatz.

TN: Ich habe das ja selbst mitgemacht, aber aus Misserfolgen lernen, das treibt mich.

Ref.: Wenn Du sagst, das ist nicht zwingend – wie könnte es denn besser gehen?

TN: Es ist eine Abkürzung, anstatt Anregungen in die Strukturen hinein zu geben, was natürlich längerfristig ist. (Meinungsbildungsprozess in den Parteien). Wir gaukeln doch Leuten etwas vor mit der Kampagne – dass es sehr einfach sein kann, das Verhalten von MdBs zu ändern.

Ref.: Du kritisierst das Paket als solches?

TN: Keine unrealistischen Erwartungen wecken.

TN: Wenn ich den Mützenich hier in Köln oder in Berlin permanent bearbeite, und dass er ein Rollenträger ist usw. - das ist ja alles richtig. Es ist ein dickes Brett. Aber was ist die Alternative?

Ref.: Wenn die MdBs antworten - sei es auf die Postkarte oder auf abgeordnetenwatch.de, dann kann man damit weiter arbeiten. Pressearbeit vor Ort, um Widersprüche aufzudecken.

TN: Hier geht es doch um die Mandatsverlängerung. Man kann Gespräche führen. Abgeordneter sagt, ich stimme zu. Oder es geht nicht aus den oder den Gründen. Antwort ist ein Ja oder ein Nein. Bei anderen Themen, z.B. zu Friedenssteuer, da ist die Antwort nicht so eindeutig, sondern man liefert erst was nach, und oft endet der Prozess in einer Sackgasse. Hier ist es doch klar. Ich war beeindruckt, dass bei der letzten Abstimmung die Grünen geschlossen mit Nein gestimmt haben. Ich habe Deine Bedenken nicht richtig verstanden.

TN: Für mich ist es nicht genug Aufbau von politischem Druck. Ob das Gespräch was gebracht hat oder die Analyse, weiß ich nicht. Wir machen das ja auch mit, ich finde es nur ungenügend. Es sind massig viele dicke Bretter, die wir bohren müssen. Das ist Kurzsprint von ganz unten nach ganz oben. Was diese Menschen unter Druck setzt, das könnte mehr sein.

TN: Für mich ist es eine Gewissensentscheidung. Aber für die, die mit JA stimmen, ist es keine Gewissensentscheidung, sondern es spielen alle möglichen Erwägungen mit, z.B. wiedergewählt zu werden.

TN: Aber ein Gewissen haben sie doch auch.

TN: Wenn es einige machen, viele machen, dann reden sie ja auch miteinander und könnten es auch in die Fraktion tragen.

TN: Ich bin für die Aktion: Es geht ja auch darum, Menschen zu gewinnen, an ihre Abgeordneten heranzutreten. Da sehe ich die Hauptwirkung der Aktion. Leute dazu zu bringen, selber Lobbyist*in zu werden.

Ref.: Rückfrage: Inwieweit könntet Ihr Euch vorstellen, mit diesem Paket zu arbeiten?

Die meisten: Ja.

2. Aktionsidee: 3-D-Street Art

Auf den Boden Eures Marktplatzes oder ähnlichen Orten wird ein Bild ausgelegt oder aufgemalt, wo z.B. vorgegaukelt wird, da sei ein Loch. Ihr stellt so ein Plakat her, das man auslegen kann. Zum Beispiel ein Luftbild von Aleppo mit Rauch, der aussteigt. Tornados werden aufgelegt. Passant*innen einladen, einen Catcher zu nehmen und die Tornados weg zu fischen. Sie setzen so symbolisch Forderungen der Kampagne um. Andere machen Fotos. Flyer von der Kampagne mitnehmen und verteilen.

„Ausgestrahlt“, „Atomwaffenfrei jetzt“ haben so etwas gemacht.

Wir bereiten diese Aktionsidee vor und packen sie in eine Kiste. Ihr leiht sie aus und schickt sie dann an weitere Gruppen.

TN: Einwand: Tornados fliegen ja nicht über Aleppo.

TN: Finde es ein wenig banalisierend.

TN: Meine erste Assoziation war Flugverbotszone, womit ich große Probleme habe, weil das auf

Konfrontation NATO-Russland rausläuft.

TN: Man müsste sich sehr genau überlegen, welche Message man rüberbringen will.

TN: Erinnert an Angelspiel. Ist grenzwertig. Andere Idee: Mauer zwischen Incirlik und Syrien bauen.

TN: Ich finde es zu komplex, um das zu Syrien zu machen. Aktionsform ist gut, aber die Form tritt in den Vordergrund. Kann ich wirklich das komplexe Problem Syrien damit angehen? Ich finde es gefährlich.

TN: Ich finde die Idee Street Art gut, aber nicht für Syrien. Aber ich könnte es mir z.B gut für Drohnen vorstellen - Drohnen abfangen.

Ref.: Idee war, einen Teil der Forderungen symbolisch umsetzen zu lassen. Ob der Bundeswehreinsatz weitergeführt wird oder nicht, ist wahrscheinlich für den Krieg in Syrien unerheblich. Aber ich sehe, dass man an der Idee weiterarbeiten muss.

TN: Bundestagsbeschluss ist auch vereinfachend. Insofern ist Vereinfachung auch legitim. Wir nehmen ja auch nicht den ganzen Konflikt mit der Kampagne in den Blick.

TN: Als Aufhänger gut, um Erläuterungen kommt man eh nicht herum. Die Komplexität muss man anders vermitteln.

Ref.: Es fehlt auch das Konstruktive in der Kampagne, die Alternativen.

Aufruf: Wenn Euch noch was einfällt, lasst uns das wissen.

TN: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Syrien, was von IPPNW gefordert wird. Aufhören zu Schießen, anfangen zu reden.

Ref.: Civil Powker als Kurzspiel auf der Straße. Protagonist*innen, die sich vorbereiten, und Passant*innen mit dazu nehmen.

TN: Es gibt von der DFG-VK eine Installation „Dazwischengehen“, wo zwei Seiten sich gegenseitig beschießen und man kann dazwischen gehen und es dadurch stoppen. So eine Installation könnte man zu Syrien machen.

TN: Waffenembargo, Waffenlieferungen stoppen als Thema anreißen.

Der Bericht wurde auf der Basis einer Tonaufnahme verschriftlicht und von den Referenten so gebilligt.

Markus Wutzler ist Mitarbeiter im Friedenskreis Halle, Marvin Mendyka beim Netzwerk Friedenskooperative in Bonn.

Plenum zur Auswertung der Tagung

Susanne Grabenhorst

Die Aktionskonferenz „Zivile Lösungen für Syrien – Was können wir als Friedensbewegung tun?“ richtet ihr Augenmerk auf die Zivilgesellschaft in Syrien sowie auf die politisch Verantwortlichen in Deutschland. Sie will der militärischen Logik mit einer friedenspolitischen Logik widersprechen. Die Teilnehmer*innen wollen nicht das Hauptaugenmerk auf die Bedrohungen richten, auf politische Gegner, Terrorismus und Fluchtbewegungen und diesen mit immer mehr Rüstung und immer neuen Kriegen begegnen. Friedenslogik strebt nach Prävention, Dialog und Kompromiss und sieht die Chancen, die auch in schwierigen Konstellationen liegen, wie z.B. der Ankunft sehr vieler Menschen aus anderen Ländern und Kulturen für die aufnehmenden Gesellschaften.

Der Kampagne MACHT FRIEDEN geht es um die Bekanntmachung und Weiterentwicklung von ziviler Konfliktbearbeitung. Das Anfeuern des Krieges durch militärische Unterstützung der Konfliktparteien muss beendet werden und stattdessen müssen lokale und regionale Waffenstillstände und waffenfreie Zonen unterstützt werden. Wahrgenommen und gefördert werden müssen auch die von Syrer*innen durchgeführten innersyrischen Versöhnungsprozesse. Es braucht legale Möglichkeiten, aus Kriegsgebieten nach Europa und in andere sichere Gebiete ausreisen zu können. Deserteur*innen und Kriegsdienstverweigerer*innen aus allen Kriegsgebieten muss ein Bleiberecht zuerkannt werden. Gleichzeitig braucht die Region ein Hilfsprogramm, einschließlich Perspektiven für die Menschen in den Flüchtlingslagern.

Deutschland muss die diplomatischen Beziehungen zu Syrien wieder aufnehmen, Verhandlungsprozesse unter Einbeziehung aller Konfliktparteien nach Kräften unterstützen und sich für eine ständige Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten (KSZNMO) nach dem Vorbild der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einsetzen. Dabei darf sich Diplomatie nicht auf die Ebene der Staatsoberhäupter und militärischen Anführer beschränken. Die Zivilgesellschaft, vor allem solche Gruppen, die sonst bei Friedensverhandlungen traditionell außen vor bleiben, z.B. syrische Frauen und Frauengruppen sowie Vertreter*innen ethnischer und religiöser Minderheiten und gewaltfreier Gruppierungen sind unverzichtbare Teile der Lösung. Es gilt, aus dem vorhandenen Friedenswillen, den Erfahrungen und aus dem Reichtum der Ideen zu schöpfen, die in der syrischen Gesellschaft vorhanden sind.

Die Konferenz wollte eine weitgehend gemeinsame Sprache finden und Wege aufzeigen, die deutsche Syrienpolitik zu verändern. Die Aktionsorientierung sollte dazu anregen und befähigen, vor Ort aktiv zu werden. Mit dem Ziel, Politiker*innen auf zivile Alternativen zu Militäreinsätzen anzusprechen, wurden Workshops zu Graswurzel-Lobbyarbeit und zu Social Media Arbeit sowie Argumentationstrainings angeboten.

Reiner Braun

Ich möchte als Einführung vier Gedanken ansprechen:

1. Ich glaube, das trifft für die ganze Tagung zu: Wenn wir die Kampagne nicht hätten, müssten wir sie sofort gründen. Ihre Notwendigkeit ist durch die vielen Argumente und durch die Beschreibung der komplizierten Situation mehr als deutlich geworden. Dies gilt besonders für die Verantwortung

deutscher Regierungspolitik. Von daher sehe ich eine ganz große Notwendigkeit, diese Kampagne fortzusetzen. Das heißt für mich auch als allererstes, das etwas politisiertere Klima des Wahlkampfes zu nutzen, unsere Position zu Verhandlungen, zu Dialog, zu Frieden und grundsätzlich gegen deutsche Beteiligung an dem Krieg in und um Syrien in die Diskussion zu bringen, die Parteien mit unseren Forderungen zu konfrontieren.

Wir haben uns in unserer AG mit dem Programm der Parteien auseinandergesetzt und haben gesehen, dass es interessante Ansatzpunkte bei mehreren Parteien gibt. Auch übrigens bei der FDP. Man sollte nicht unterschätzen, auch noch mal in die Programme der Parteien zu schauen, die uns ein bisschen ferner sind, ob es da nicht Ansatzpunkte für Gemeinsamkeiten gibt. Da ist z.B. bei der FDP der Gedanke einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit der Region, im Mittleren und Nahen Osten, der in der Friedensbewegung formuliert worden ist, aufgegriffen. Eine derartige Konferenz und ihre Vorbereitung beinhaltet möglicherweise eine längerfristige Perspektive für die gesamte Region.

Politisierte Wahlkampfzeiten für unsere Position zu formulieren, ist sicher ein ganz wichtiger Punkt.

Dabei sollte es auch immer darum gehen, aufzupassen, dass wir von den gleichen Begriffen reden. Dass gilt meiner Sicht nach besonders, wenn wir über den Begriff Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) sprechen – ist das eine Ergänzung zum Militärischen oder ist das Zivile alternativ zum Militärischen? Wir müssen sehr genau darauf achten, dass wir als Friedensbewegung ZKB alternativ sehen. Denn natürlich sagt die Bundesregierung nicht, dass man nur mit Bomben Krieg gewinnen kann, sondern Bomben brauche man auch, um dann mit anderen Mitteln Kriege, Konflikte zu gewinnen oder zu gestalten. Wir sagen: Mit Bomben gewinnt man überhaupt nichts. Deshalb geht es da auch um die Hegemonie und Klarheit des verwendeten Begriffs.

Nach den Wahlen, losgelöst vom Wahlergebnis, wird es ja Ende des Jahres wieder eine Abstimmung über das Syrienmandat geben. Für die Kampagne sind die Begleitung, die Aktivitäten und Aktionen zu diesem Abstimmungsprocedere - nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Land – entscheidend. Kontakt zu den Abgeordneten aufzubauen, da kommen wir gleich dazu bei der kurzen Beschreibung der Lobbyarbeit, die in der AG diskutiert worden ist, ein ganz wichtiges Arbeitsfeld, in dem wir die Kampagne weiter entwickeln sollen.

2. Viele und überzeugende Argumente gegen den Krieg wurden heute vorgetragen. Ich persönlich würde warnen zu glauben, dass die Argumente, die wir gegen den Krieg haben, auf ein oder zwei sehr plakative Argumente zurückgeführt werden können. Diese Vereinfachung würde nicht möglich sein. Dazu ist das „Politikszenario“ zu kompliziert. Daher müssen wir uns schon mit der Kompliziertheit der Materie auseinandersetzen. Das heißt aber nicht, dass wir in der Analyse des Konfliktes in Syrien und in der Region 100% übereinstimmen müssen. Wir müssen damit leben, dass man diese Konflikte unterschiedlich analysiert und unterschiedlich erklärt und unterschiedliche Diktionen benutzt.

Was wir vermeiden sollen, wäre, das Gleiche zu machen, was die andere Seite macht, Feindbildkonstruktionen zu schaffen. Wir sollten versuchen, auch bei der Analyse und den Diskussionen unter uns solidarisch miteinander zu reden und die Unterschiedlichkeiten auszuhalten. Und diese auch konstruktiv zu nutzen im Sinne einer Vielfalt, einer Pluralität von Positionen, die zu einem Ziel führen: Frieden.

In dieser Beziehung fand ich diese Tagung sehr positiv, Dank an alle Beteiligte. Ich habe zu Syrien Diskussionen in anderer Art erlebt. Das konstruktive Miteinander ist gut.

Was nicht heißt, dass Kritikpunkte nicht benannt werden sollen. Ich fand es ausgesprochen gut und hilfreich, dass die Kritikpunkte, z.B. zu Adopt a Revolution, deutlich formuliert worden sind. Man muss sie nicht teilen, man kann sich damit auseinandersetzen, aber sie müssen auf den Tisch. Es gibt sie ja zumindest in Teilen der Friedensbewegung und sie sollten auch sehr ernst genommen werden, wenn man sich mit diesen Prozessen auseinandersetzt. Die Vielzahl, Fülle der Argumente heute war bereichernd auch zur eigenen Positionsfindung für die weiteren Diskussionen und Auseinandersetzungen.

3. Für uns steht im Mittelpunkt die Politik des deutschen Parlaments. Die Kritik an der Beteiligung im Syrienkrieg muss in aller Schärfe formuliert werden. Da muss gesagt werden, dass die Bundesregierung sich erneut an einem völkerrechtswidrigen Kriegs beteiligt, mit den Flugzeugen, mit der Marine, mit den ganzen Beobachtungen, mit den Awacs usw. Diese Kritik sollten wir in keiner Weise zurücknehmen. Das ziehe ich aus unserer Diskussion. Wir müssen uns nicht für "Assad" entschuldigen, wenn wir mit der Bundesregierung kommunizieren. Diese Kritik ist unsere Pflicht, unsere friedenspolitische Pflicht.

Das führt zu dem Punkt: Friedensbewegung steht immer für Dialog und Verhandlung. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, wo es Kritik daran gab, dass die Regierung von Nordkorea mit den Amerikanern verhandelt hat. „Man verhandelt doch nicht mit denen, die einem gerade Bomben auf den Kopf werfen oder werfen wollen", hieß es da. Natürlich ist es richtig, dass sie verhandelt haben, die Geschichte hat ihnen Recht gegeben. Verhandlungen und Dialog sind auch in diesem Fall der einzige Ausweg aus dem Konflikt. In welcher Form die Verhandlungen stattfinden – national, international, Teilverhandlungen wie Astana oder unter UN Regie wie in Genf, da würde ich für größte Pluralität plädieren. Das muss man alles ausprobieren. Wenn uns Astana ein bisschen näher zu Waffenstillstand führt oder zu einem eingefrorenen Konflikt führt, dann ist das doch gut. Jeder Tag, jede Minute, wo Menschen nicht sterben, ist ein kleiner Schritt, den wir wollen. Wenn es Verhandlungsmodule gibt, vielleicht dadurch, dass die neue US-Regierung sich wieder stärker an diesem Prozess beteiligt, ist das aus meiner Sicht nur sinnhaft. Das ändert nichts an meiner Einschätzung der prinzipiellen Kriegsorientierung der Trump Administration. Verhandlungen und Dialog, wie und wo auch immer sind auf jeden Fall die Alternative zu mehr Krieg und zu mehr Waffen.

4. Wir müssen die Rüstungsexportfrage immer wieder in den Mittelpunkt stellen. Dieser ungeheure Skandal, dass wir Waffen in diese Region liefern, darf nicht einen Moment vergessen werden. Wir haben eine tolle Kampagne gegen die Rüstungsexporte, sie sollte weiter verbreitet werden. Das Thema muss immer wieder in alle Aktivitäten einfließen. Wer Rüstung exportiert, leistet einen Beitrag zum Morden. Das muss ganz deutlich formuliert werden.

Praktisch heißt das, dass

1. die wichtigen Beiträge von heute sollten zusammengefasst werden, damit wir sie als gutes Argumentationsmaterial nutzen können;

2. dass wir uns in Wahlkampf einmischen mit den verschiedensten Möglichkeiten, die wir haben;

3. dass wir die Diskussion um das Bundestagsmandat und seine Verlängerung führen sollen.

Welche Abgeordnete gegen den Einsatz sind, das wird man dann sehen. Vielleicht kann man auch bei einer oppositionellen SPD mehr verändern.

Viele hier haben wirklich wichtige, gute Beiträge geleistet. Damit öffne ich zum Plenum.

Susanne Grabenhorst ist 2. Vorsitzende der IPPNW Deutschland.

Reiner Braun war langjähriger Geschäftsführer bei der IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms) und ist Co-Vorsitzender des International Peace Bureau.

WEITERE BEITRÄGE

Die Friedenslogik und die deutsche Syrienpolitik – eine (methodische) Reflexion

Elise Kopper

Als wir, das Team von „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“, unsere Kampagne vor nun fast einem Jahr offiziell starteten, war uns sehr bewusst, dass wir uns mit Syrien ein in vielerlei Hinsicht sehr schwieriges Thema ausgesucht hatten. Die vielleicht schwierigste Frage, die wir uns stellten und die seitdem auch von Dritten immer wieder an uns herangetragen wird, ist dabei wohl die nach den realen Möglichkeiten, den Syrienkonflikt mit all seinen Ebenen auf zivile, gewaltfreie Art lösen zu können – ohne den Einsatz militärischer Gewalt. Können wir als deutsche Friedensbewegung, als Kampagne, überhaupt Antworten auf diese Frage finden? Für einen Konflikt, der seit so vielen Jahren schon so gewaltsam geführt wird, bei dem so viele mächtige staatliche und nicht-staatliche Akteur*innen mit so vielen widerstreitenden Interessen involviert sind? Bei dem die Menschen vor Ort von so vielen Seiten durch militärische und terroristische Gewalt so unmittelbar bedroht werden? Bei dem auch die Vereinten Nationen als Vermittlerin kaum weiterkommen? Bei dem selbst Expert*innen aus der Friedensszene und aus unseren eigenen Reihen an ihre Grenzen stoßen und kaum noch wissen, wie sie die Ideen des Pazifismus und der Gewaltfreiheit glaubwürdig vertreten können? Wir haben für uns entschieden: Ja – wir wollen versuchen, zumindest einen Beitrag dazu zu leisten, dass diese Antworten gefunden werden. Und wir wollen uns dabei insbesondere auf die deutsche Politik konzentrieren, denn hier sehen wir für uns die meisten Handlungs- und Einflussmöglichkeiten für eine Politikveränderung.

Wie also nun an diese zentrale Frage herangehen? Wie zivile Handlungsmöglichkeiten für die deutsche Syrienpolitik entwickeln? Eine erste, umfangreichere Sammlung an Vorschlägen haben wir bereits im März 2017 in unserem Forderungspapier „Nicht den Krieg befeuern, sondern den Frieden fördern“[37] zusammengestellt. Sie unterfüttern unsere drei Kernforderungen mit konkreten Handlungsempfehlungen und Forderungen an die deutsche Politik. Dieses Papier ist zwar noch kein allumfassendes Konzept, kein ausgefeilter pazifistischer „Friedensplan“ für Syrien (wenn es einen solchen überhaupt geben kann) oder die deutsche Syrienpolitik. Und es beansprucht auch nicht für sich, der Weisheit letzter Schluss zu sein. Aber es ist ein Versuch, aus der Logik des Krieges und der Militäreinsätze auszubrechen und unsere Politiker*innen mit zivilen Handlungsalternativen überhaupt erst einmal in Berührung zu bringen. Denn ein Verharren im Status Quo, in dem auf Terrorismus und Gewalt mit immer noch mehr Gewalt von unserer Seite geantwortet wird, wird – davon sind wir überzeugt – nicht zum Frieden beitragen. Und jede Anstrengung, dem Entgegenzuwirken und gewaltfreie Gedanken und Alternativen zu entwickeln, ist eine Arbeit, die sich lohnt.

In diese Reihe der Anstrengungen zur Weiterentwicklung der zivilen Lösungen für Syrien sollte sich auch unsere Aktionskonferenz in Köln einordnen. Ursprünglich umfangreicher geplant, mussten wir das Programm am Ende aus organisatorischen und finanziellen Gründen deutlich kürzen. Auf einen Programmpunkt wollten wir dabei jedoch nicht verzichten: Die Integration des Konzepts der Friedenslogik. Vielen aus dem Vorbereitungsteam der Konferenz war das theoretische Konzept der Friedenslogik bereits seit längerem bekannt. Deshalb waren wir gespannt darauf, ob und inwiefern sich die Friedenslogik auch auf unser Kernthema, die deutsche Syrienpolitik, herunterbrechen ließe und welche Antworten auf unsere Fragen uns dieser Transfer bringen würde.

Das Projekt „Friedenslogik weiterdenken – Dialoge zur Friedensarbeit und Politik“ der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung bot dafür den idealen Anknüpfungspunkt. Es war bereits im vergangenen Jahr in der Mitgliedschaft der Plattform angedacht und Anfang 2017 offiziell mit einer Veranstaltungsreihe gestartet worden. Unsere Aktionskonferenz war eine der ersten Veranstaltungen innerhalb dieser Veranstaltungsreihe und damit auch so etwas wie ein Testballon.

[37] (http://www.macht-frieden.de/sites/default/files/inline-files/MACHT_FRIEDEN_Forderungspapier_Maerz_2017.pdf

Eine*n Referent*in für den geplanten Beitrag "Wofür wir uns stark machen wollen: Wie könnte deutsche Syrienpolitik friedenslogisch aussehen?“ zu finden, gestaltete sich dann allerdings doch schwieriger als gedacht. Alle angefragten Referent*innen waren zwar durchaus sehr interessiert an der Fragestellung, entschieden sich aber dann doch dagegen, die Anfrage anzunehmen: Zu umfassend erschien die Aufgabe im Angesicht nur begrenzter Vorbereitungszeit, der Komplexität der Fragestellung und dem eigenen Arbeitsanspruch. Also entschieden wir uns, einen anderen Weg zu gehen: Nicht den Teilnehmenden eine schon fertige „friedenslogische Abhandlung“ der deutschen Syrienpolitik zu präsentieren, sondern die Frage für das Publikum zu öffnen – ganz im Sinne des Projekttitels „Dialoge zur Friedensarbeit und Politik“. Nach einer kurzen Einführung in das Konzept der Friedens- und Sicherheitslogik entlang der fünf Kernfragen (s. auch den Beitrag „Wofür wir uns stark machen wollen“) waren also die Teilnehmenden gefragt: Wie sieht die deutsche Syrienpolitik derzeit aus – eher sicherheitslogisch oder eher friedenslogisch? Falls ersteres, wie könnte deutsche Syrienpolitik friedenslogisch aussehen? Und welche Antworten auf die Kernfragen der Friedenslogik können wir für die deutsche Syrienpolitik finden?

Zunächst war geplant, dass die Antworten auf die fünf Kernfragen auf Zuruf notiert und auf den vorbereiteten Stellwänden (jeweils eine für die sicherheitslogischen und eine für die friedenslogischen Antworten) gesammelt werden sollten. Doch auf Wunsch der Teilnehmenden wurde die Methodik leicht abgeändert: Die Teilnehmenden bekamen zunächst ca. 20 Minuten Zeit, sich für sich selbst oder in Murmelgruppen mit den Sitznachbar*innen über die Fragen zu beraten, ihre Antworten auf Moderationskarten zu notieren und sie dann selbst an den Stellwänden zu sortieren und zu befestigen. So ergaben sich bereits während des Sammlungsprozesses Gespräche unter einzelnen Teilnehmenden und an den Stellwänden schließlich eine sehr reichhaltige Sammlung an Ideen, sowohl auf der Seite der Sicherheitslogik als auch auf der Seite der Friedenslogik. In der anschließenden Plenumsdiskussion über die Ergebnisse blieb die Debatte gleich an der ersten Kernfrage hängen: „Was ist das Problem?“ In der Diskussion, die auch in dieser Dokumentation abgedruckt ist, wurde rasch deutlich: Diese einfach, vielleicht zu einfach formulierte Frage, birgt enormes Potential für unterschiedliche Verständnisse und auch Missverständnisse. So fanden sich ähnliche oder gar gleiche Antworten auf diese Frage auf beiden Stellwänden. Danach müsste das Konzept der Friedenslogik auf die Frage nach dem Problem dieselbe Antwort geben wie die Sicherheitslogik – ein Phänomen, das eigentlich durch die zugrundeliegende Theorie sehr unwahrscheinlich, wenn nicht ausgeschlossen sein müsste. [Oder? Diese Frage geben wir hiermit gerne an den Fachrat des Projektes weiter.] Außerdem scheint die Formulierung der Frage dazu anzuregen, gedanklich ein „eigentlich“ dazu zu denken. „Wo ist das *eigentliche* Problem (hinter dem wahrnehmbaren, vielleicht auch sichtbaren Missstand)?“ Das verleitet dazu, nicht nach dem beobachteten Problem an sich, sondern bereits hier und nicht erst in der Anschlussfrage nach den Ursachen des Problems zu fragen – was dann je nach Reichweite der Gedanken und politischer Ausrichtung des jeweiligen Menschen auch schon mal die sicherlich nicht ganz abwegige, für eine konkrete Fragestellung aber vielleicht nicht immer weiterführende, allumfassende Antwort hervorbringen kann: der Kapitalismus! Hier wollen wir den Fachrat dazu anregen, die Formulierung der ersten Kernfrage noch einmal zu überdenken und/oder sie mit erklärenden Unterfragen und/oder Beispielen zu unterfüttern.

Welche Erkenntnisse in Bezug auf zivile Lösungen für Syrien haben wir nun mit diesem friedenslogischen Programmpunkt auf unserer Aktionskonferenz gewonnen? Hat er uns in unserem oben beschriebenen Bestreben, konkrete pazifistische Ideen zur Lösung der Konflikte in Syrien und zur Ausrichtung der deutschen Syrienpolitik zu finden, weitergebracht? Auf den ersten Blick sieht die Antwort da erst einmal ernüchternd aus. Nein – so reichhaltig die gesammelten Ideen auf den Pinnwänden auch sind und so spannend es war, darüber zu diskutieren: Eine umfassende Skizze einer friedenslogischen deutschen Syrienpolitik haben wir daraus weder in der Kürze der Zeit in Köln noch im Nachhinein mit mehr Ruhe zu zeichnen vermocht. Und auch wenn diese umfassende Skizze nicht unbedingt unser Anspruch war (und für einen gerade mal einstündigen Programmpunkt auch nicht sein konnte), so mag dieses Ergebnis sowohl für die Organisator*innen der Konferenz als auch für die

Teilnehmenden erst einmal etwas unbefriedigend sein. Auf den zweiten Blick zeigen sich dann jedoch auch ein paar Aspekte, die uns darin bestärken dürfen, dass es sich doch gelohnt hat, die Friedenslogik ins Programm aufzunehmen:

- Wir als Kampagne und als Organisator*innen der Konferenz haben einen neuen Auftrag bekommen: Wir haben von vielen Seiten das Feedback bekommen, dass es gut sei, dass das überhaupt mal jemand in Angriff nehme: Die Friedenslogik auf Syrien und die deutsche Syrienpolitik herunterzubrechen. Und wir werden dazu ermuntert, die vielen Fragen, die sich auch im Rahmen der Konferenz ergeben haben, weiterzuverfolgen und (möglichst bald) auch zu beantworten. Denn nicht zuletzt im Dialog mit der Politik würden uns – so auch die Einschätzungen von außen – theoretisch fundierte und praktisch durchdekliniert friedenslogische Antworten enorm weiterhelfen.
- Wir haben eine Herausforderung bekommen: Um diese friedenslogischen Antworten zu finden und eine umfassendere friedenslogische Skizze zu entwickeln, müssen wir (als Kampagne) wohl noch einmal andere Formate des Dialogs hinzuziehen: Sehr hilfreich wäre dabei eine kleine Runde aus Expert*innen der Friedenslogik, des Syrienkonflikts und der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die für einen Tag (oder gerne auch länger) zu einem Workshop zusammenkämen und ihre Expertise zusammenbrächten. Ob wir so etwas auf die Beine stellen können? Wir nehmen es auf jeden Fall als Herausforderung mit.
- Und wir haben einen Prozess begonnen: Neben uns, den Organisator*innen, und den anderen Teilnehmenden der Konferenz beschäftigen sich nun auch die Leser*innen dieser Dokumentation mit dem Komplex Syrien und Friedenslogik. Dies, so hoffen wir, bringt andere, neue friedenslogische Denkprozesse in Gang, die anderswo geführt werden mögen, aber ihren Ursprung womöglich in Köln haben.

Und auch für künftige Veranstaltungen im Rahmen der Friedenslogik-Reihe haben wir ein paar Erkenntnisse gewonnen:

- Für einen so offenen Prozess zur Beantwortung der friedenslogischen Kernfragen, wie wir ihn praktiziert haben, braucht es viel, viel mehr Zeit. Gerade für so ein komplexes Problem wie Syrien und die deutsche Rolle am Konflikt. Diese Erkenntnis mag nicht gerade überraschend sein. Aber unsere Erfahrung verdeutlicht noch einmal: Es bringt wenig, sich bei der Beantwortung solcher Fragen zu hetzen und dann nur oberflächliche Antworten zu finden. Lieber sollte man sich Zeit nehmen und sich zunächst auf eine – möglichst die erste – Kernfrage konzentrieren. Und erst wenn diese befriedigend beantwortet ist, zur nächsten übergehen.
- Die konkrete Fragestellung bzw. die explizite Beschränkung und Benennung des Problemfelds, an dem gearbeitet werden soll, ist, wie so oft, enorm wichtig. In unserer Diskussion wurden z.B. häufiger die Ebenen gewechselt, mal der Syrienkonflikt als solcher, mal die deutsche Syrienpolitik problematisiert – ein klares Indiz dafür, dass die Fragen an die Teilnehmenden nicht konkret genug gestellt bzw. der Arbeitsauftrag nicht eindeutig war(en).
- Eine Herausforderung kann auch der unterschiedliche Erfahrungs- und Wissenshintergrund der Teilnehmenden an einem solchen Prozess sein – sowohl in Bezug auf fachliches Wissen zum Thema als auch in Bezug auf Denk- und Arbeitsgewohnheiten. Ist die Teilnehmer*innenschaft zu heterogen, kann das zwar einerseits viele neue Blickwinkel bringen, andererseits aber auch den Prozess der friedenslogischen Deklination an bestimmten Punkten aufhalten oder sogar ganz zum Stillstand bringen. In unserem Fall bestand die Teilnehmer*innenschaft aus gut 50 Menschen zwischen schätzungsweise 20 und 80; die hauptsächlich, aber nicht nur, aus den Kreisen der Friedensbewegung stammten; geschlechtergemischt; mit einigen Studierenden sowie vereinzelten Menschen mit syrischem Hintergrund; aus Köln, Bonn und Umgebung. Das Hintergrundwissen in Bezug auf Syrien und die deutsche Syrienpolitik war dabei, wie in den Diskussionen durchschien, recht unterschiedlich – sowohl in Bezug auf Detailkenntnisse als auch auf die persönliche Einschätzung der Lage. So ergaben sich auch bei der Beantwortung der Fragen

zum Teil fundamentale Unterschiede.

- Interesse und Bereitschaft, sich auch als „Otto-Normalbüger*in“ oder auch als friedensbewegter*r Aktivist*in auf friedenslogische Denkprozesse einzulassen, ist durchaus vorhanden. Auch wenn das Konzept in seiner Sprache manchmal etwas akademisch daherkommen mag – es hat doch eine gewisse Faszination auf viele Menschen, mit Hilfe eines Rasters komplexe gesellschaftliche Probleme „abzuarbeiten“. Hilfreich wäre es jedoch, wie oben bereits erwähnt, dieses Raster noch handhabbarer zu machen. Dies gelingt vermutlich am besten an einem (oder mehreren) Beispiel-Problem(en), an dem (oder denen) alle fünf Kernfragen und ihre Antworten durchdekliniert werden. Und auch mit der Gefahr, dass eine solche Vorgabe die eigenen Gedanken zu sehr in zu enge Bahnen lenken könnte – so hat man, gerade als Friedenslogik-Neuling, zumindest schon einmal ein Muster im Kopf, an dem man sich orientieren und von dem man sich dann mit etwas Übung auch gut wieder lösen kann.

Insgesamt haben wir – so hoffen wir zumindest – mit dem Friedenslogik-Programmpunkt sowie der Aktionskonferenz an sich einen bescheidenen Beitrag dazu geleistet, die Friedenslogik und ihre Fragen sowohl als solche als auch in Bezug auf Syrien weiterzuverbreiten und weiterzudenken – auch hier wieder ganz im Sinne des Projekttitels. Und wir hoffen, dass dies nicht das Ende, sondern der Anfang dazu ist, Friedenslogik, Syrienkonflikt und deutsche Syrienpolitik zusammenzudenken. Alle Teilnehmenden und auch alle Leser*innen dieser Dokumentation sind hiermit herzlich dazu eingeladen, uns ihre Gedanken dazu zukommen zu lassen. Sie sind uns für die (Weiter-)Entwicklung der friedenslogischen Skizze einer deutschen Syrienpolitik sehr willkommen! Kontakt: info@macht-frieden.de.

Elise Kopper arbeitet beim Netzwerk Friedenskooperative und als Campaignerin für die Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“.

Auswertung des Abstimmungsverhaltens zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Bundestag

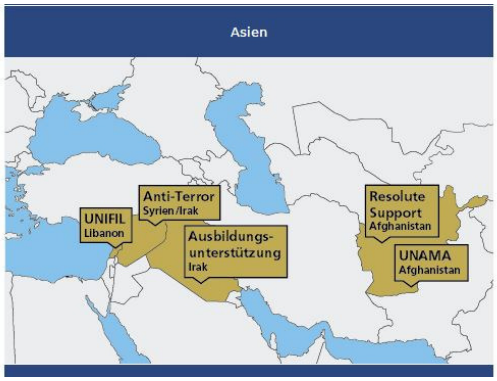
Ulrich Wohland

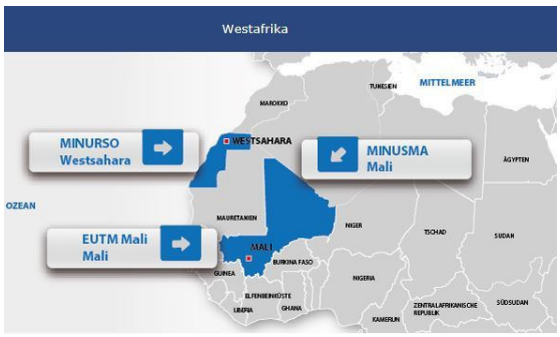
Das Folgende ist ein Powerpoint-Vortrag, den Uli Wohland bei der Planungskonferenz der Syrien-Kampagne am 14.01.2017 in Köln gehalten hat.

Grundannahme der Kampagne

- Die Bundeswehr ist eine sogenannte „Parlamentsarmee“, d.h. ihre Einsätze müssen vom Bundestag genehmigt werden.
- Diese Genehmigungen werden regelmäßig im Jahresturnus wiederholt.
- Das heißt, der Bundestag hat im Prinzip die Möglichkeit, einen Bundeswehreinsatz zu beenden.
- Die Kampagne hat als eines ihrer Ziele, möglichst viele Abgeordnete zu bewegen, gegen einen Bundeswehreinsatz zu stimmen. Im konkreten Fall zu dem Syrienmandat.
- Die Bewilligungen zum Syrienmandat finden im letzten Drittel des Jahres statt. Die erste Abstimmung erfolgte am 16.12.2015.
- Über die Gespräche mit den Abgeordneten (Lobbyarbeit) soll eine öffentliche Debatte über das Für und Wider des Einsatzes, bzw. über zivile Alternativen der Konfliktbearbeitung (ZKB), angestoßen werden.

Bundeswehreinsätze im Nahen Osten und Westafrika (weltweit ca. 15 Einsätze)





Historischer Ausflug – Abstimmungsverhalten der SPD im 1. Weltkrieg

25.07.1914	Die SPD: „Gefahr im Verzug: Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. … Wir wollen keinen Krieg!“
04.08.1914	Die SPD-Fraktion im Reichstag erklärte geschlossen ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten.
02.12.1914	Karl Liebknecht stimmt als Einziger innerhalb der SPD-Fraktion gegen die Bewilligung weiterer Kriegskredite.
Dezember 1915	Die Zahl der Gegenstimmen innerhalb der SPD ist auf 44 angewachsen.
Januar 1916	Die Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Reichstag entziehen Liebknecht die

	Rechte eines Fraktionsmitgliedes.
März 1916	Es werden 18 Abgeordnete aus der SPD-Fraktion verbannt.
06.04.1917	Es Kommt zur Abspaltung der USPD (Unabhängige-SPD) von der MSPD (Mehrheits-SPD).

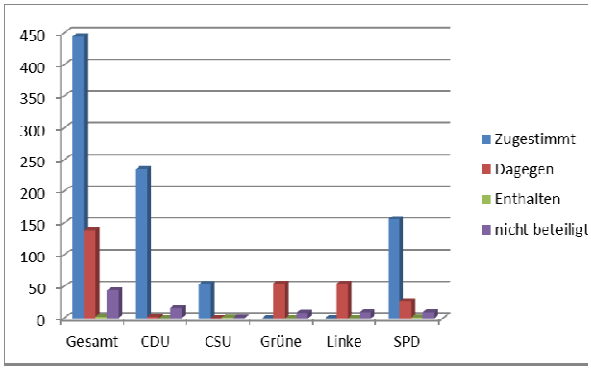
Abstimmungsergebnisse zum Syrien-Mandat - im Vergleich

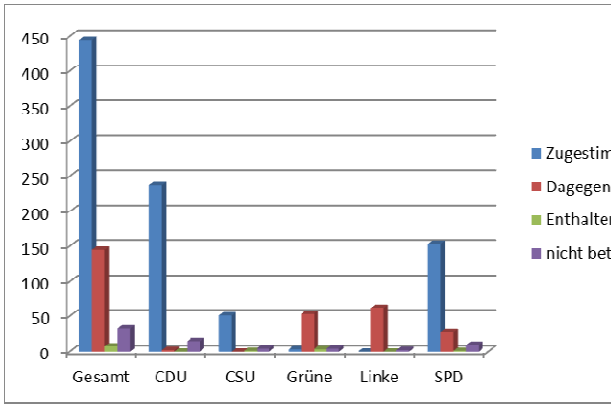
10.11.2016	Zugestimmt	Dagegen	Enthalten	Nicht beteiligt
CDU	235	2	0	17
CSU	54	0	1	1
Grüne	0	55	0	8
Linke	0	55	0	9
SPD	156	27	1	9
Gesamt	**445**	**139**	**2**	**44**

04.12.2015	Zugestimmt	Dagegen	Enthalten	Nicht beteiligt
CDU	238	2	0	14
CSU	51	0	1	4
Grüne	3	53	3	4
Linke	0	62	0	2
SPD	153	28	1	9
Gesamt	**445**	**145**	**7**	**33**

	Zustimmung	**Dagegen**	**Enthalten**	**Nicht anwesend**	**Summe**
Syrien					
2016	**445**	**139**	**2**	**44**	**630**
2015	**445**	**145**	**7**	**43**	**640**

	Zustimmung	Dagegen	Enthalten	Nicht anwesend	Summe
Afghanistan					
2016	467	101	9	53	630
2015	480	112	10	28	630
2014 Dez	472	102	18	37	629
2014 Feb	498	84	17	32	631
2013	435	111	39	35	620
2012	424	107	38	51	620
2011	407	113	33	68	621





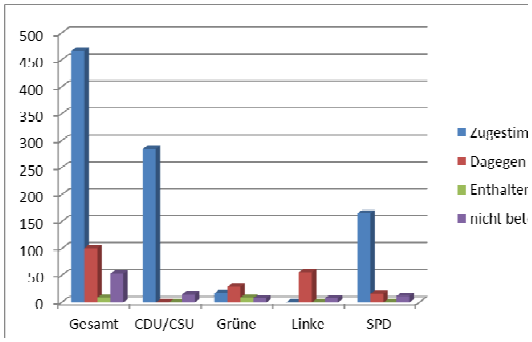
Abstimmung im Deutschen Bundestag über den Einsatz deutscher Streitkräfte gegen den IS in Syrien (Ohne Grüne und Linke, die geschlossen dagegen gestimmt haben)

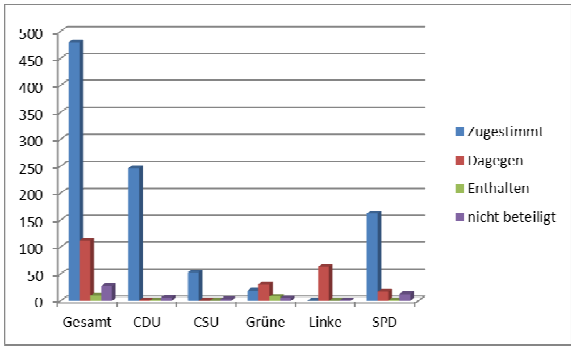
Gegenstimmen

CDU/CSU	
Martin Patzelt	Frankfurt (Oder)/Oder-Spree
Hans-Georg von der Marwitz	Märkisch-Oderland - Barnim II
SPD	
Ulrike Bahr	Augsburg-Stadt
Klaus Barthel	Starnberg
Dr. Ute Finckh-Krämer	Berlin-Steglitz-Zehlendorf
Michael Gerdes	Bottrop - Recklinghausen III
Wolfgang Gunkel	Erzgebirgskreis I
Rita Hagl-Kehl	Deggendorf
Dirk Heidenblut	Essen II
Gabriele Hiller-Ohm	Lübeck
Frank Junge	Ludwigslust-Parchim II - Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I
Thomas Jurk	Görlitz
Ralf Kapschack	Ennepe-Ruhr-Kreis II
Cansel Kiziltepe	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost
Hilde Mattheis	Ulm

Klaus Mindrup	Berlin-Pankow
Markus Paschke	Unterems
Christian Petry	St. Wendel
Jeannine Pflugradt	Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III
Andreas Rimkus	Düsseldorf I
René Röspel	Hagen - Ennepe-Ruhr-Kreis I
Sarah Ryglewski	Landesliste
Johann Saathoff	Aurich - Emden
Swen Schulz	Berlin-Spandau-Charlottenburg Nord
Ewald Schurer	Erding - Ebersberg
Stefan Schwartze	Herford - Minden-Lübbecke II
Sonja Steffen	Vorpommern-Rügen - Vorpommern-Greifswald I
Andrea Wicklein	Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II
Waltraud Wolff	Börde - Jerichower Land

Abstimmung im Bundestag über den Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan





Abstimmungen Afghanistan 2016-2008

2016	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
CDU/CSU	285	0	0	15
Grüne	17	29	9	8
Linke	0	56	0	8
SPD	165	16	0	12
Gesamt	**467**	**101**	**9**	**53**

2015	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
CDU	246	1	1	6
CSU	53	0	0	3
Grüne	19	31	8	5
Linke	0	63	0	1
SPD	162	17	1	13
Gesamt	**480**	**112**	**10**	**28**

Dez. 2014	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
CDU	242	1	0	11
CSU	53	0	0	3
Grüne	9	34	17	3
Linke	0	54	0	10
SPD	168	13	1	10
Gesamt	**472**	**102**	**18**	**37**

Feb 2014	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
CDU	249	1	0	1
CSU	53	0	0	3
Grüne	35	10	14	4
Linke	0	57	0	7
SPD	161	16	3	13
Gesamt	**498**	**84**	**17**	**32**

2013	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
Fraktionslos	0	1	0	0
CDU	185	1	0	7
CSU	43	1	0	0
Grüne	12	21	31	4
Linke	0	68	0	7
SPD	108	18	7	13
FDP	87	1	1	4
Gesamt	**435**	**111**	**39**	**35**

2012	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
Fraktionslos	0	0	0	1
CDU	175	2	1	15
CSU	41	1	0	2
Grüne	10	19	30	9
Linke	0	66	0	9
SPD	113	18	6	9
FDP	85	1	1	6
Gesamt	**424**	**107**	**38**	**51**

2011	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
Fraktionslos	0	1	0	0
CDU	178	2	1	13
CSU	39	0	0	5
Grüne	15	21	24	8
Linke	0	63	0	12
SPD	93	26	6	21
FDP	82	0	2	9
Gesamt	**407**	**113**	**33**	**68**

2009	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
Fraktionslos	0	3	0	1
CDU	158	3	2	14
CSU	42	1	0	3
Grüne	30	9	8	4
Linke	0	48	0	5
SPD	184	17	2	18
FDP	46	1	3	11
Gesamt	**460**	**81**	**15**	**56**

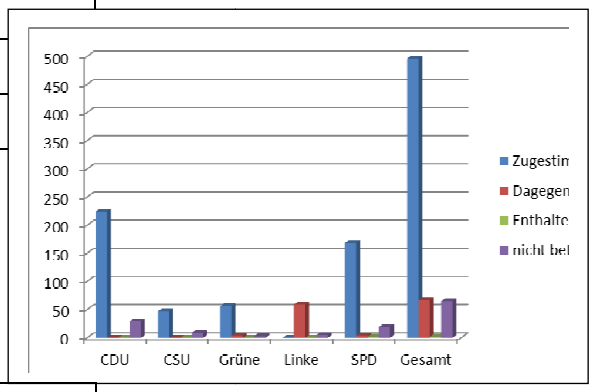
2008	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
Fraktionslos	1	2	0	0
CDU	161	3	3	10
CSU	40	2	1	3
Grüne	15	11	23	2
Linke	0	52	0	1
SPD	179	20	5	17
FDP	46	6	0	9
Gesamt	**442**	**96**	**32**	**42**

2007	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
Fraktionslos	1	1	0	1
CDU	159	3	3	13
CSU	42	1	0	3
Grüne	15	7	28	1
Linke	0	51	0	2
SPD	186	13	13	9
FDP	50	3	4	4
Gesamt	**453**	**79**	**48**	**33**

2006	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
Fraktionslos	1	2	0	0
CDU	161	2	0	16
CSU	381	1	1	6
Grüne	42	7	1	1
Linke	0	49	0	4
SPD	198	7	4	12
FDP	52	3	3	3
Gesamt	**492**	**71**	**9**	**42**

Abstimmungsverhalten zum Einsatz in Mali

12.05.2016	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
CDU	224	0	0	29
CSU	47	0	0	9
Grüne	56	4	0	3
Linke	0	59	0	5
SPD	168	4	2	19
Gesamt	**496**	**67**	**2**	**65**



28.01.2016	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
CDU	234	0	0	19
CSU	48	0	0	8
Grüne	57	0	3	3
Linke	0	58	0	6
Fraktionslos	1	0	0	0
SPD	164	7	3	19
Gesamt	**504**	**65**	**6**	**55**

19.06.2015	**Zugestimmt**	**Dagegen**	**Enthalten**	**nicht beteiligt**
CDU	247	0	0	7
CSU	54	0	0	2
Grüne	55	3	2	3
Linke	0	57	0	7
Fraktionslos	1	0	0	0
SPD	171	5	2	15
Gesamt	**528**	**65**	**4**	**34**

Parteitage

Grüne

16.06. - 18.06.2017: 41. Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin
20.10. - 22.10.2017: 42. Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin
11.-13.11. 2016 in Münster
20.-22.11. 2015 in Halle/Saale

Linke

10.-11.06.2017 in Hannover
28.-29.05.2016 in Magdeburg
06.-07.06. 2015 in Bielefeld
09.-11.05. 2014 in Berlin

SPD

29.05.2017 in Berlin. Geplant ist die Verabschiedung des Wahlprogramms
10.-12.12.2015 (37. Bundesparteitag) in Berlin

Möglichkeiten für Aktionen vor dem EU-Parlament

Plenarsitzungen in 2017 In den Kalenderwochen:
3, 7, 9, 11, 14, 17, 20, 24, 27, 37, 43, 46, 48, 49, und 50

Ziel der Aktionen: eine mögliche PM des EU-Parlaments, wie z.B.:

Pressemitteilung des EU-Parlaments vom 6.10.2016

Pressemitteilung

Syrien: Russland und das Assad-Regime müssen Angriffe auf Zivilisten stoppen

Plenartagung [06-10-2016 - 12:42]

Die Abgeordneten rufen alle Konfliktparteien im Krieg in Syrien und insbesondere Russland und das Assad-Regime dazu auf, sämtliche Angriffe auf Zivilisten zu unterlassen. So steht es in einer am Donnerstag angenommenen Entschließung. Das Parlament verurteilt die jüngsten Angriffe auf Krankenhäuser und einen Hilfskonvoi und verlangt von allen Mitgliedern der Internationalen Unterstützungsgruppe für Syrien, die Verhandlungen über die Schaffung einer stabilen Waffenruhe wiederaufzunehmen.

Die Abgeordneten verurteilen auf Schärfste sämtliche Angriffe gegen Zivilisten und gegen die zivile Infrastruktur sowie die vor kurzem erfolgten Angriffe auf einen Hilfskonvoi und auf ein Lager des Roten Halbmonds bei Aleppo, wobei es sich möglicherweise um Kriegsverbrechen handelt. Sie fordern, dass die für Kriegsverbrechen und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verantwortlichen Konsequenzen tragen und zur Rechenschaft gezogen werden;

Sie fordern „alle Konfliktparteien und insbesondere Russland und das Assad-Regime auf, sämtliche Angriffe auf Zivilisten und die zivile Infrastruktur – darunter auch Anlagen zur Wasser- und Stromversorgung – einzustellen, unverzüglich verlässliche Maßnahmen zur Einstellung der Kampfhandlungen zu ergreifen, alle Belagerungen aufzuheben und Hilfsorganisationen einen schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang zu sämtlichen Notleidenden zu gewähren."

In der Entschließung verlangen sie zudem, dass alle Mitglieder der Internationalen Unterstützungsgruppe für Syrien „die Verhandlungen über die Schaffung einer stabilen Waffenruhe wiederaufnehmen und sich stärker um eine dauerhafte politische Lösung für Syrien bemühen." Die EU sollte „eine größere Rolle in den Vermittlungsbemühungen um ein Friedensabkommen für Syrien spielen", fügen die Abgeordneten hinzu.

Die Entschließung wurde mit 508 Stimmen verabschiedet, bei 50 Gegenstimmen und 56 Enthaltungen.

Vorsichtige Einschätzung zur Syrien-Abstimmung

- Stabile Gesamtzahlen bei den Abstimmungen 2015 und 2016 trotz deutlich veränderter Kontextbedingungen.
- Geschlossen einheitliche Abstimmung der Grünen und der Linken gegen das Mandat 2016, anders als 2015.
- Bei den Grünen gab es in den vergangenen 5 Jahren kein einheitliches Abstimmungsverhalten zu Afghanistan oder zu Mali, aber bei der 2. Syrien-Abstimmung. (Hintergrund könnten die Auseinandersetzungen um das Besuchsrecht von Abgeordneten in der Türkei sein)
- Insgesamt positiveres Abstimmungsverhalten zu Syrien als bei der Afghanistan -Abstimmung. Weniger Abgeordnete sind für das Syrienmandat, als 2014 / 2015 / 2016 für den Afghanistan Einsatz gestimmt haben.
- Die meisten der Abgeordneten der SPD (bzw. CDU), die gegen den Syrieneinsatz gestimmt haben, sind uns im Kampagnenrat persönlich nicht näher bekannt. Zu fast niemandem pflegen wir regelmäßige Kontakte (Ausnahme z.B. Ute Finckh-Krämer).
- Die meisten der Abgeordneten der SPD, die gegen das Syrienmandat gestimmt haben, kommen aus Ost-Deutschland. Unklar bleibt, wieso.

Vorschläge für die Kampagne

- Mit der Fraktionsspitze von Grünen und Linken sollten wir im Wahlkampf 2017 intensiv Kontakt halten.
- Mit den „Nein-Sager*innen“ aus den Fraktionen sollten wir persönlich Kontakt halten.
- Auch wäre es sinnvoll, bei der CDU und bei der SPD zu erfahren, was die jeweiligen Abgeordneten bewogen hat, mit „Nein“ zu stimmen oder sich zu enthalten.
- Bei der CDU / SPD / Grünen sollten wir die Namen identifizieren, die „immer“ also auch bei Afghanistan und bei Mali u.s.w. mit Nein stimmen.
- Die Abgeordneten des Bundestages sollten wir nach dem Ampelsystem einstufen:
  grün „gegen Bundeswehreinsätze“
  gelb „zu gewinnen“

  rot „für Bundeswehr - Einsätze“
- Für die jeweiligen Kategorien gilt es, spezifische Gesprächsstrategien zu entwickeln. Insbesondere für die „grün“ eingestuften. Wie können wir die Abgeordneten in ihrem Abstimmungsverhalten stabilisieren?
- ***These:*** *Insgesamt bisher begrenzter Einfluss der Friedensbewegung auf das Abstimmungsverhalten bei Mandatsverlängerungen.*
- ***These:*** *Bisher hat keine systematische Lobbyarbeit der Friedensbewegung zu Bundeswehrmandaten stattgefunden.*
- ***These:*** *Das Abstimmungsverhalten ist nicht zwingend stabil. Einzelne Abgeordnete wechseln ihr Abstimmungsverhalten. Auch die Abgeordneten, die gegen die Mandate stimmen, sind nicht stabil in ihrer „pazifistischen“ Einstellung.*
- ***These:*** *Die Aktionen und die Lobbyarbeit der Kampagne stabilisieren – positiv betrachtet - das ablehnende Abstimmungsveralten der Abgeordneten und erleichtern es den Parteien (z.B. Grüne beim Syrienmandat), sich kritisch zu positionieren.*
- ***These:*** *Lobbyarbeit generell - und besonders das Graswurzel-Lobbying auf der Ebene des Wahlkreises - ist erfolgversprechend und notwendig.*

Ulrich Wohland ist freier Mitarbeiter bei der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden.

DIE TRÄGER DER KONFERENZ

MACHT FRIEDEN.

Zivile Lösungen für Syrien

Die Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ wurde Mitte 2016 ins Leben gerufen und startete offiziell am 01. September 2016, dem Internationalen Antikriegstag. Sie fordert von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages:

- das Bundeswehrmandat für Syrien nicht zu verlängern
- sich stattdessen für eine Stärkung des Friedensprozesses unter UN-Verantwortung einzusetzen, in den die syrische Zivilgesellschaft angemessen einzubeziehen ist
- sowie die deutsche humanitäre Hilfe aufzustocken und gleichzeitig die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen und einzusetzen.

Unsere Vision: Ein Paradigmenwechsel in der Außenpolitik

Unsere langfristige Vision ist ein Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: Weg von der kurzsichtigen, destruktiven Politik der militärischen Auslandseinsätze hin zu einer konstruktiven, gewaltfreien, partnerschaftlichen Ausrichtung. Die Kampagne „MACHT FRIEDEN“ soll ein Baustein auf dem Weg dorthin sein, der – so hoffen wir – größere Veränderungen in Gang setzen kann.

Um ihre Ziele zu erreichen, setzt die Kampagne auf Informationsarbeit, auf gezieltes Graswurzel-Lobbying durch Friedensgruppen und Einzelpersonen in den Wahlkreisen der Abgeordneten sowie auf öffentlichkeitswirksamen Protest in Berlin und bundesweit.

Unsere Forderungen im Einzelnen

1. Keine Verlängerung des Bundeswehrmandats für Syrien

445 mal Ja, 145 mal Nein, 7 Enthaltungen: Mit diesem Ergebnis beschloss der Deutsche Bundestag am 4. Dezember 2015 das Bundeswehrmandat für einen Einsatz gegen den sogenannten Islamischen Staat in Syrien. Die Entscheidung fiel als Reaktion auf die Terroranschläge im November 2015 in Paris, völlig überhastet, ohne größere öffentliche Debatte und entgegen aller völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen und politischen Bedenken. Am Ende stand wieder ein neues militärisches Auslandsmandat, das Frieden bringen und den Terror besiegen soll – und voraussichtlich genau zum Gegenteil beiträgt. Denn die Erfahrungen aus Auslandseinsätzen wie in Afghanistan haben gezeigt: Gewalt ist nicht mit Gewalt zu bekämpfen, Terrorismus nicht mit Militärinterventionen. Im Gegenteil: Militärische Interventionen bilden den Nährboden für Terrorismus und Extremismus.

Deshalb fordern wir als ersten Schritt zum Frieden von allen Bundestagsabgeordneten: ein NEIN bei der jährlich anstehenden Abstimmung über die Verlängerung des Bundeswehrmandats für Syrien!

2. Friedensprozess unter UN-Verantwortung stärken – Zivilgesellschaft einbeziehen

Ein Nein zur militärischen Intervention erfordert gleichzeitig ein Ja zu zivilen Alternativen. An erster Stelle steht dabei für uns die Fortführung und Stärkung des Friedensprozesses unter UN-Verantwortung – und unter Beteiligung möglichst aller Konfliktparteien. Diplomatie darf sich dabei jedoch nicht auf die Ebene der Staatsoberhäupter und Militärs beschränken. Die syrische Bevölkerung und die Zivilgesellschaft inner- und außerhalb Syriens müssen dabei angemessen beteiligt werden. Gerade syrische Frauen müssen bei Friedensverhandlungen eine größere Rolle spielen.

Wir fordern von unseren Bundestagsabgeordneten, sich für diese Anliegen mit allen ihnen auf parlamentarischer Ebene zur Verfügung stehenden Mitteln und Kontakten einzusetzen. Es erfordert Mut, statt auf schnelle militärische Scheinlösungen auf die langsamer mahlenden Mühlen der Diplomatie und des Dialogs zu setzen. Doch diesen Mut und diese Geduld fordern wir ein – denn am diplomatischen Weg für einen nachhaltigen Friedensprozess führt nichts vorbei.

3. Humanitäre Hilfe aufstocken – Zivile Konfliktbearbeitung ausbauen

Zu den elementaren Grundlagen für Frieden zählt auch die sofortige Verbesserung der humanitären Situation: Der Krieg in Syrien hat bereits mehr als 400.000 Todesopfer gefordert und unzählige Menschen verletzt und traumatisiert zurückgelassen. Mehr als 11 Millionen Syrer*innen mussten seit Beginn des Krieges ihre Heimatstädte und -dörfer verlassen, mehrere Millionen von ihnen leben heute in Camps in den direkten Nachbarländern unter schwierigsten Bedingungen. Gleichzeitig sind Millionen von Menschen innerhalb Syriens weiterhin von allen Seiten der direkten Kriegsgewalt ausgesetzt. All diese Menschen benötigen dringend mehr humanitäre Hilfe.

Und nicht nur die akute Not der Menschen muss gelindert werden. Durch Zivile Konfliktbearbeitung können auch mittel- und langfristig Friedens- und Zukunftsperspektiven entstehen: zum Beispiel durch einen Stopp von Waffenlieferungen in die Region, durch Maßnahmen zur Aussöhnung und zur Reintegration ehemaliger Kämpfer*innen, durch Demokratie- und Partizipationsprojekte und durch die Förderung von Graswurzel-Friedensinitiativen vor Ort. Trotz aller Gewalt gibt es auch jetzt immer noch Inseln des gewaltfreien Widerstands in Syrien. Diese Inseln gilt es zu schützen und zu stärken. Denn ein nachhaltiger Frieden für Syrien kann nur aus der Mitte der Gesellschaft heraus entstehen.

Deshalb fordern wir von unseren Bundestagsabgeordneten: eine deutliche Erhöhung der humanitären Hilfe für Syrien und gleichzeitig den strukturellen Ausbau und die konsequente Anwendung der Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung.

Unser Selbstverständnis

Wir bekennen und verpflichten uns zum Prinzip der Gewaltfreiheit und zur Einhaltung der Menschenrechte. Wir lehnen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus, Homophobie, Altersdiskriminierung und Behindertenfeindlichkeit und jede Art von Nationalismus und Rechtspopulismus ab.

Träger*innenkreis

Getragen wird die Kampagne von mittlerweile **25 Trägerorganisationen**:

AG Frieden Trier, Arbeitsstelle Frieden der Evangelischen Landeskirche in Baden, AWC Deutschland e.V. Weltbürger & Weltbürgerinnen, Bremer Friedensforum, Bund für Soziale Verteidigung e.V., Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW), Deutsche Sektion der Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA), Deutscher Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Essener Friedensforum, Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden, Frauennetzwerk für Frieden

e.V., Friedensbüro Hannover e.V., Friedenskreis Halle, Friedenszentrum Braunschweig e.V., Gemeinschaft der Arche - Gewaltfreiheit und Spiritualität, Kooperation für den Frieden, Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V., Mönchengladbacher Friedensforum, Münchner Friedensbündnis, Netzwerk Friedenskooperative, Netzwerk Friedenssteuer, pax christi - Deutsche Sektion e.V., pax christi-Kommission Friedenspolitik, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion (WfGA)

Weitere Trägerorganisationen sind herzlich willkommen! Alle Infos zum Beitritt in den Träger*innenkreis: http://www.macht-frieden.de/informieren/traegerinnenkreis.

Kampagnenfahrplan für 2017

- Samstag, 14. Januar 2017, Köln: Treffen des Kampagnenrats und des Träger*innenkreises zur Auswertung der Kampagnenarbeit 2016 und zur Planung des neuen Kampagnenjahres 2017
- März 2017: Veröffentlichung des Forderungspapiers „Nicht den Krieg befeuern, sondern den Frieden fördern!“ (http://www.macht-frieden.de/sites/default/files/inline-files/MACHT_FRIEDEN_Forderungspapier_Maerz_2017.pdf)
- April 2017: Start der Unterschriftensammlung und Online-Petition "NEIN zum Bundeswehreinsatz in Syrien - JA zu zivilen Lösungen!" (hier unterschreiben: https://www.friedenskooperative.de/petition/nein-zum-bundeswehreinsatz-in-syrien)
- Freitag, 12. Mai 2017, Köln, Karl-Rahner-Akademie: 3. offenes Kampagnenratstreffen
- Freitag, 26. Mai 2017, Berlin: Workshop "Gewaltfrei gegen Terror? Nicht-militärische Antworten auf den sog. Islamischen Staat" im Rahmen der Friedenswerkstatt Pankow zum Evangelischen Kirchentag 2017
- Samstag, 27. Mai 2017, Berlin: Workshop "Aktiv für den Frieden! Die Kampagne "MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien" stellt sich vor" im Rahmen der Friedenswerkstatt Pankow zum Evangelischen Kirchentag 2017
- Samstag, 13. Mai 2017, Köln: Aktionskonferenz "Zivile Lösungen für Syrien - Was können wir als Friedensbewegung tun?"
- Juni 2017: Start der Postkartenaktion zur Bundestagswahl (mitmachen und Postkarten bestellen: http://www.macht-frieden.de/aktiv-werden/postkartenaktion-2017)
- Freitag, 01. September 2017: Antikriegstag und erster Kampagnengeburtstag
- Sonntag, 24. September 2017: Tag der Bundestagwahl und Ende unserer Postkartenaktion zur Bundestagswahl
- Sonntag, 15. Oktober 2017, Köln: 4. offenes Kampagnenratstreffen
- Mittwoch, 01. November 2017: Ende der Unterschriftensammlung und Online-Petition "NEIN zum Bundeswehreinsatz in Syrien - JA zu zivilen Lösungen!"
- November/Dezember, bundesweit: Aktionswoche zur Bundeswehrmandats(nicht)verlängerung. Die Aktionswoche wird wie bereits im letzten Jahr vor dem Tag der Entscheidung über die Verlängerung des Bundeswehrmandats stattfinden. Der Termin wird bekannt gegeben, sobald der Tag der Mandats(nicht)verlängerung feststeht.
- November/Dezember, Berlin: Aktionstag anlässlich der Bundeswehrmandats(nicht)verlängerung im Deutschen Bundestag. Der genaue Termin ist abhängig von der Tagesordnung des Bundestags und wird voraussichtlich erst nach der parlamentarischen Sommerpause feststehen.
- Samstag, 13. Januar 2018: Treffen des Kampagnenrats und des Träger*innenkreises zur Auswertung der Kampagnenarbeit 2017 und zur Planung des neuen Kampagnenjahres 2018

Alle Infos zur Kampagne und Mitmachmöglichkeiten unter www.macht-frieden.de und www.facebook.com/machtfrieden.

Kooperation für den Frieden

Die Kooperation für den Frieden (KoopFrieden) ist ein Zusammenschluss von mehr als 50 Initiativen und Organisationen aus der Friedensbewegung. Seit 2003 setzt sie sich dafür ein, dass kriegerische Gewalt als Mittel der Politik geächtet wird und stattdessen Methoden und Strategien der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung ausgebaut werden.

Die in der Kooperation für den Frieden zusammengeschlossenen Gruppen und Organisationen haben das Ziel, in einem gleichberechtigten Dialog politische Stellungnahmen zu entwickeln und auf deren Grundlage gemeinsame Aktionen und Kampagnen ins Leben zu rufen. Sie setzen sich ein für eine aktive Friedensbewegung, die langfristig und strategisch denkt, aber auch schnell und dabei demokratisch abgestimmt handelt.

GRUNDSATZERKLÄRUNG

Krieg ist alltägliche Realität für Millionen von Menschen. Durchschnittlich 40 bewaffnete Konflikte und Kriege im Jahr bedrohen sie in ihrer Existenz und hindern sie an einem menschenwürdigen Leben.

Krieg und Gewalt bilden einen Teufelskreis mit den anderen Bedrohungen, unter denen Menschen leiden: Globale Ungerechtigkeit, Armut, Umweltzerstörung und Verschwendung von Rohstoffen.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Erklärung, schließen uns in Deutschland zur Kooperation für den Frieden zusammen, um mitzuhelfen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Wir treten dafür ein,

■ dass kriegerische Gewalt als Mittel der Politik geächtet wird und stattdessen Methoden und Strategien der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung ausgebaut, aber keinesfalls in militärische Konzepte eingebunden werden,

■ dass das Völkerrecht als einzig legitimes Instrument zur Regelung zwischenstaatlicher Konflikte gestärkt und weiterentwickelt wird,

■ dass umfassend abgerüstet wird,

■ dass Kriegsursachen und -folgen, wie Armut, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung entschlossen bekämpft werden,

■ dass Menschenrechte und Demokratie weltweit mit gewaltfreien Mitteln erstritten und verteidigt werden.

Für diese Grundsätze werden wir gewaltfrei und energisch eintreten. Jede Initiative, Gruppe und Organisation, die sich diesen Grundsätzen anschließen will, laden wir ein zur Mitarbeit in unserer Kooperation.

Mitwirkende

- Aachener Friedenspreis e.V.
- Aktionsbündnis Freiheit statt Angst e.V.
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
- Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden
- Aschaffenburger Friedenstrommler
- Bremer Aktion für Kinder (BAKI)
- Bremer Friedensforum
- Bürgerinitiative OFFENe HEIDe
- Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi)
- Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK)
- Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)
- Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Friedensausschusse
- Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden
- Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) e.V.
- Frauen in Schwarz Hamburg
- Frauen in Schwarz Köln
- Frauennetzwerk für den Frieden e.V.
- Friedensforum Münster
- Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.
- Friedensgruppe Altenholz
- Friedensinitiative Nottuln e.V.
- Friedensrat Müllheim
- Friedenszentrum Braunschweig
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand
- Heidelberger Friedensratschlag
- IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms)
- IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity)
- Impuls-Afghanistan e.V., Ravensburg
- Initiative Musiker/innen gegen Militärmusikkorps
- IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Arzte zur Verhutung des Atomkrieges/ Arzte in sozialer Verantwortung
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
- Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig (VB)
- Keine Waffen vom Bodensee
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt
- KURVE Wustrow - Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.
- Lebenshaus Schwäbische Alb
- Leserinitiative Publik e.V.
- Mönchengladbacher Friedensforum
- NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“
- Netzwerk Friedenskooperative
- Netzwerk Friedenssteuer
- Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorfer Christinnen und Christen
- Ökumenisches Netz Württemberg
- Ökumenisches Zentrum fur Umwelt-, Friedens-und Eine-Welt-Arbeit, Berlin
- Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)
- pax christi Internationale Katholische Friedensbewegung Deutsche Sektion
- Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Kunzell
- RüstungsinformationsBüro (RIB e.V.)
- Sichelschmiede.- Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide
- Ulmer Ärzteinitiative
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA)
- Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

Kooperation für den Frieden

Römerstr. 88 · 53111 Bonn Tel. 0228-69 29 04 info@koop-frieden.de www.koop-frieden.de

Kooperation für den Frieden (Sonderkonto): Förderverein Frieden e.V
IBAN: DE62 4306 0967 4041 8604 01, BIC: GENODEM1GLS